



Abschlussbericht des Online-Dialogs „Zusammenleben in Berlin“

www.zusammenleben-in-berlin.de

Impressum

Ergebnisbericht zum Online-Dialog „Zusammenleben in Berlin“

<http://www.zusammenleben-in-berlin.de>

Im Auftrag des Berliner Beirats für Familienfragen realisierte die TuTech Innovation GmbH vom 10. November - 10. Dezember 2008 den Online-Dialog „Zusammenleben in Berlin“.

TuTech Innovation GmbH
Rolf Lührs
Abteilung Interaktive Kommunikation
Harburger Schloßstraße 6-12
21079 Hamburg
Telefon: +49 40 76629-6371
Telefax: +49 40 76629-6379
E-Mail: luehrs@tutech.de
Internet: www.tutech.de/ik

© TuTech Innovation GmbH 2009

Inhalt

| | | |
|-----------|---|-----------|
| 1. | Einführung | 5 |
| 2. | Diskussionsverlauf | 8 |
| 2.1 | Drei Phasen der Diskussion | 8 |
| 2.2 | Diskussionsablauf..... | 10 |
| 2.3 | Teilnehmerinnen und Teilnehmer | 11 |
| 3. | Diskussionsergebnisse | 16 |
| 3.1 | Die Vorschlagsliste | 16 |
| 3.1.1 | Die Top-10 der Vorschläge..... | 17 |
| 3.1.2 | Alle Vorschläge nach Bewertung | 19 |
| 3.2 | Diskussionsforen und Schwerpunktthemen..... | 21 |
| 3.2.1 | Schwerpunktthema Betreuung & Bildung..... | 22 |
| 3.2.2 | Schwerpunktthema Wohnumfeld & Verkehr..... | 31 |
| 3.2.3 | Schwerpunktthema Freizeit & Spielen | 34 |
| 3.2.4 | Querschnittsthema: Gebündelte familienrelevante Informationen | 37 |
| 3.3 | Die Checkliste | 38 |
| 4. | Die Themen-Wikis..... | 44 |
| 4.1 | Unterforum Betreuung & Bildung..... | 45 |
| 4.1.1 | Gebündelte familienrelevante Informationen..... | 45 |
| 4.1.2 | Verbesserungsideen für Kitas | 47 |
| 4.1.3 | Vereinbarkeit von Beruf und Familie | 50 |
| 4.1.4 | Ideen für Schulreform | 53 |
| 4.1.5 | Verbesserung der Infrastruktur an Schulen | 56 |
| 4.1.6 | Modernisierung der Lehrstoffe und Lehrinhalte | 57 |
| 4.1.7 | Längere Pausen und Mittagessen in allen Schulformen | 58 |
| 4.1.8 | Verstärkte Präventivmaßnahmen zur Verhinderung von Gewalt an Schulen.... | 59 |
| 4.1.9 | Bilinguale Schulen | 60 |
| 4.1.10 | Wiedereinführung der Vorschule – Pro und Contra | 62 |
| 4.1.11 | Kindgerechte Medienangeboten | 64 |
| 4.1.12 | Kiezbezogene Bildungs- und Kulturangebote | 65 |
| 4.1.13 | Spezielle Unterstützung in sozialen Brennpunkten und für hilfsbedürftige/ bildungserferne Familien | 66 |
| 4.1.14 | Gleichberechtigung von Müttern und Vätern | 68 |
| 4.1.15 | Vereinfachung der Verwaltungsformulare | 69 |
| 4.2 | Unterforum Wohnumfeld & Verkehr..... | 70 |
| 4.2.1 | Familienfreundliches Umfeld/Stadtplanung..... | 70 |
| 4.2.2 | Zusammenleben der Generationen | 72 |
| 4.2.3 | Grünflächen erhalten und fördern..... | 74 |

| | | |
|-----------|---|------------|
| 4.2.4 | Familienfreundlicher ÖPNV | 75 |
| 4.2.5 | Familienfreundliche Verkehrsgestaltung | 76 |
| 4.3 | Unterforum Freizeit & Vergnügen | 78 |
| 4.3.1 | Freizeitangebote für ältere Kinder/Jugendliche | 78 |
| 4.3.2 | Ferienangebote | 81 |
| 4.3.3 | Familienfreundliche Spielplätze | 82 |
| 5. | Livediskussionen | 84 |
| 5.1 | Livediskussion mit Prof. Dr. Haci-Halil Uslucan | 84 |
| 5.2 | Livediskussion mit Senator Prof. Dr. Zöllner | 88 |
| 5.3 | Livediskussion mit den Vertreter/innen der Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses | 97 |
| 6. | Fazit | 115 |

1. Einführung

Der Online-Dialog „Zusammenleben in Berlin“ wurde vom Berliner Beirat für Familienfragen initiiert, der sich aus verschiedenen Mitgliedern von Verbänden, Wissenschaft, Kirchen, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft zusammensetzt. Der Familienbeirat berät den Berliner Senat in Fragen der Familienpolitik und bei familienrelevanten Gesetzesvorhaben. Darüber hinaus erarbeitet er den nächsten Berliner Familienbericht, der 2010 veröffentlicht wird und neben einer Bestands- und Bedarfsanalyse der bestehenden familienorientierten Angebote auch Empfehlungen und Handreichungen für eine Weiterentwicklung oder Neukonzeption familienpolitischer Maßnahmen anbietet.

Der Familienbericht des Berliner Beirats für Familienfragen stellt ein Novum dar, denn er ist nicht als Bericht „über Familien“ konzipiert sondern als ein Bericht „mit Familien“. Er soll nicht nur die Situation von Berliner Familien ausführlich darstellen und Empfehlungen für die Politik, die Verwaltung und für Organisationen geben, sondern es ist dem Berliner Familienbeirat wichtig, Familien selbst zu Wort kommen und berichten zu lassen. Um dies zu erreichen und Familien in ihrer Kompetenz als Experten in eigener Sache ernst zu nehmen, wird ein zweistufiger Ansatz verfolgt. Den ersten Schritt stellt der hier beschriebene Online-Dialog „Zusammenleben in Berlin“ dar. In einer zweiten Stufe werden zwischen Januar und Mai 2009 sechs Familienforen in verschiedenen Stadtteilen in Berlin einberufen. Die Berlinerinnen und Berliner konnten bzw. können sowohl in den Familienforen als auch in dem Online-Dialog die Themen frei bestimmen, über die sie diskutieren, sich austauschen und welche Ideen sie einbringen wollen. Beide Instrumente der Beteiligung sind als Ergänzung zueinander zu verstehen. Sie sprechen verschiedene Zielgruppen an und bedienen verschiedene Bedürfnisse, sich zu beteiligen.

So haben sich moderierte Internetdiskurse mittlerweile als politische Beteiligungsform in vielen Städten und Gemeinden etabliert. In kurzer Zeit können hier gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Ideen entwickelt, Meinungen ausgetauscht und Informationen vermittelt werden. Die Vielfalt der Themen ist dabei nahezu unbegrenzt, von Stadtplanungsdiskussionen über Leitbildentwicklung bis hin zum Bürgerhaushalt reicht das gesamte Spektrum. Online-Diskurse über und mit Familien sind jedoch bisher nur in Hamburg und München prominent durchgeführt worden, bieten aber eine Reihe von Vorteilen. Durch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger entstehen wichtige Erkenntnisse über die tatsächliche Situation der Familien, die zu Experten in eigener Sache werden. Der spezifische Vorteil von Online-Dialogen besteht jedoch darin, dass die Teilnahme räumlich und zeitlich flexibel stattfindet und so besser in den familiären Alltag integriert werden kann. Darüber hinaus wird eine spezielle Nutzergruppe angesprochen, die erfahrungsgemäß nur schwer über herkömmliche Beteiligungsformen zu erreichen ist: die Männer. Die Ergebnisse aus Hamburg und München zeigen, dass in solchen Online-Diskussionen zwar deutlich mehr Frauen als Männer teilnehmen, letztere aber nicht vollständig marginalisiert, sondern mit einem Drittel der Teilnehmenden deutlich stärker in Online-Foren vertreten sind, als dies in anderen familienpolitischen Bereichen der Fall ist. Familienforen und Online-Foren spie-

geln gleich eines Echolots die Stimmung unter den Berlinerinnen und Berlinern wider und liefern gleichzeitig ihre Ideen zu Familienthemen, die sie selbst beschäftigen. Diese Ansätze zeichnen sich durch eine wesentlich größere Offenheit und Flexibilität als repräsentative Befragungen aus, da auf standardisierte Vorgaben und die Vorauswahl eines geeigneten Samples verzichtet wird, so dass die subjektive und individuelle Perspektive der Teilnehmenden im Mittelpunkt steht. Dadurch, dass im Unterschied zur repräsentativen Befragung die Diskussion nicht vorstrukturiert wird, und die Antworten nicht in vorgegebene Kategorien eingeordnet werden müssen, wird eine hohe Glaubwürdigkeit und ein tiefer Informationsgehalt in den Ergebnissen erreicht. Die so gesammelten Anregungen für ein familienfreundliches Zusammenleben werden anschließend in die Erarbeitung des neuen Berliner Familienberichts einfließen.

Für die Konzeption und Durchführung des Online-Dialogs beauftragte der Berliner Beirat für Familienfragen die TuTech Innovation GmbH. Unter dem Motto „Berlin gemeinsam gestalten und vom 10. November bis 10. Dezember 2008 mitreden“ konnten die Berliner/innen im Herbst 2008 vier Wochen lang auf der Internetplattform www.zusammenleben-in-berlin.de intensiv über das Familienleben in der Hauptstadt diskutieren und sich mit ihrer Meinung dazu einbringen, wie sie „Familienfreundlichkeit“ definieren. Zur Initiierung der Diskussion stellten die Moderatoren folgende Eingangsfragen:

- Was muss die Hauptstadt Berlin bieten, um als familienfreundliche Stadt zu gelten?
- Inwiefern lassen sich Beruf und Familie gut vereinbaren oder nicht?
- Wie ist das Zusammenleben der verschiedenen Generationen in der Stadt zu bewerten?
- Wann kann eine Wohngegend als familienfreundlich bezeichnet werden?
- Wo gibt es gute oder schlechte Beispiele?
- Was klappt in Berlin gut und was müsste verbessert werden?

Der Online-Dialog „Zusammenleben in Berlin“ basierte auf dem so genannten DEMOS-Verfahren mit seinen drei aufeinanderfolgenden Diskussionsphasen, die den Dialog initiieren, aufklären und wieder verdichten, um die Entwicklung konkreter Ergebnisse zu fördern¹. Diese Beteiligungsmethode beinhaltet, dass die Beiträge und Vorschläge der Teilnehmenden bereits während der Diskussion kontinuierlich zusammengefasst und thematisch kategorisiert werden. Die täglichen Zusammenfassungen der Diskussion durch die Moderatoren sowie ihre Zusammenstellung der wichtigsten Ergebnisse in Dokumenten, die von den Nutzer/innen ergänzt werden konnten, ermöglichte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Überprüfung und Korrektur der Resultate noch während des laufenden Diskurses. Für den Abschlussbericht wurde der Inhalt des Online-Dialogs abschließend ausgewertet und komprimiert, d.h. Originalbeiträge paraphrasiert, gruppiert und übergreifend kategorisiert, um die Ergebnisse strukturiert präsentieren zu können². Die herausgearbeiteten thematischen Schwerpunkte und Einzelaspekte wurden

¹ Das DEMOS-Verfahren wurde im Rahmen eines gleichnamigen europäischen FuE-Projekts entwickelt und seitdem von der TuTech Innovation GmbH in zahlreichen moderierten Online-Diskursen angewandt. Vgl. auch <http://www.tutech.de/ik>

² Vgl. z.B. Mayring, Philipp (1983): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim und Basel: Beltz Verlag oder Strauss, A./Corbin, J. (1996): Grounded Theory: Grundlagen Qualitativer Sozialforschung. Weinheim und Basel: Beltz Verlag

zudem mit Originalzitateen ergänzt, um gleichzeitig ein Eindruck von der Diskussionsatmosphäre zu vermitteln.

Die Darstellung des Verlaufs und der Ergebnisse des Online-Dialogs unterteilt sich in folgende Abschnitte: Kapitel 2 beschreibt zunächst den Ablauf der Diskussion und charakterisiert die Teilnehmerinnen und Teilnehmer anhand ihres soziodemografischen Profils. Die konzentrierte Darstellung der Diskussionsergebnisse im Abschnitt 3 untergliedert sich in die Bereiche Vorschlagsliste (3.1), die Diskussionsforen und -schwerpunkte (3.2) sowie die daraus resultierende Checkliste (3.3). Kapitel 4 beinhaltet die detaillierten, auf Forenbeiträgen und Vorschlägen basierenden Themen-Wikis. Anschließend erfolgt die Dokumentation der Livediskussionen der Teilnehmenden mit verschiedenen Experten und Vertretern aus Politik und Verwaltung (5) sowie das abschließende Fazit (6).

2. Diskussionsverlauf

Der Online-Dialog Zusammenleben in Berlin wurde vom 10. November bis 10. Dezember 2008 unter der URL www.zusammenleben-in-berlin.de durchgeführt. Im Vorfeld und während des Diskussionsverlaufs wurden durch den Berliner Beirat für Familienfragen der Internetdiskurs durch gezielte Öffentlichkeits- und PR-Maßnahmen bei den Berliner Bürgerinnen und Bürgern bekannt gemacht. So konnten zu diesem Zweck zahlreiche prominente Paten für den Online-Dialog gewonnen werden: Klaus Wowereit (Regierender Bürgermeister von Berlin), Dr. Ursula von der Leyen (Bundesfamilienministerin), Renate Schmidt (Bundesfamilienministerin a.D., MdB), Adnan Maral (Schauspieler), Astrid Frohloff, (Journalistin und TV-Moderatorin), Ole Tillmann (Schauspieler und Moderator), Marko Pantelić und Andrey Voronin (Fußballer Hertha BSC), Wilhelm Schmidt (Bundesvorsitzender der AWO) sowie Dr. Eric Schweitzer (Präsident der Berliner IHK).

Die Berliner Medien (Print, Internet, Hörfunk, TV) haben zum Auftakt und während des Dialogs berichtet (vgl. Pressezusammenstellung im Anhang). Darüber hinaus wurde die Öffentlichkeit über alle relevanten PR-Instrumente (Plakate, Postkarten, Flyer, Spots im „Berliner Fenster“, online Bannern auf relevanten Internetportalen und -seiten) sowie die Einbeziehung verschiedener Multiplikatoren über dieses Beteiligungsinstrument informiert.

➔ 2.1 Drei Phasen der Diskussion

Die Diskussion selbst verlief in drei aufeinanderfolgenden Phasen mit unterschiedlichen Zielen: 1. die Auffächerung des Themas und Erschließung der aus der Sicht der Teilnehmenden wichtigsten Schwerpunkte, 2. die Vertiefung dieser Teilaspekte in Unterforen, die Entwicklung konkreter Ideen in so genannten Wikis³ sowie der direkte Austausch mit Experten und Vertretern der Stadt in temporär geöffneten „Live“-Diskussionsforen und 3. die abschließende Zusammenfassung, Überprüfung und Ergänzung der Diskussionsergebnisse.

In der **ersten Phase** (10.11.-12.11.) konnten die Bürgerinnen und Bürger darstellen, was sie unter dem Begriff Familienfreundlichkeit verstehen und welche Anregungen sie für ein familienfreundliches Zusammenleben in Berlin haben. Dafür wurde zunächst ein Hauptforum angeboten, in dem die Teilnehmenden ihre Ideen diskutierten. Es konnten alle Aspekte angesprochen werden, die das Thema Familien und Zusammenleben in Berlin betreffen, unter anderem die Bedeutung und Schwerpunkte von Familienfreundlichkeit für die Berlinerinnen und Berliner sowie die Herausarbeitung zielgerichteter Maßnahmen.

Bereits in dieser Phase hatten die Teilnehmenden auch die Möglichkeit, sich mit ganz konkreten Ideen in die Erstellung einer Vorschlagsliste für ein familienfreundliches Zusammenleben in Berlin einzubringen. Diese wurden unter einem gesonderten Menüpunkt „Vorschlagsliste“

³ Wikis sind Dokumente, die von allen registrierten Teilnehmenden gemeinsam im Internet bearbeitet werden können. Vgl. auch das Beispiel Wikipedia, www.wikipedia.de

gesammelt und von den Teilnehmenden bewertet, um am Ende der Diskussion eine Rangfolge der wichtigsten Vorschläge zu erstellen.

Die **zweite Phase** (13.11. - 07.12.) bot nun ein ganzes Bündel verschiedener Möglichkeiten: So wurden die aus der ersten Phase resultierenden Schwerpunktthemen in den thematischen Unterforen „Betreuung & Bildung“, „Wohnumfeld & Verkehr“ und „Freizeit & Vergnügen“ intensiv diskutiert.

Parallel zu den Forendiskussionen wurde auch die Liste der von den Bürgerinnen und Bürgern eingereichten Vorschläge für ein familienfreundliches Zusammenleben in Berlin vervollständigt und über die Bewertungen der Teilnehmenden in eine Rangfolge gebracht, die die Vorschläge nach Wichtigkeit sortiert.

Die Ergebnisse dieser einzelnen Diskussionen und Vorschläge wurden in den Themen-Wikis gebündelt und dokumentiert. So richteten die Moderatoren für die sich herauskristallisierenden Ideen und Konzepte jeweils ein thematisches Wiki ein, das dann im Anschluss von den Beteiligten weiter ausgearbeitet und vervollständigt werden konnte.

Insgesamt entstanden mit Unterstützung der Moderatoren in den einzelnen Unterforen 23 Themen-Wikis zu einzelnen für Familien relevanten Aspekten, die von der Verbesserung der Berliner Betreuungs- und Schulangebote über eine zentrale Anlaufstelle für Betreuungseinrichtungen, mehr Freizeitangebote für ältere Kinder und Jugendliche bis hin zu barrierefreien Zugängen des Berliner ÖPNVs reichten. Mit diesen gemeinsam bearbeiteten Ideen oder Verbesserungsvorschlägen sorgten die beteiligten Nutzerinnen und Nutzer zugleich für die Erstellung verwertbarer Ergebnisse der Diskussion.

In der folgenden Tabelle sind die verschiedenen Unterforen mit den zugehörigen Themen-Wikis aufgelistet:

| Unterforum | Ausgearbeitete Themen |
|---------------------|---|
| Betreuung & Bildung | <ul style="list-style-type: none"> - Bilinguale Schulen - Ideen für Schulreform - Wiedereinführung der Vorschule - Verbesserung der Infrastruktur an Schulen - Modernisierung der Lehrstoffe - Pausen und Mittagessen in allen Schulen - Präventivmaßnahmen gegen Schulgewalt - Gebündelte familienrelevante Informationen - Vereinbarkeit von Beruf und Familie - Gleichberechtigung von Müttern und Vätern - Kindgerechte Medienangebote - Vereinfachte Verwaltungsformulare - Verbesserungsideen für Kitas - Unterstützung in sozialen Brennpunkten - Kiezbezogene Bildungs- und Kulturangebote |

| | |
|----------------------|---|
| Wohnumfeld & Verkehr | <ul style="list-style-type: none"> - Familienfreundliches Umfeld/Stadtplanung - Grünflächen erhalten und fördern - Familienfreundlicher ÖPNV - Familienfreundliche Verkehrsgestaltung - Zusammenleben der Generationen |
| Freizeit & Spielen | <ul style="list-style-type: none"> - Freizeitangebote für ältere Kinder/Jugendliche - Ferienangebote - Familienfreundliche Spielplätze |

Tab. 1: Liste der Themen-Wikis nach Kategorie

Neben dem Haupt- und den Unterforen wurden darüber hinaus während der zweiten Phase drei Livediskussionen angeboten. In eigens für diesen Zeitraum eröffneten Unterforen standen jeweils für eineinhalb oder zwei Stunden die folgenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die direkte Diskussion zur Verfügung:

- Der Migrationspsychologe Prof. Dr. Haci-Halil Uslucan diskutierte am 18.11. das Thema Integration und Zusammenleben zwischen deutschen Familien und Familien mit Migrationshintergrund.
- Der Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Prof. Dr. Zöllner, erörterte am 01.12. die zukünftige Weiterentwicklung der Berliner Schullandschaft mit den Teilnehmenden.
- Am 05.12. diskutierten die folgenden Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus im Forum: Elfi Jantzen (familienpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Sandra Scheeres (familienpolitische Sprecherin der Fraktion der SPD), Sascha Steuer (bildungspolitischer Sprecher der Fraktion der CDU) und Mieke Senftleben (familienpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion).

In der **dritten Phase** (8.12.-10.12.) wurden die Unterforen wieder geschlossen und die bisherigen Ergebnisse und Ideen im verbleibenden Hauptforum abschließend diskutiert. Auch die gemeinsam erarbeiteten Wikis und die Checkliste wurden in diesem Abschnitt auf Vollständigkeit und die richtige Gewichtung überprüft.

➔ 2.2 Diskussionsablauf

Für die Internetdiskussion „Zusammenleben in Berlin“ registrierten sich insgesamt 318 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die 67 Vorschläge für die Vorschlagsliste und 635 Forenbeiträge verfassten, aus denen 23 konkrete Verbesserungsvorschläge (Wikis) entstanden. Während der vierwöchigen Diskussion wurden die verschiedenen Seiten der Diskussionsplattform von insgesamt 2.816 individuellen Besuchern 38.205 mal abgerufen.

4 Im November 2005 realisierte die TuTech Innovation GmbH im Auftrag der Stadt Hamburg unter dem Motto „Familienfreundlicher Wohnort Hamburg“ eine moderierte Internetdiskussion (<http://www.familienleben-hamburg.de>) und für die Stadt München im Mai 2006 die Online-Diskussion zur „Kinder- und Familienstadt München“ (<http://familie.portal.muenchen.de/>).

5 Vgl. z.B. die ZDF/ARD-Onlinestudie 2008 <http://www.ard-zdf-onlinestudie.de>.

Die Teilnehmerzahl ist damit vergleichbar zu der in München, wo 321 Bürgerinnen und Bürger diskutierten und etwas niedriger als in Hamburg mit 479. Allerdings waren die Ergebnisse und die Qualität der Beiträge in der Berliner Diskussion sehr überzeugend, so dass die niedrigen Teilnehmerzahlen durch die vorhandene Konstruktivität und Vielschichtigkeit der Ideen und Argumente mehr als kompensiert wurde. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten das Thema „Zusammenleben in Berlin“ intensiv und mit viel Engagement: so wurden die Äußerungen oftmals mit Argumenten belegt oder mit Gegenargumenten relativiert und die Nachfragen der Moderatoren meist beantwortet. Darüber hinaus gaben sich die Teilnehmenden hier und dort hilfreiche Ratschläge und weiterführende Informationen. Auch die Livediskussionen mit verschiedenen Experten und städtischen Vertreter/innen wurden von den Teilnehmenden honoriert und zu einem offenen, respektvollen Austausch genutzt.

Wie bei allen bisherigen DEMOS-Diskussionen konnte die Unabhängigkeit der Moderation glaubwürdig kommuniziert und eine freundlich-konstruktive Gesprächsatmosphäre entwickelt werden. Regelverstöße, wie blieben fast gänzlich aus. Am letzten Tag musste die Moderation feststellen, dass sich Teilnehmer mehrfach mit falschen E-Mail-Adressen anmeldeten, um einen Vorschlag aus der Liste hoch zu wählen. Da dies ein Verstoß gegen die Teilnahmeregeln ist, wurden die entsprechenden Adressen gesperrt und die Bewertung dieses Vorschlags rückgängig gemacht. In einem anderen Fall mussten die Moderatoren im Rahmen eines sehr gefühlsbetonten Diskussionsstranges – der Erörterung der gleichberechtigten Sorgepflichten und -rechte getrennt lebender Elternteile – mehrmals auf die Verhaltensregeln hinweisen und die daran Teilnehmenden um Mäßigung in der emotionalen und hitzigen Debatte bitten.

Abgesehen von diesen Einzelfällen verlief der Berliner Online-Familiendialog ausgesprochen konstruktiv. Insbesondere im Vergleich zur Hamburger Familiendiskussion, die von erheblich kritischeren Stimmen geprägt war, äußerten sich die Berlinerinnen und Berliner sehr moderat und nutzen das Instrument direkt zur Entwicklung eigener Verbesserungsideen.

➔ 2.3 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Im Rahmen der Registrierung wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach soziodemografische Daten gefragt, die von ca. 85% der Befragten auf freiwilliger Basis angegeben wurden. Die Auswertung dieser Daten offenbart, dass sich an der auf Familie fokussierten Diskussion deutlich mehr Frauen als Männer (65%:35%) beteiligten. Damit gestaltet sich der Dialog in Berlin ganz ähnlich wie die beiden Familiendiskurse in Hamburg und München, die ebenfalls auf der Basis des DEMOS-Verfahrens durchgeführt wurden⁴. Auch hier stellten die Frauen die Mehrheit der Teilnehmenden (Hamburg: 62%, München 77%). Dieses Ergebnis ist von zwei Seiten her interessant. Zum einen ist es nach wie vor eine Seltenheit, dass Frauen in Online-Diskussionen trotz zunehmender Angleichung der Internetnutzungszahlen die Mehrheit stellen⁵, zum anderen

6 In der Berliner Bevölkerung stellt nach einer Analyse aus dem Jahr 2006 die Gruppe der über 64-jährigen 18 %, während die unter 18-jährigen 15% der Gesamtbevölkerung ausmachen. Vgl. „Bildung für Berlin. Familienbericht 2006. Bericht zur Situation der Familien in Berlin mit dem Schwerpunkt Eltern- und Familienbildung zur Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern“. Herausgegeben von der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Berlin 2006. http://www.zusammenleben-in-berlin.de/site/downloads/_32_familienbericht_2006.pdf

waren die männlichen Teilnehmer in der Internetdiskussion aber auch nicht völlig marginalisiert. Über die Online-Diskussion gelang es, Männer in einem deutlich stärkeren Maße als in anderen familienpolitischen Kontexten anzusprechen und zu beteiligen.

Hinsichtlich der Altersstruktur sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Alter von 30 bis 44 Jahren mit 54% deutlich in der Mehrheit, gefolgt von der Altersgruppe der 45 bis 64-jährigen (32%) und der 18 bis 29-jährigen (11%). Dagegen sind diejenigen unter 18 (0%) und über 64 Jahren (2%) im Verhältnis zum Bevölkerungsdurchschnitt deutlich unterrepräsentiert⁶. Im Vergleich zu den beiden Familiendiskursen in Hamburg und München zeigen sich auch hinsichtlich dieser Kategorie Ähnlichkeiten: so verteilen sich die Altersgruppen in allen drei Diskursen von der Tendenz her vergleichbar. Wie nachfolgende Graphik zeigt, stellen auch in Hamburg und München die 30-44-jährigen die größte Gruppe, gefolgt von den 45-64-jährigen und 18-29-jährigen, während die unter 18- und über 64-jährigen vergleichsweise wenig beteiligt waren.

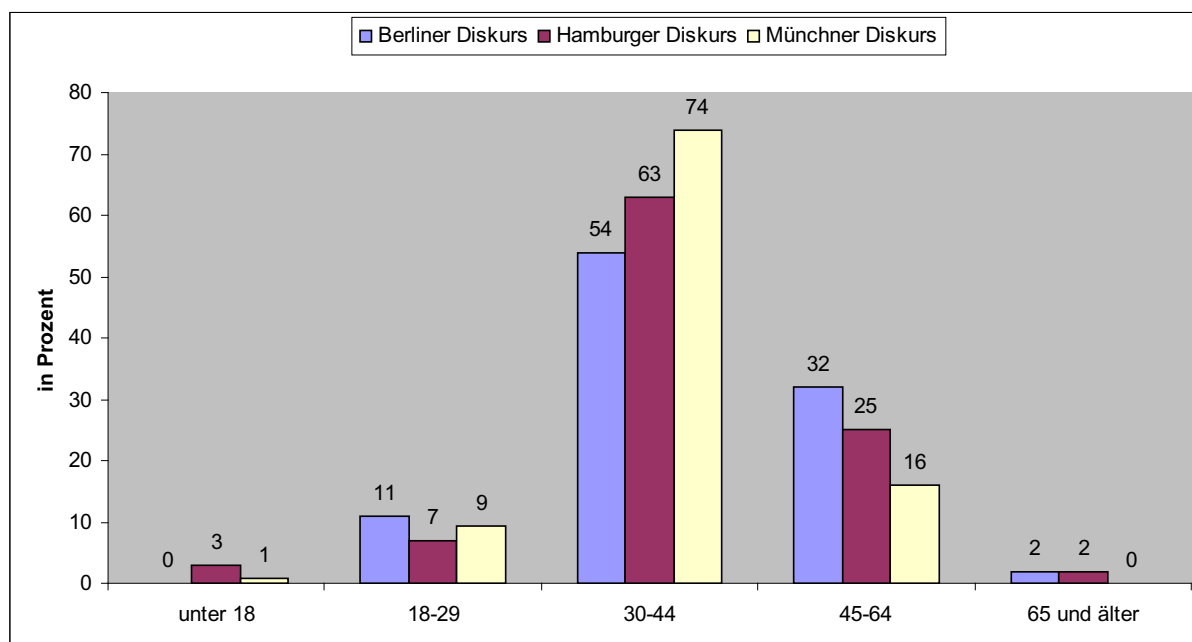


Abb. 1: Altersverteilung in den Internetdiskussionen in Berlin (2008), Hamburg (2005) und München (2006)

Innerhalb der jeweiligen Altersgruppen weisen die Diskurse jedoch einige Abweichungen auf: Grundsätzlich waren die älteren Teilnehmenden in Berlin etwas stärker vertreten als die Beteiligten in Hamburg und München, so nahmen hier mit 32% deutlich mehr Teilnehmende aus der Gruppe der 45- bis 64-jährigen am Diskurs teil als in Hamburg (25%) und in München (16%). Dagegen war die Gruppe der 30- bis 44-jährigen in München mit 74% erheblich größer als in Berlin (54%). Die Gruppe der 18-29-jährigen weist hingegen nur geringfügige Unterschiede auf. So war diese Altersklasse in Berlin mit 11% etwas umfangreicher als in München (9%) und Hamburg (7%). Die unter 18- und über 64-jährigen waren in allen drei Diskursen deutlich unterrepräsentiert oder ganz unbeteiligt.

Der Bildungsstand der Berliner Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Online-Dialogs ist sehr hoch: die überwiegende Mehrheit von 82% verfügt über die (Fach-)Hochschulreife oder sogar ein abgeschlossenes Studium. Dagegen gaben 15% an, die Mittlere Reife abgeschlossen zu haben, während nur 3% die Hauptschule als höchsten Bildungsabschluss nannten.

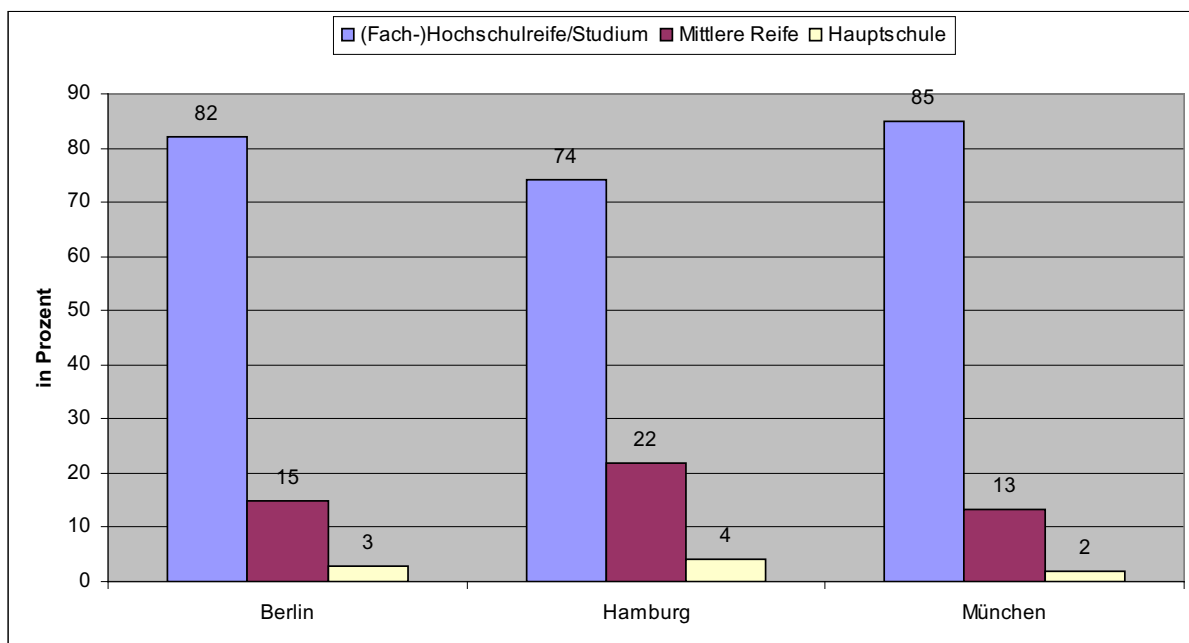


Abb. 2: Verteilung nach Bildungsgrad in Berlin, Hamburg und München

Im Vergleich zu Hamburg und München zeigen sich in dieser Kategorie nur geringfügige Unterschiede, so war der Anteil derer mit (Fach-) Hochschulreife oder Studium in München mit 85% sogar noch höher, während in Hamburg etwas mehr Teilnehmende mit Mittlerer Reife (22%) oder Hauptschulabschluss (4%) zur Teilnahme am Diskussionsforum animiert werden konnten.

Auf die Frage, wie viele Kinder unter 18 derzeit im Haushalt leben, antwortete die Mehrheit der Berliner/innen ein Kind (35%), 31% nannten zwei Kinder, 8% drei und 2% mehr als drei Kinder. Ein Viertel der Teilnehmenden gab an, derzeit nicht mit einem Kind unter 18 zusammenzuleben.

47% der Befragten sind in einem Angestelltenverhältnis tätig. Die zweitgrößte Gruppe mit 17% ist freiberuflich, gefolgt von den „Studierenden“ und den „Beamten“ mit je 8%. Die Kategorie „Unternehmer(in)“ wählten 5%, 4% bezeichneten sich als „Arbeitssuchende(r)“, 2% als „Arbeiter(in)“. Mit je 1% waren „Auszubildende“ und „Rentner“ vergleichsweise gering vertreten, während die Kategorie „Sonstiges“ mit 7% relativ häufig gewählt wurde. Hier könnten sich auch diejenigen zugeordnet haben, die derzeit ausschließlich mit der Betreuung der Kinder beschäftigt sind.

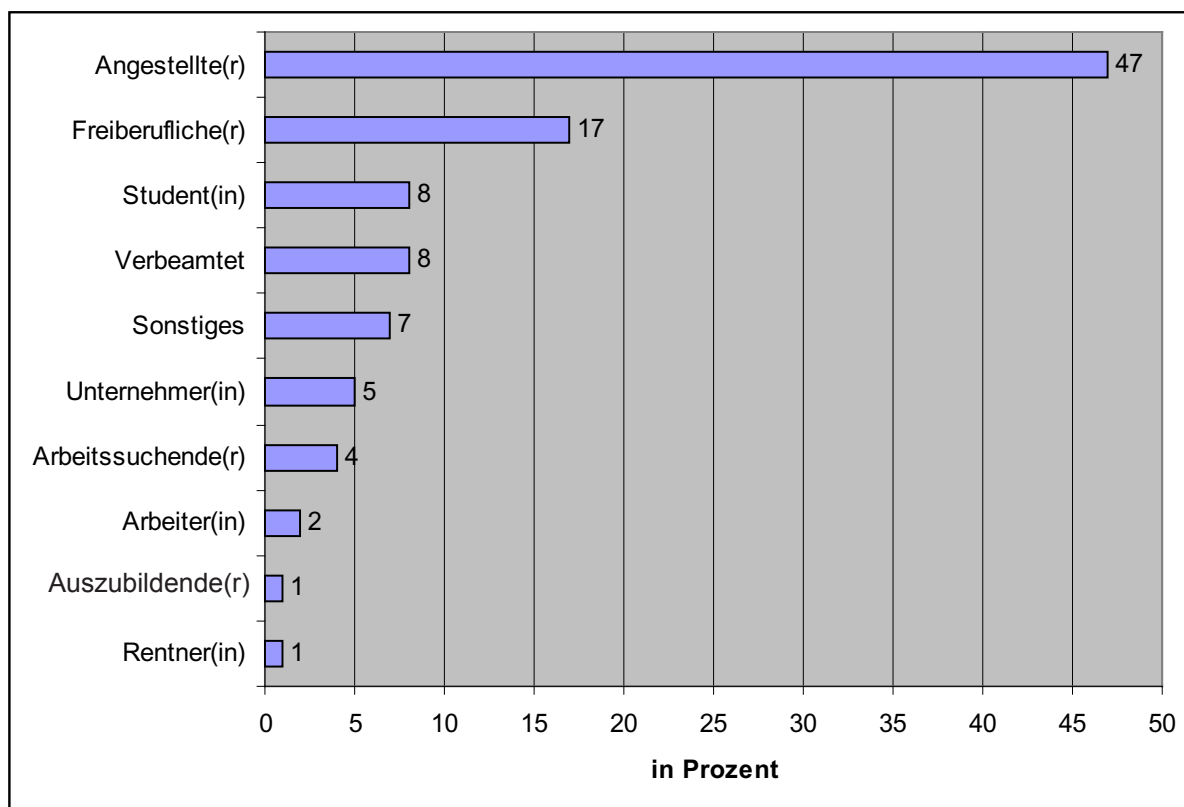


Abb. 3: Verteilung nach Berufsstand

Insgesamt gaben 98% der Teilnehmenden an, die deutsche Staatsbürgerschaft zu haben. 1% besitzt die türkische Staatsbürgerschaft und 1% eine andere, nicht näher Genannte. Diesen Angaben entsprechend bezeichneten 99% der Befragten Deutsch und nur 1% Türkisch als ihre Muttersprache.

An dem Online-Dialog haben sich Bewohnerinnen und Bewohner aus allen 12 Berliner Bezirken beteiligt, während nur 4% von außerhalb kamen. Die meisten der Teilnehmenden (19%) wohnen in Friedrichshain-Kreuzberg, dem Bezirk mit der kleinsten Fläche (20,2 km²) und höchsten Bevölkerungsdichte. An zweiter Stelle steht mit 14% der Einwohner stärkste Bezirk Pankow. Charlottenburg-Wilmersdorf ist mit 12% am drittstärksten in der Diskussion vertreten, gefolgt von Steglitz-Zehlendorf (11%) und Tempelhof-Schöneberg (9%).

Der Bezirk Mitte liegt mit einem Anteil von 7% auf gleicher Höhe wie die Bezirke Lichtenberg (6%) und Marzahn-Hellersdorf (5%). Vergleichsweise gering vertreten sind mit je 4% dagegen Teilnehmende aus Reinikendorf und Treptow-Köpenick, dem Bezirk mit der geringsten Bevölkerungsdichte. Die wenigsten Teilnehmenden kamen jedoch aus Neukölln (3%) und dem Bezirk mit der niedrigsten Einwohnerzahl, Spandau (2%).

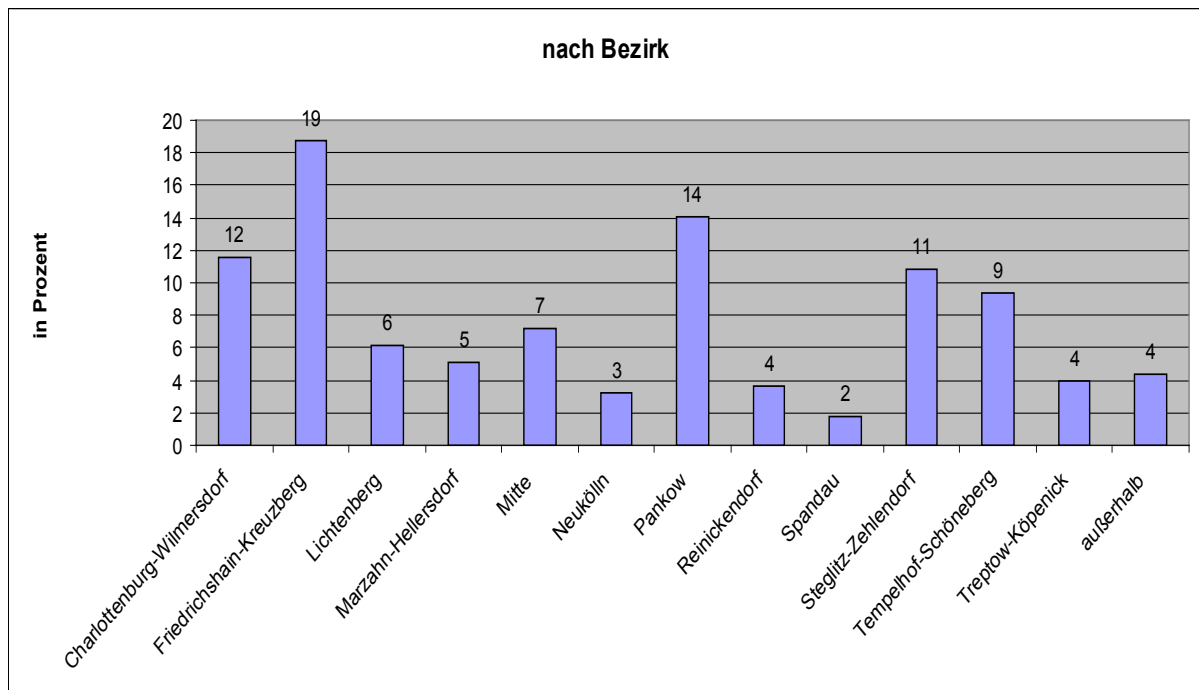


Abb. 4: Verteilung nach Bezirken

3. Diskussionsergebnisse

Insgesamt haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Internetdiskussion alle Beteiligungsmöglichkeiten der Plattform gut angenommen und aktiv genutzt. Dazu gehörte das Verfassen von Beiträgen in Haupt-, Unter- oder Livediskussionsforen, das Einbringen und Bewerten von Vorschlägen sowie das Bearbeiten von Wikis.

So brachten sich die Teilnehmenden mit ihren persönlichen Verbesserungsideen in die Erstellung der Vorschlagsliste zum familienfreundlichen Zusammenleben in Berlin ein und bewerteten diese gegenseitig, um aus der Sammlung eine Rangfolge nach Prioritäten zu erstellen. Die eingebrachten Vorschläge und Bewertungsrangfolge werden in Kapitel 3.1 erläutert.

Hauptsächlich diskutierten die Teilnehmenden jedoch in den verschiedenen thematischen Foren bestimmte Schwerpunkte für ein familienfreundliches Zusammenleben in Berlin und entwickelten ihre Ansätze für mögliche Lösungsstrategien. Detaillierte Informationen über die aus den Forenbeiträgen und Vorschlägen resultierenden Schwerpunkte finden sich in Kapitel 3.2.

Aus den Vorschlägen, Anregungen und Diskussionsschwerpunkten resultiert die Checkliste, die im Abschnitt 3.3. dargestellt wird.

Die Dokumentation der aus den Forenbeiträgen und Vorschlägen entstandenen 23 Wikis mit konkreten Verbesserungen und Konzepten der Teilnehmenden erfolgt im anschließenden Kapitel 4.

➔ 3.1 Die Vorschlagsliste

Neben der Diskussion in den thematischen Foren hatten die Teilnehmenden auch die Möglichkeit, konkrete Vorschläge zum familienfreundlichen Zusammenleben in Berlin zu verfassen bzw. die Vorschläge von anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit Hilfe eines integrierten Bewertungsmechanismus zu unterstützen. Zum Zwecke einer besseren Übersicht wurden die Vorschläge jeweils bestimmten Kategorien zugeordnet, die sich weitestgehend mit den Themen der eingerichteten Unterforen deckten. Bereits anhand der Verteilung der Vorschläge nach Kategorie wird die Dominanz bestimmter Diskussionsschwerpunkte deutlich:

So entfielen in der Checkliste 63% der insgesamt 67 Vorschläge auf die Kategorie Betreuung & Bildung, 21% auf den Bereich Wohnumfeld & Verkehr, aber nur 9% auf Freizeit & Vergnügen. 4% bezogen sich auf die zusätzliche Einordnung „Kinderfreundliche Einstellung“ und weitere 3% auf „Vernetzung“.

| Kategorie | Anteil an Vorschlägen | Anzahl an Vorschlägen |
|-------------------------------|-----------------------|-----------------------|
| Betreuung & Bildung | 63 % | 42 |
| Wohnumfeld & Verkehr | 21 % | 14 |
| Freizeit & Vergnügen | 9 % | 6 |
| Kinderfreundliche Einstellung | 4 % | 3 |
| Vernetzung | 3 % | 2 |

Tab. 2: Verteilung der Vorschläge nach Kategorie

Die Teilnehmenden konnten die Vorschläge, die sie für wichtig erachteten, einmalig mit 10 Punkten versehen. Durch die Summe der von den unterschiedlichen Nutzer/innen vergebenen Punkte entstand während des Online-Dialogs eine Rangfolge der Vorschläge, die den durchschnittlichen Stellenwert der jeweiligen Vorschläge nach Meinung der Teilnehmenden abbildet. Dabei erzielten einige Vorschläge die gleiche Punktzahl, so dass diese sich einen Rang teilen.

➔ 3.1.1 Die Top-10 der Vorschläge

In der Bewertung der Vorschläge durch die Teilnehmenden führt der Bereich Betreuung & Bildung deutlich vor den anderen beiden Kategorien. In den Rängen eins bis zehn der am höchsten bewerteten Vorschläge sind neun dieser Kategorie zugeordnet, während nur zwei aus dem Bereich Wohnumfeld & Verkehr und einer aus dem Themenkomplex Freizeit & Vergnügen stammen.

Die Top10-Ränge der Liste setzen sich aus folgenden Vorschlägen zusammen, die entsprechend der Kategorien gebündelt wurden:

a) Bildung & Betreuung

Der Vorschlag „mehr Erzieher/innen in Kitas und Horten“ sowie Abschaffung der festgelegten Sommerschließzeiten der städtischen Kitas stand seit Anbeginn der Diskussion auf einem der vorderen Plätze der Vorschlagsliste und wurde schließlich von den Teilnehmenden auf Rang eins gewählt. Dieser verzeichnet darüber hinaus auch die meisten Seitenaufrufe (468).

Von einem anderen Teilnehmer wurden „kleinere Schulklassen“ vorgeschlagen. Dieses Ansinnen hat viel Zustimmung von anderen Teilnehmenden erhalten und sich am Ende auf den 2. Platz hochgearbeitet.

Die Idee, großflächig Gemeinschaftsschulen einzuführen, wurde von den Teilnehmenden lange Zeit am besten bewertet und rutschte erst gegen Ende der Diskussion auf Rang drei. Nach Meinung des Verfassers können „junge Menschen von Anfang an bis zum Schulabschluss gemeinsam in eine Schule (wohnnah) gehen und werden individuell gefördert, indem sie zunehmend selbstbestimmter, eigenverantwortlicher und selbstorganisierter lernen. Lehrer unterstützen ihre Schüler und gewinnen Zeit zur individuellen Förderung“. Entsprechend des hohen Rankings wurde dieser Vorschlag am zweithäufigsten aufgerufen.

Ein anderer Vorschlag setzt sich dafür ein, dass allen Schulkindern ein Mittagessen angeboten wird. Gerade an Gymnasien würden die Kinder und Jugendlichen oft bis in den Nachmittag unterrichtet, ohne dass sie die Gelegenheit hätten, eine warme Mahlzeit einzunehmen. „Keinem Erwachsenen dürfte arbeitsschutzrechtlich ein solcher Arbeitstag zugemutet werden“, heißt es in dem Vorschlag, der sich den dritten Platz mit dem Vorschlag Gemeinschaftsschulen teilt und auf die dritthöchsten Seitenabrufzahlen kommt.

Weitere Vorschläge aus diesem Bereich, die unter den zehn beliebtesten Vorschlägen zu finden sind, beziehen sich auf eine generell besser planbare Vergabe von Kitaplätzen, um Eltern

die Platzsuche und -bewerbung zu erleichtern (Rang 6), die Streichung von Kita- und Hortgebühren (Rang 7) sowie die Aufhebung der Bedarfsdeckelung bei der Kitaplatzvergabe, deren Berechnung „mögliche Überstunden oder anderes Engagement, das über die Arbeitszeiten hinaus geht,“ nicht berücksichtigt und somit „jede freie Zeitplanung für Familien zunichte“ macht (Rang 8).

Der Wunsch nach „Gleichberechtigung von Vater und Mutter“ weist dagegen zwar die viert-höchsten Abrufe auf, kommt in der Bewertung aber nur auf Rang 9. Dieser sehr kontrovers diskutierte Vorschlag setzt sich für eine Unterstützung der getrennt lebenden Elternteile in Sorgerechtsfragen, aber auch gegen eine Diskriminierung alleinerziehender Väter durch die Gesellschaft ein, um eine gleichberechtigte Betreuung der Kinder durch Väter und Mütter zu befördern.

Ihm folgt auf Rang 10 die Forderung „Kinder müssen ihre Rechte kennen“, die für eine regelmäßige Aufklärung der Kinder über ihre verschiedenen Rechte bereits ab dem Kindergarten eintritt, denn „nur aufgeklärte Kinder können sich selbst verteidigen und souverän mit verschiedenen Situationen umgehen“.

b) Wohnumfeld und Verkehr

Der Vorschlag mit dem Titel „familienfreundliche Gestaltung der Umwelt“ ist einer der beiden Vorschläge aus der Kategorie Wohnumfeld & Verkehr, die es unter die Top-10 geschafft haben. Unter dieser Überschrift versammeln sich verschiedene Ideen, zum Beispiel mehr Tempo 30 Zonen, mehr Ampeln oder Zebrastreifen an verkehrsreichen Straßenkreuzungen, freie Sicht in Kreuzungsbereichen, keine parkenden Autos oder Bepflanzungen, barrierefreie und mit Kinderwagen nutzbare Gestaltung des ÖPNV, sowie mehr Spielbereiche im öffentlichen Raum. Insgesamt landete er auf Platz 4 der Liste.

Auf Rang 5 folgt die Forderung, die vorhandene Geschwindigkeitsbeschränkungen in Wohngebieten („30 Zone auch durchsetzen“) einzuhalten und besser zu kontrollieren. Der Vorschlag unterstreicht damit die Bedeutung von Verkehrsberuhigung für Familien.

c) Freizeit & Vergnügen

Als einziger Vorschlag aus der Kategorie Freizeit & Vergnügen erreichte die Idee für spezielle „Kinder-Gärten“ eine Platzierung unter den Top-10, wo sie sich Rang 6 mit dem Vorschlag „Kitaplätze planbar vergeben“ teilt. Dieser Vorschlag beinhaltet den Plan, spezielle Gärten und Naturflächen für Kinder bereitzustellen, in denen diese nicht nur Erholung und den Kontakt zu Kleintieren und Vögeln finden, sondern auch „lernen, dass der Spinat nicht in der Kühltruhe wächst“. Auch für ältere und insbesondere demenzkranke Menschen böten solche Angebote eine wertvolle Unterstützung.

➔ 3.1.2 Alle Vorschläge nach Bewertung

In der nachfolgenden Tabelle wurden alle 67 eingegebenen Vorschläge nach ihrer erzielten Punktzahl sowie der entsprechenden Kategorie aufgelistet. Eine ausführlichere Darstellung der einzelnen Diskussionsschwerpunkte und der zugehörigen Vorschläge erfolgt im Rahmen des Kapitels 3.2.

| Rang | Vorschlag | Kategorie | Punkte |
|------|--|--|--------|
| 1 | - Mehr Erzieher/innen in Kitas und Horten | Betreuung & Bildung | 710 |
| 2 | - Kleinere Schulklassen | Betreuung & Bildung | 500 |
| 3 | - Gemeinschaftsschule - Mittagessen und -pause auch für ältere Kinder | Betreuung & Bildung Betreuung & Bildung | 420 |
| 4 | - Familienfreundliche Gestaltung der Umwelt | Wohnumfeld & Verkehr | 360 |
| 5 | - Zone-30 auch durchsetzen | Wohnumfeld & Verkehr | 310 |
| 6 | - Kitaplätze planbar vergeben - Kinder-Gärten | Betreuung & Bildung Freizeit & Vergnügen | 280 |
| 7 | - Kita- und Hortgebühren streichen | Betreuung & Bildung | 270 |
| 8 | - Bedarfsdeckelung bei Kitaplatzvergabe aufheben | Betreuung & Bildung | 250 |
| 9 | - Gleichberechtigung von Vater und Mutter | Betreuung & Bildung | 240 |
| 10 | - Kinder müssen ihre Rechte kennen | Betreuung & Bildung | 220 |
| 11 | - Mit dem Kinderwagen leichter in der Stadt unterwegs | Wohnumfeld & Verkehr | 210 |
| 12 | - Projekte und Initiativen fördern... | Betreuung & Bildung | 200 |
| 13 | - Vor- und Nachbereitungszeiten in Kitas | Betreuung & Bildung | 190 |
| 14 | - Sozialpädagogen an allen Schulen! Rütli gibt es überall! - Kinder sind viel länger Schulkinder als Kleinkinder - Fahrpreis = 0 € | Betreuung & Bildung Betreuung & Bildung Wohnumfeld & Verkehr | 160 |
| 15 | - Portal für Plätze bei Berliner Tagesmüttern einrichten - Bezahlbare Freizeitangebote für Familien | Betreuung & Bildung Freizeit & Vergnügen | 150 |
| 16 | - Stadtgrün erhalten und fördern | Wohnumfeld & Verkehr | 130 |
| 17 | - Sofortige Wiedereinführung der Vorschule | Betreuung & Bildung | 120 |
| 18 | - Gegen die Schließung, bitte tut das nicht!!! Der Kinderbauernhof „Pinke-Panke“ in Pankow steht vor dem Aus! | Betreuung & Bildung | 110 |
| 19 | - Einrichtung von Arbeitsdienst für leitende Funktionäre - Ungleichbehandlung Alleinerziehender abschaffen | Betreuung & Bildung Betreuung & Bildung | 100 |

| | | | |
|----|--|---|----|
| 20 | <ul style="list-style-type: none"> - Schulbücher/Freizeitangebote/zu viele Unterrichtsstunden - Einfachere Verwaltungsformulare | <p>Betreuung & Bildung</p> <p>Betreuung & Bildung</p> | 90 |
| 21 | <ul style="list-style-type: none"> - BVG- und S-Bahngebühren für Kinder bis 16 Jahren abschaffen - Gemeinsame Kinderbetreuung | <p>Wohnumfeld & Verkehr</p> <p>Betreuung & Bildung</p> | 80 |
| 22 | <ul style="list-style-type: none"> - Schulsystem-Grundprobleme beseitigen - Familienfreundlichkeit in der Stadtplanung - Gewaltprävention in Schulen und Familien | <p>Betreuung & Bildung</p> <p>Wohnumfeld & Verkehr</p> <p>Betreuung & Bildung</p> | 70 |
| 23 | <ul style="list-style-type: none"> - Jugendfreizeiteinrichtungen - Mittagessen, Praktika und Bibliotheken an Schulen - Radio Multikulti Schließung verhindern - Schulhöfe am Wochenende öffnen - Jede Lehrerin sollte studienbegleitend eine Therapie zur Selbstreflektion absolvieren - Toiletten, Mülleimer, Hundekot, Ampeldruckknöpfe | <p>Wohnumfeld & Verkehr</p> <p>Betreuung & Bildung</p> <p>Freizeit & Vergnügen</p> <p>Freizeit & Vergnügen</p> <p>Betreuung & Bildung</p> <p>Wohnumfeld & Verkehr</p> | 60 |
| 24 | <ul style="list-style-type: none"> - Zum Zwecke der besseren Integration von Migranten-Kindern in unsere Gesellschaft und Abschaffung von Gewalttaten an unseren Schulen, mehr Europa- und Levante-Schulen - PC-Unterricht ab 1. Klasse | <p>Betreuung & Bildung</p> <p>Betreuung & Bildung</p> | 50 |
| 25 | <ul style="list-style-type: none"> - Zusammenleben von Alt und Jung - Um die Familien zu stärken, sollte man die Auseinandersetzung und Nähe zu jeweils Gleichgesinnten ausbauen - Familien in Ruhe lassen - Lehramtsstudenten ab 1. Semester parallel in Schulen einsetzen - Bringt die Bildung zu den Menschen - 24-h-Öffnungszeit der Kitas + Abschaffung der Schließzeiten | <p>Wohnumfeld & Verkehr</p> <p>Freizeit & Vergnügen</p> <p>Betreuung & Bildung</p> <p>Betreuung & Bildung</p> <p>Betreuung & Bildung</p> <p>Betreuung & Bildung</p> | 40 |
| 26 | <ul style="list-style-type: none"> - kindliche Entwicklungsdefizite als Folge psychosozial ungünstiger familiärer Lebensbedingungen - Tagespflege in Berlin - Drogenumschlagplätze in Wohngebieten | <p>Betreuung & Bildung</p> <p>Betreuung & Bildung</p> <p>Wohnumfeld & Verkehr</p> | 30 |

| | | | |
|----|--|--|----|
| 27 | <ul style="list-style-type: none"> - Angebot eines Lebenskunde- oder Ethikunterrichtes an allen Schulen ab der 1. Klasse - Männerhäuser einrichten - Politik für Familien - Werken in der Schule - Gegen ein Verbot, die Finger beim Rechnen zu Hilfe zu nehmen - Umweltprojekte für Kinder wie Kids Garden in Neukölln erhalten - Einfach über Kitas reden | Betreuung & Bildung Vernetzung Kinderfr. Einstellung Betreuung & Bildung Betreuung & Bildung Wohnumfeld & Verkehr Betreuung & Bildung | 20 |
| 28 | <ul style="list-style-type: none"> - Partnerschaften - Unterwegs mit Kinderwagen leichter gemacht - Familienparkplätze einrichten! - Familienfreundlicher Wohnraum - Hartz-IV schädigt Kinder - „Wie funktioniert das“ Broschüre, zu Schule, Kindergarten, etc. - Einstellungssache - Änderung des Kinder- und Jugendschutzgesetzes | Betreuung & Bildung Wohnumfeld & Verkehr Wohnumfeld & Verkehr Wohnumfeld & Verkehr Kinderfr. Einstellung Betreuung & Bildung Kinderfr. Einstellung Freizeit & Vergnügen | 10 |
| 29 | <ul style="list-style-type: none"> - Umsetzung der Forderungen des Volksbegehren-Kita - Ganztagsangebote für Kleinkinder bis hin zu den Oberschulen - Alles in Allem | Betreuung & Bildung Betreuung & Bildung Vernetzung | 0 |

Tab. 3: Ranking der Vorschläge nach Punktzahl

➔ 3.2 Diskussionsforen und Schwerpunktthemen

Im Rahmen der vierwöchigen Online-Diskussion wurden entsprechend des zugrundeliegenden Phasenkonzepts unterschiedliche Foren eröffnet und wieder geschlossen:

- Während der gesamten Laufzeit stand das Hauptforum zur Verfügung. Hier wurde in der ersten Phase zunächst das Thema Zusammenleben in Berlin ganz offen diskutiert und verschiedene Schwerpunktthemen gesammelt. Während der zweiten Phase konnten hier all diejenigen Aspekte erörtert werden, die kein eigenes Themenforum hatten. In der dritten Phase nach Schließung der thematischen Unterforen wurden die Ergebnisse abschließend im Hauptforum überprüft und diskutiert.
- In der zweiten Phase wurden auf der Basis der zuvor geschriebenen Beiträge zudem die

Unterforen „Betreuung & Bildung“, „Wohnumfeld & Verkehr“ sowie „Freizeit & Vergnügen“ eingerichtet, um diese Schwerpunktthemen intensiver zu diskutieren und ihre Ergebnisse in Themen-Wikis zu bündeln und zu fixieren.

- Neben diesen Foren wurden für den direkten Austausch mit Experten und städtischen Vertreterinnen und Vertretern drei so genannte „Livediskussionsforen“ eröffnet und nach den eineinhalb- bis zweistündigen Diskussionen wieder geschlossen.
- Für technische Fragen und allgemeine Hilfestellung stand außerdem durchgängig das Lob & Kritikforum zur Verfügung, um die Fragen gesondert zu erörtern, die abseits der inhaltlichen Diskussion lagen.

Im Verlauf der Diskussion kristallisierten sich anhand der Beiträge und eingebrachten Vorschläge bestimmte Themenfelder heraus, die sich folglich auch in der Ausrichtung der Unterforen und der Kategorisierung der Vorschlagsliste widerspiegeln. Sie unterteilen sich in die Schwerpunktthemen Betreuung & Bildung, Wohnumfeld & Verkehr, Freizeit & Vergnügen sowie dem übergeordneten Thema Informationsvermittlung. Die zentralen Diskussionsstränge und wichtigsten Aspekte der einzelnen Bereiche werden im Folgenden detailliert dargestellt.

➔ 3.2.1 Schwerpunktthema Betreuung & Bildung

Dem Schwerpunktthema Betreuung & Bildung galt unverkennbar die größte Aufmerksamkeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Berliner Online-Dialogs. Dies lässt sich nicht nur durch den Anteil der Vorschläge in der Liste, sondern auch anhand der Beiträge in den Foren bestätigen, die sich zu einem überwiegenden Teil auf dieses Themenfeld bezogen. Das Interesse wird zudem dadurch verdeutlicht, dass sich acht der Beiträge mit den meisten Antworten auf Betreuung oder Bildung beziehen und neun der zehn Forenbeiträge mit den höchsten Aufrufzahlen ebenfalls zu diesem Bereich zählen.

| Beiträge nach Antworten | Rang | Beiträge nach Seitenaufrufen |
|--|------|---|
| mehr gesetzlich garantierte Chancen für Väter (31) | 1 | mehr gesetzlich garantierte Chancen für Väter (493) |
| Gleichstellung von Privatschulen und staatlichen Schulen (23) | 2 | Sofortige Wiedereinführung der Vorschule (452) |
| Sofortige Wiedereinführung der Vorschule (20) | 3 | Krippen/Kitaplätze (358) |
| Lehrerausstattung (16) | 4 | kind und job (346) |
| Bitte tut das nicht!!! Der Kinderbauernhof „Pinke-Panke“ in Pankow steht vor dem Aus! (11) | 5 | Tagesmutter in Berlin (319) |
| Das Thema Armut (8) | 6 | Wie sicher sind die Inhalte auf zusammenleben-in-berlin.de? (298) |
| Krippen/Kitaplätze (8) | 7 | Welche Schulen braucht die BRD? (295) |

| | | |
|--|----|---|
| Helmholtzplatz und Obdachlose (8) | 8 | Unterstützung für „Mittelstands“-Familien mit schulpflichtigen Kindern (289) |
| Kitas als Bildungseinrichtung unterstützen?! (8) | 9 | Mittagessen und Mittagspause auch für ältere Kinder (285) |
| Familienfreundlichkeit und städtische Wohnungswirtschaft (8) | 10 | Bitte tut das nicht!!! Der Kinderbauernhof „Pinke-Panke“ in Pankow steht vor dem Aus! (268) |

Tab. 4: Die Top-10 der Forenbeiträge nach Antworten und Seitenaufrufen

Beschäftigte sich also bereits in der ersten Phase im Hauptforum die Mehrzahl der Beiträge mit den Themen Kinderbetreuung und Bildungsangebote (Betreuungsplätze, -kosten, -zeiten und Aufnahmeverfahren bis hin zu maroden Schulgebäuden), so setzten sich diese Aspekte auch im weiteren Verlauf innerhalb der verschiedenen Diskussionen immer wieder durch. Dabei lassen sich zwei Kernthemen unterscheiden, die jedoch eng miteinander verzahnt sind: Kinderbetreuung sowie Bildung bzw. Bildungsinstitute.

- **Kinderbetreuung**

Hinsichtlich der Kinderbetreuung wurde von den Teilnehmenden zunächst einmal festgestellt, dass die Situation in Berlin vergleichsweise positiv beurteilt werden müsse, die Angebote aber dennoch weiter optimiert werden könnten.

Verbesserungen in den Kitas

Zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer vertraten die Meinung, dass, obgleich die Erzieher/innen engagiert sind, der Betreuungsschlüssel zu klein bemessen sei, wie Teilnehmerin *Katharina* ausführt: „Die Gruppen sind zu groß, Angebote entfallen, wenn eine Erzieherin krank ist, Zeit, sich um einzelne Kinder zu kümmern ist kaum da.“

Dass diese Ansicht von vielen anderen Teilnehmenden des Forums geteilt wird, zeigt nicht zuletzt die Tatsache, dass ein entsprechender Vorschlag der Nutzerin *friini*, „den Betreuungsschlüssel in den Kitas zugunsten der Kinder und der Erzieher/innen zu verbessern“ am Ende auf Rang eins der Vorschlagsliste gewählt wurde.

Ein Aspekt, der eng damit zusammenhängt und fast ebenso häufig thematisiert wurde, sind die als unflexibel empfundenen Öffnungszeiten der Kitas. Insbesondere für Alleinerziehende und Personen im Schichtdienst seien die Betreuungszeiten oftmals zu starr und nicht den realen Lebenswelten angepasst, wie Nutzerin *eismeerblau* verdeutlicht: „Gerade der Zeitplan von Frauen in typischen Frauenberufen wie Krankenschwester oder, seit den erweiterten Ladenöffnungszeiten, auch Verkäuferinnen, Studentinnen (Seminare, CO finden oft ab 18 Uhr statt) haben große Probleme die notwendige Kinderbetreuung über die Öffnungszeiten der Kitas hinaus zu organisieren.“

Darüber hinaus würde bei der Feststellung des Bedarfs eines Betreuungsplatzes zwar Arbeitszeit- und Fahrzeit mit eingerechnet werden, mögliche Überstunden oder anderes Engagement, das über die Arbeitszeiten hinaus geht, jedoch nicht eingeplant. Die Nutzerin Miriam Rado schlägt dagegen vor, die Bedarfsdeckelung und Konzentration auf die Kernarbeitszeit abzuschaffen, um Familien eine flexiblere Zeitplanung zu ermöglichen.

Das Problem verschärfe sich in den Ferienzeiten noch, da die meisten städtischen Kindergärten hier feste Schließzeiten haben. Es wird hingegen dafür plädiert, die festgelegten Sommerschließzeiten der städtischen Kitas abzuschaffen, da die Betreuung durch eine fremde Ersatzkita die Krippenkinder zu sehr belastet. Auch gäbe es viele Eltern, die z.B. zwischen Weihnachten und Sylvester oder am Wochenende und in Schichtdienst arbeiten und dann massive Probleme mit der Kinderbetreuung bekämen.

Darüber hinaus wirkt sich die oftmals für 17 Uhr terminierte Schließzeit hinderlich bei der Arbeitsplatzsuche aus, wie Teilnehmerin *Nicole* beschreibt: „Die Betreuung ist schon aus finanziellen Gründen und aufgrund von Personalmangel so unflexibel. Zu unflexibel um einen Job zu finden, anscheinend. Spätestens gegen 17 Uhr ist fast überall Feierabend. Die wenigen Möglichkeiten, die länger geöffnet haben, sind überlaufen und bedeuten zusätzliche Fahrzeit“.

Bereits die Verlängerung um eine Stunde könnte nach Ansicht vieler Teilnehmenden die Eltern erheblich entlasten. Dem wird jedoch entgegen gehalten, dass es in einzelnen Bezirken speziell für Alleinerziehende gemeinnützige Vereine wie z.B. Paule Panke und Shia gäbe, die eine flexible Kinderbetreuung außerhalb der regulären Kitaöffnungszeiten anbieten. Allerdings sind die Plätze begrenzt und nicht für jede/n bezahlbar. Dass flexiblere Betreuungszeiten wiederum eine Mehrbelastung für die betreuenden Personen - insbesondere die Tagesmütter mit ihrem derzeit ungeklärten finanziell-rechtlichen Status - bedeutet, meint Nutzerin und Tagesmutter *Viktoria*: „Für meine Betreuungszeit von 5 bis 21 Uhr zahle ich als Tagesmutter einen hohen Preis! Ich erhalte oft erst freitags die Zeiten für die kommende Woche. Privatleben? Was ist das? Wofür tue ich das? Für die Kinder!!!“

Sie rät den Eltern indes, sich nicht nur auf ausgebaute Betreuungszeiten zu fokussieren, sondern „das Zusammensein mit ihren Kindern zu genießen“.

Auf das zunehmende Arbeitsaufkommen der Betreuenden richtet sich auch der Hinweis, dass die Vor- und Nachbereitungsstunden in den Kitas sich infolge des Berliner Bildungsprogramms weiter verdichtet und dem Betreuungspersonal mehr „kinderfreie“ Arbeitszeit für „mittelbare pädagogische Aufgaben wie Dokumentation, Sprachlerntagebuch, Evaluation usw.“ (*heweske*) abverlange. Insofern müsse auch diese Seite bei der Gestaltung der zukünftigen Kinderbetreuung berücksichtigt werden.

Zusammengefasst werden diese Aspekte in dem Vorschlag von Teilnehmer/in *Charly*, der zur Verbesserung der Bildungschancen und Bildungsqualität folgende Forderungen aufstellt: „7 Std. Bildungszeit für alle Kinder ab 3 Jahre ohne Bedarfsprüfung, intensivere Betreuung und Förderung durch Verbesserung des Personalschlüssels, mehr Zeit für eine kindgerechte Bildungsplanung, d.h. 5 Std./Woche für die Vor- und Nachbereitung, qualifiziertes Personal sicherstellen, d.h.

3 Tage im Jahr eine Fort- und Weiterbildung, und das die Kitaarbeit effizienter gemanagt werden kann, durch die Verbesserung des Leitungsschlüssels auf 1 Leitungskraft/100 Kindern.“

Verbesserungen bei der Kita-Platzvergabe

Des Weiteren wurde der Wunsch nach einer zentralen Anlaufstelle für Kindertagesbetreuung bzw. Informationsquelle für familienrelevante Auskünfte geäußert, die kompetent und umfassend berät. Derzeit sei dieser Service weder offline noch online gegeben, was die Eltern zu einer mühsamen Suche nach der geeigneten Unterbringung zwingt oder zu langen Wartezeiten führt. So wundert sich exemplarisch Nutzerin *Nicole*, „dass es im Internetzeitalter keine anständige, offizielle Suchdatenbank gibt, mit der man die Betreuungsmöglichkeiten und Kapazitäten recherchieren kann“.

Insgesamt sei die Vergabep Praxis für beide Seiten sehr umständlich und wenig planbar, wenn sich, wie Teilnehmerin *Katharina24* ausführt, die Eltern bei 4 bis 5 Kitas gleichzeitig anmelden, um dann erst 2 Monate vor Schuljahresbeginn die endgültige Zusage zu bekommen: „Wäre es nicht besser, man könnte den Kitaplatz schon früher fest machen und beruhigt mit dem Arbeitgeber planen?“

Andere machen sich für die Einführung einer KitaCard stark, um die Engpässe in der Platzvergabe zu überwinden. Eine KitaCard setze allerdings einen gesetzlichen Anspruch voraus, der bislang nicht in Sicht sei, die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit aber unterbinde. Teilnehmerin *MissyD.* schlägt daher folgenden Weg vor: „1. gesetzlicher Anspruch, 2. KitaCard zu beantragen bei der z.B. Kitavergabestelle oder beim Jugendamt, 3. Träger suchen, 4. KB buchen“.

Der Teilnehmer *ein papa* indes plädiert gleich für die vollständige Abschaffung der Kita- und Hortgebühren, was sich seiner Meinung nach durch die entsprechende Reduzierung „des Verwaltungsaufwand sowohl für die Ämter als auch für die Familien (entfallende Kostenfestsetzung und -erhebung.)“ sowie die „Beteiligung der Besserverdienenden an den Kosten für Sozialleistungen“ über ein vernünftiges Steuersystem aufrechnen ließe. Ein anderer Vorschlag richtet sich wiederum gegen die für 2013 geplante Einführung des Betreuungsgeldes, da infolgedessen insbesondere sozial schwache Kinder weiter an den Rand gedrängt und Kinder mit Migrationshintergrund weniger integriert würden. Vielmehr sollte, so Teilnehmer/in *schmidtinho*, „die (Wieder-)Eingliederung in die Berufswelt gefördert“ werden.

Zahlreiche Vorschläge und Anregungen betrafen außerdem die verbesserte Informationsvermittlung bzw. Bündelung familienrelevanter Informationen. Sie werden im „Kapitel 3.2.4 Querschnittsthema: Gebündelte familienrelevante Informationen“ gesondert ausgeführt

Verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Berufstätigkeit wiederum muss mit dem Familienalltag vereinbar sein. Dazu gehörten nach Meinung einiger Teilnehmenden auch familienfreundliche Arbeitgeber, „die sich – soweit möglich –

7 Vgl. http://www.beruf-und-familie.de/system/cms/data/dl_data/7a9ba6c5421b083be7c6ca513f206d1c/Factsheet_BWL_Effekte_081105.pdf

auf flexible Arbeitszeiten aufgrund familiärer Belange wie Kindererziehung oder die Pflege/Betreuung eines Angehörigen einlassen, den Wiedereinstieg nach der Babypause begleiten und nicht den Eindruck vermitteln als sei ein Kind der berühmte Karriereknick“ (*Paula74*).

Dass Unternehmen von einer familienfreundlichen Firmenpolitik tatsächlich messbar profitieren können, belegt Nutzerin *Jutta* anhand der neuesten FFP-Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend⁷ – eine Ansicht, die auch von IHK-Präsident Dr. Eric Schweitzer im Kontext des Forums vertreten und unterstützt wird.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird nach Ansicht der Teilnehmenden insbesondere dann erschwert, wenn die Arbeitszeiten nicht mit den Kita- oder Hortzeiten übereinstimmen und sowohl Arbeitgeber als auch Betreuungseinrichtung keinen Spielraum einräumen. Schwierig wird es auch, wenn Familien und besonders Alleinerziehende nicht auf private Netzwerke zurückgreifen können oder einen Platz bei freien und flexibleren Trägern bekommen, die bezahlbare Kinderbetreuung anbieten. Hier sei ein Umdenken und mehr Flexibilität auf allen Seiten gefragt.

- **Bildung & Bildungsinstitute**

Das zweite, die Diskussionen dominierende Thema dieses Schwerpunkts war Bildung bzw. die Qualität der Bildungsinstitute und ihre zukünftige Entwicklung. So wurden in diesem Zusammenhang zunächst viele Grundprobleme an den Schulen thematisiert, die es dringend zu beseitigen gilt. Exemplarisch fasst der Vorschlag „Schulsystem-Grundprobleme beseitigen“ des Teilnehmers *ogni* diese wie folgt zusammen: „Schlecht ausgestattete und baulich heruntergekommene Schulen, Klassenfrequenzen unter 20 Schüler, Lernmaterialien, Unterrichtsausfall, keine Transparenz bei der Schulplatzvergabe, Schulessen, verpflichtende Fortbildung der Lehrer, Lehrer, die nicht mit Eltern zusammenarbeiten wollen, Eltern, die kein Interesse zeigen usw.“ Dass es sich hierbei um ein zentrales Themen handelt, lässt sich auch daran erkennen, dass der Vorschlag „Kleinere Schulklassen“ in der Bewertungsrangfolge der Vorschläge den zweiten Platz einnimmt. Er spricht sich deutlich dafür aus, dass Lehrer/innen die Zeit haben müssen, sich um einzelne Schüler/innen kümmern zu können, damit diese sich „ihren persönlichen Möglichkeiten entsprechend entwickeln und später ihren wirksamen Beitrag für die Weiterentwicklung des Landes“ leisten können.

Verbesserte Bedingungen an den Schulen

Aber auch der bereits angesprochene Zustand der Schulgebäude, der wegen Baumängel langfristig geschlossenen Schulsporthallen und insbesondere der sanitären Einrichtungen wurde von mehreren Teilnehmenden kritisiert. So schreibt der Nutzer *Lichterfelder*: „Schon die Toilettensituation führt dazu, das mein Kind nach der Schule sofort und ohne Umwege nach Hause kommt.“ Zum gleichen Thema schlägt die Teilnehmerin *Claudia Beutler* vor, dass „Mitarbeiter des Gesundheitsamtes öfter mal unangekündigte Kontrollen in diesem Bereich machen“ sollten.

Eine weitere und häufig gestellte Forderung ist die Gewährleistung eines Mittagessens für Schulkinder aller Schulformen, die in der Liste der bewerteten Vorschläge Rang vier einnimmt.

So bekämen die Schüler/innen laut *S.Schmid* „zumindest in den alten Westbezirken der Stadt (...) bei einer täglichen Schulzeit von 8.00 bis halb drei, manchmal bis halb vier kein Mittagessen“, wohingegen, so fügt *Eva-Catrin Reinhardt* hinzu, „jeder Arbeitnehmer seinen Arbeitgeber verklagen könnte, wenn er so schlecht behandelt werden würde“.

Insbesondere Schüler/innen der Mittelstufe seien hier oftmals von einem Angebotsmangel betroffen und dürften zudem das Schulgebäude nicht verlassen, während Schüler/innen bis zur vierten Klasse und die der Oberschulen besser versorgt zu sein scheinen. Eigeninitiativen, wie eine „Zweckgemeinschaft, in der jeden Tag umschichtig eine der Mütter Essen kocht“ (*Beate-TK*) oder die selbstinitiierte Einrichtung einer Cafeteria durch Zusammenwirken von Lehrern, Eltern und Cafeteriabetreibern (*Caspo*), sind zwar hervorzuheben, könnten das grundsätzliche Problem jedoch nicht beseitigen. Zudem bieten einige der Cafeterias in den Oberschulen nur Snacks und den Schüler/innen damit „ausgesprochen gute Chancen, ihr Geld in Süßigkeiten umzusetzen“ (*Jutta*), was nicht im Sinne einer gesunden Ernährung sei.

Ein weiteres wichtiges Thema in der Diskussion war die Prävention von Gewalt an Schulen. Dazu gab es verschiedene Ansätze, wie langfristig ein besseres und gewaltfreies Schulklima erreicht werden kann. Sie nehmen sowohl Eltern, Lehrer als auch den Staat in die Verantwortung. So sollten Initiativen zur Förderung einer respektvollen und toleranten Umgangskultur in den Schulen bereits in den Familien ansetzen, in den Schulen programmatisch fortgesetzt werden und schließlich Lehrer und Pädagogen mit einbeziehen. Hilfreich könnten sich hierbei, so die Teilnehmenden, unter anderem Konfliktlotsen, Konfliktprävention, Ethik- und Religionsunterricht, Supervisionsprogramme für Lehrer, Mediation für Schulkonflikte, Schulstationen als auch die Erziehung zur Zivilcourage erweisen. Andererseits wurde anhand des Beispiels der Rütli-Schule der grundsätzliche Einsatz spezialisierter Sozialpädagogen vorgeschlagen, „die das humanistische Gedankengut an die Kinder/Jugendlichen weitergeben“ (nliebelau) und gemeinsam mit Schülern und Lehrern an einer Problemlösung arbeiten.

Bedarf an anderen/alternativen Schulformen

Unterdessen ergaben sich im weiteren Verlauf zahlreiche Diskussionen über weitreichende Änderungen der Bildungsinstitute, wie zum Beispiel die kontroverse Debatte über die Wiedereinführung der Vorschule, die durch die vorgezogene Vermittlung des Stillsitzens, Zuhörens etc. die Schulen entlasten kann. Gegenteilige Stimmen meinen allerdings, dass diese Vorschularbeit heute bereits von den Kindertagesbetreuungseinrichtungen übernommen wird. Dies sei jedoch in deren Arbeitsbedingungen noch nicht grundsätzlich berücksichtigt, was dringend verbessert werden sollte. Der gleichnamige Vorschlag erreichte in der Bewertung zwar nur den 17. Rang, der entsprechende Forenbeitrag mit der zweithöchsten Anzahl an Abrufen (452) und 20 Antworten deutet jedoch durchaus auf ein gewisses Interesse an diesem Aspekt hin.

Als Integrationsmaßnahme und zur verbesserten Vermittlung von Wissen an Kinder mit Migrationshintergrund schlug unter anderem Nutzerin *Wendula Strube* vor, spezielle Schulformen wie Europa- und Levante-Schulen für Deutsch-Türkisch und Deutsch-Arabisch einzuführen, die den Lernstoff bilingual vermitteln und so den Kindern zunächst einen Einstieg über ihre eigene

Sprache verschaffen. Jedoch läge bei solchen Schulformen noch mehr Gewicht auf der Gewährleistung der Angebote, da ansonsten Unvereinbarkeit mit Lehrplänen anderer Schulen, Ärger beim Schulwechsel und schließlich Motivationsverlust und Frustration bei den Kindern entstehen könnten: „So kann man Kinderseelen von staatlicher Seite auch kaputt spielen“ (*Frank Becker*).

Große Zustimmung erfuhr indes das Konzept der Gemeinschaftsschule, dessen gleichnamiger Vorschlag lange Zeit die Bewertungsliste anführte und dann schließlich auf Rang drei landete. Langes „gemeinsames Lernen bzw. Förderung aller Kinder ohne zu frühe Leistungsausiebung“ wird von vielen gutgeheißen. Andere Teilnehmer/innen befürworteten Pläne, nach denen das Prinzip der Gymnasialempfehlung durch die Lehrer zugunsten einer auf den Noten basierenden Entscheidung abgeschafft werden soll: „Mit klaren, an Noten orientierten Zugangsbedingungen bliebe vielen Eltern und ihren Kinder einiges erspart“ (*dustin*).

Verbesserung der Lehr-/Lerninhalten

Darüber hinaus gab es eine ganze Reihe Anregungen und Vorschläge zur Modernisierung der Lehrstoffe und -inhalte: So würden nach Ansicht einiger Teilnehmerinnen veraltete Inhalte in der Grundschule die Fremdenfeindlichkeit bei Kindern unterstützen: „Da sitzen Kinder unterschiedlicher Herkunft in einem Klassenraum und gucken einen Film, in dem von Negern die Rede ist (3. Klasse). Es werden Lieder im Musikunterricht gelernt (2. Klasse), in denen ein australischer Bush-boy ein Känguru einfangen soll...“ (*Nikola Harnisch*). Auch alltägliche Situationen und Gegenstände wären zum Teil fremdenfeindlich besetzt. So musste eine Teilnehmerin in der Kita ihrer Kinder großen Aufwand betreiben, um die Erzieherinnen davon zu überzeugen, dass der politisch korrekte Begriff „Schokokuss“ und nicht „Negerkuss“ hieße.

Für die moderne Arbeitswelt sei technisches Wissen und insbesondere der Umgang mit Computern unentbehrlich. PC-Unterricht bzw. gezielte Arbeit mit der Maus & Tastatur sollte laut Nutzer *Frank Becker* ab Klasse 1 regulär beginnen, womit das Problem, dass ausgebildete Informatiklehrer erst ab der siebten Klasse zur Verfügung stehen, gemildert werden könnte. „Überalterte Lehrer und Erzieher können in der Regel oft die komplizierte Technik nicht bedienen“, dennoch bedarf es der frühzeitigen Förderung der Kinder und damit auch der Weiterbildung der technischen Zusatzkräfte. Externe Unterstützung könnte in diesem Zusammenhang ebenso helfen wie pädagogische Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrer/innen als technische Quereinsteiger, die bislang nicht angeboten wird. Das existierende Angebot der technischen Weiterbildungskurse für Pädagogen würde allerdings derzeit kaum in Anspruch genommen.

Auch in anderer Hinsicht schlugen Teilnehmer/innen einen Ausbau der Lehreraus- und -fortbildung vor: Ein Vorschlag strebt an, dass angehende Lehrer/innen studienbegleitend eine Therapie absolvieren, die die Selbstreflektion schulen, zu einer besseren und vorurteilsfreien Beurteilung der Schüler/innen sowie dem Abbau des Schulalltagsstress beitragen könnte. Da nicht alle für diesen Beruf geeignet sind, sollten angehende Lehrer/innen laut einer anderen Teilnehmerin zukünftig eine Eignungsprüfung machen. In eine ähnliche Richtung weist der Vorschlag von *Max Thomas Meer*, wonach die Lehramtsstudenten bereits ab dem 1. Semester direkt mit dem Schulalltag konfrontiert werden sollten: „Lehramtsstudenten sollten ab dem ersten Semester

die Hälfte der Zeit an den Schulen verbringen. Vorteile: Der Vorschlag kostet nicht wirklich zusätzliches Geld. Die Schulen werden durch mehr Personal entlastet. Die Studenten merken schneller ob sie wirklich den richtigen Beruf gewählt haben“.

Etwas einfacher und direkt vom Bundesland umsetzbar seien jedoch zunächst „Programme für Supervisionen, Teamarbeit, Lehrererholung, Sabbatjahre an den Schulen“ (*Thea*).

Andere Teilnehmer/innen konzentrieren sich auf bestimmte Schulfächer, wie zum Beispiel die Wiedereinführung des Fachs Werken, um notwendiges technisches Vorstellungsvermögen und feinmotorische Fähigkeiten zu vermitteln, die den derzeitigen Jugendlichen oftmals fehlen. Auch Schulgartenunterricht sollte laut dieses Vorschlags ein notwendiges Pflichtfach sein.

Da Ethikunterricht zum Dialog und Toleranz gegenüber verschiedenen Weltanschauungen und Religionen beitragen kann, setzt sich ein weiterer Vorschlag für die Einführung des „Lebenskunde bzw. Ethikunterrichts an allen Schulen ab der 1. Klasse“ (*Beate-TK*) ein. Dieser könnte auch eine Alternative für die Kinder darstellen, die dem christlichen Religionsunterricht nicht beiwohnen und infolge dessen derzeit noch von der Klassengemeinschaft ausgeschlossen sind.

Grundsätzlich wirke sich die Verkürzung der Schulzeit auf 12 Jahre aus Sicht einiger Teilnehmenden sehr belastend auf die Kinder aus. Sie wünschen sich daher zwecks Entlastung eine „Entrümpelung des Lehrplanes oder die Wiedereinführung von 13 Schuljahren“ (*Eva-Catrin Reinhardt*). Allerdings, so fügt eine Teilnehmerin an, könnten einige Eltern auch durch die Reduzierung des eigenen Ehrgeizes, „die Kinder um jeden Preis zum Gymnasium zu schicken“ (*Celina*) und an zu vielen Sport-, Musik und Freizeitaktivitäten teilnehmen zu lassen, zur Entspannung des kindlichen Alltags beitragen.

- **Förderung von Hilfsprojekten und unterstützenden Maßnahmen**

Neben den Themen Betreuung und Bildung kristallisierte sich im Verlauf der Diskussion ein weiterer Aspekt heraus, der eng mit beiden verknüpft ist: der Bedarf an und Unterstützung von speziellen Hilfs- und Förderprojekten. Da diese nicht zwangsläufig zu konkreten Betreuungseinrichtungen und Bildungsinstituten gehören und sich andererseits im Schnittfeld zur Kategorie Freizeit & Vergnügen befinden, werden sie in dieser Rubrik gesondert aufgeführt.

Verbesserte Angebote für Kinder und Jugendliche

Mehrere Teilnehmer wünschen sich „nicht nur Bildungs- und Kulturangebote für Eliten und Touristen, sondern auch kiezbezogene, gut erreichbare und in ihrer Größe überschaubare Angebote, die von Kindern selbständig und von Eltern gemeinsam genutzt werden können. Das sind z.B. Bibliotheken, Kunsthaus mit Arbeitsgemeinschaften, Jugendklubs, Sportvereine, Heimatmuseen, Kulturhäuser, Volkshochschulen. (...) Zur Zeit sind solcherart Angebote in meinem Stadtteil vorhanden. Ich wünsche mir, dass sie Bestand haben und nicht jedes Jahr aufs Neue hart erkämpft werden müssen“ (*Thea*).

Eine andere Nutzerin könnte sich solche Angebote unter Umständen auch in mobiler Form vorstellen – „zum Beispiel einen Bibliothekenbus, der in verschiedene Stadtteile fährt“ (*inka*).

Zudem werden kleine Projekte und Initiativen als Möglichkeit gesehen, auch ältere Kinder und Jugendliche sinnvoll zu beschäftigen. Leider wären derlei Aktivitäten oftmals gar nicht überall bekannt. Daher sollte, so Nutzerin *Christel Helga*, der Senat mehr Werbung für Projekte wie beispielsweise die Lesepatzen machen.

In einem weiteren Diskussionszweig wurden spezielle Förderangebote für Kinder aus sozial benachteiligten Stadtgebieten gefordert, die frühzeitig Entwicklungsdefizite entgegenwirken und Hilfestellung für Familien im Sinne von Armut- und sozialer Verelendungsprävention leisten. Um nachhaltig wirken zu können, müssten diese, so Nutzer *Udo Lih*s, verstärkt gefördert als auch die Eltern einbezogen werden, um der gesamten Familien neue Zukunftschancen und -potentiale aufzuzeigen und so eine positivere Grundhaltung zu bewirken. Insbesondere die Kitas könnten in diesem Zusammenhang eine Schlüsselfunktion einnehmen: „Um hier wirksam gegen zu steuern sollten Kitas eine Schlüsselfunktion bekommen, indem sie als niedrigschwellige Eintrittspforte für Eltern zu einem umfassenden Kontakt- und Hilfe-zur-Selbsthilfe-Angebot genutzt werden. Beratungsangebote in der Kita zu Themen wie Erziehung, Schulden, Partnerschaftsproblemen, Jobsuche und Gewalt in Familien, aber auch Angebote wie Sprachkurse, Kochkurse, angeleitete Spielgruppen für Eltern und Kinder sowie die Vernetzung aller beteiligten Institutionen mit verbindlichem Casemanagement“ (*wilms-faß, antje*).

Ein anderer Vorschlag plädiert dafür, Projekte und geschützte Räume für Kinder (z.B. Kids Garden in Neukölln) zu erhalten, wo die Kinder ohne Müll, Hundekot, Verkehr, Kriminalität etc. im Freien spielen und Natur erfahren können und sich hunderte von Familien mit verschiedensten kulturellen und sozialen Hintergründen begeistert engagieren. Die spontanen und engagierten Aufrufe mehrerer Teilnehmenden auf der Plattform, verschiedene konkrete Jugendprojekte zu erhalten, resultierte nicht zuletzt auch aus einer aktuellen Meldung des Berliner Kuriers, dass der Kinderbauernhof Pinke-Panke neben 50 weiteren Projekten im Bezirk Pankow von der Schließung bedroht sei. Laut einer nachfolgenden Pressemeldung werden bestehende Pankower Projekte trotz der zu erwartenden Haushaltssperre auch im Jahr 2009 gefördert, was diese Diskussion wieder beruhigte.

Verbesserte Angebote für spezielle Bevölkerungsgruppen

Ein sehr emotionaler Diskussionsstrang betraf hingegen die Gleichberechtigung von (getrennt lebenden) Elternteilen in der Sorge um die gemeinsamen Kinder, die von rechtlichen Mängeln, Unterhaltspflichten bis hin zum Armutsrisiko reichte. Der Eingangsbeitrag „mehr gesetzlich garantierte Chancen für Väter“ des Nutzers *Martin Kelmer* erzielte die mit Abstand höchsten Seitenabrufe (493) aller Forenbeiträge und verdeutlicht mit der ebenfalls höchsten Anzahl an Antworten (31) die Brisanz dieses Themas. Die Diskussion ergab neben dem Appell zur Modernisierung des Sorgerechts auch die Forderung nach erweiterten und auf die speziellen Bedürfnisse der Väter angepassten Beratungs- und Hilfsangeboten, die nicht im gleichen Maße zur Verfügung stünden wie die für Mütter (mehr Details im Kapitel 3.2.4).

Eine gezieltere Unterstützung wünschen sich auch die pflegenden Angehörigen von Demenzerkrankten, „z.B. durch die Einführung einer Pflegestufe für Demenzerkrankte oder Pflegeleistungen welche nicht durch finanzielle Vorleistungen der Angehörigen bestritten werden müssen“ (*eismeerblau*). Demenzerkrankte, die oftmals körperlich erstaunlich fit sind, fallen infolge des engen Punkteschemas des MdK aus dem Leistungskatalog heraus und erhalten keine Pflegestufe. Die Eltern behinderter Kinder fordern ebenfalls mehr Hilfsmaßnahmen, die sich sowohl auf die infrastrukturelle Gestaltung der Stadt, spezielle Fördermaßnahmen der Schulen (z.B. mehr Schulförderer, mehr Förderstunden für Integrationsklassen) als auch verstärkte Empathie beziehen.

➔ 3.2.2 Schwerpunktthema Wohnumfeld & Verkehr

Neben den Aspekten Betreuung und Bildung thematisierten die Teilnehmenden auch Fragen des familienfreundlichen Wohnens und Verkehrsgestaltung in Berlin. Hier richtet sich die Aufmerksamkeit jedoch in erster Linie auf die Bedürfnisse und Sicherheit der Kinder.

- **Familienfreundliches Wohnen**

Innerhalb des Themenkomplexes Wohnen befassten sich die Beiträge der Teilnehmenden insbesondere mit integrativen neuen Wohnformen, der Einbeziehung der älteren Generationen sowie den Spielmöglichkeiten für Kinder.

Bedarf an neuen Wohnformen

Familienfreundliches Wohnen beinhaltet nach Ansicht mehrerer Teilnehmender neue und auf das Zusammenleben verschiedener Familien oder Generationen hin ausgerichtete Wohnformen. So fragte sich exemplarisch der Nutzer *Max Thomas Mehr*, warum in einer der wenigen europäischen Städte mit ausgesprochen umfangreichen städtischen Wohnungsbesitz nicht mehr familienfreundliche Modelle ausprobiert werden: „Zum Beispiel: kinderfreundliche Mietshäuser, die wirklich „Mehrfamilien“-Häuser sind, mit gemeinsamen Freizeit-Betreuungsräumen und Höfen, Gärten für die Kinder, Trockenböden für die Wäsche und Waschmaschinen im Keller.“

Ein solches Modell sollte, so Teilnehmerin *Berlinmama*, speziellen Wohnraum schaffen, der es Menschen mit Kindern ermöglicht, zusammen unter einem Dach zu leben und sich so gegenseitig besser zu unterstützen. Je mehr Familien mit Kindern in einem Haus leben, desto größer sind die Entlastungschancen für die einzelnen Familien und insbesondere Alleinerziehende, den Alltag zu bewältigen. Mehrere Teilnehmer/innen entwickelten daraufhin konkrete Elemente, die ein „Mehrfamilien-“ oder „Mehrgenerationenhaus“ aufweisen sollte: etwa ein Freizeitraum pro Haus, in dem sich die Kinder austoben können, gemeinsame Waschküche, Picknicktische sowie einen Buddelkasten auf dem Hof, eine „Suppenküche“, wo auch ältere Kinder oder gestresste Eltern sich mal etwas Warmes zu Essen gönnen können, und einen Bolzplatz pro Straße. Aus der Gemeinschaft und dem gemeinschaftlichen Handeln entstünde eine Vielfalt an Beziehungen für Erwachsene und Kinder zugleich, die alle entlastet und an das „(Stieffamilien-) Modell bei den US Alliiertenhäusern in Berlin“ erinnere. Allerdings müssen die Bewohner dieses Po-

tential durch gemeinsame Aktionen wie bspw. Halloween-Parties, gemeinsames Picknick etc. eigenständig beleben.

Eine gute Mischung von Altersgruppen und Lebensformen in den Berliner Bezirken wird als angenehm und wichtig angesehen. Die Programme der Wohnungsgesellschaften zur Förderung der sozialen Mischung sollten demnach weiter unterstützt werden. Dazu gehöre jedoch auch, dass entsprechende Häuser einen Fahrstuhl aufwiesen, was beispielsweise in Zehlendorf nur selten gegeben sei, so Teilnehmerin *Nicola Harnisch*. Wie Teilnehmer/in *Trecjok* anmerkt, entstünden durch Baugruppen in der Berliner Innenstadt derzeit zwar „zunehmend umwelt- und familienfreundliche, generations- und herkunftsübergreifende Wohnformen, bei denen die Menschen sich gegenseitig unterstützen und das Umfeld und die Nachbarschaft beleben“, dennoch seien Familien mit mehreren Kindern kaum noch in der Lage, eine angemessene bezahlbare Wohnung zu finden – geschweige denn in der Innenstadt. Daher sollten, so pflichten auch andere Teilnehmende bei, jegliche Form des gemeinschaftlichen Wohnens in der Stadt Unterstützung vom Senat finden als auch Familien bzw. Alleinerziehende bei der Vergabe von Wohnungen stärker berücksichtigt werden.

Als einen bislang unerkannt familienfreundlichen Stadtteil bezeichnet Nutzerin *iko* den Bezirk Neukölln und betont, dass „entgegen der landläufigen Meinung (..) in Neukölln längst nicht Hopfen und Malz verloren“ sei. Als Vorteile dieses Stadtteils benennt sie die Verfügbarkeit von erschwinglichem Wohnraum und die gute Kinderbetreuung sowie den leichten Zugang zur „Wunschschule mit gebundenem Ganztagsbetrieb“. Zwar gebe es in Neukölln auch viel Armut, aber gerade um einer Ghettobildung vorzuzwirken, sollten sich Mittelstandsfamilien dort ansiedeln.

Verbesserte Familienfreundlichkeit im öffentlichen Raum

Der Familienfreundlichkeit indes abträglich ist es, so Nutzerin *filjakova*, wenn angrenzende Haltestellen wie zum Beispiel die U-Bahn Station Schwartzkopffstraße in Mitte als Drogenumschlagplatz dienen und Kinder und Jugendliche, die mit der U-Bahn zur Schule fahren, infolgedessen von den Eltern begleitet werden müssen. Hier sollte der öffentliche Raum durch die zuständigen Behörden besser geschützt werden.

Einige Teilnehmende bemängeln eine fehlende Familienfreundlichkeit in der Stadtplanung. So würden zwar zahlreiche Einkaufszentren konzipiert, doch selten auch ein zugehöriger Spielplatz oder Platz mit Bänken zum Verweilen. Statt dessen sollte der Bedarf der Familien bereits frühzeitig berücksichtigt und nicht nachträglich mühsam ergänzt werden wie in den Beispielen Mediaspree und Bebauungsplan Karstadt in der Steglitzer Schloßstraße. Um den öffentlichen Raum allgemein familienfreundlicher zu gestalten, wird auch von anderen Nutzer/innen vorgeschlagen, die Spielmöglichkeiten auszubauen. So könnten zum Beispiel an breiteren Gehwegen oder zentralen Plätzen wie dem Alexander- oder Breitscheidplatz kleinere Spielgeräte oder Wipptiere aufgestellt und in öffentlichen Einrichtungen wie dem Bürgeramt Spielbereiche oder -ecken eingerichtet werden, um die Wartezeit zu überbrücken.

Manchmal entsteht aber auch ein Mangel an Spielplätzen, wenn diese wie zum Beispiel im Bezirk Lichtenberg von verschiedenen Wohnungsbaugesellschaften bzw. -genossenschaften „vereinnahmt“ werden, wie Nutzer *SingleParent* berichtet: „Da wurde um die Häuser ein Zaun gezogen - der Spielplatz lag mitten drin - und seit dem ist er für Kinder, die dort nicht wohnen, nicht mehr zugänglich (...) Die wenigen noch Öffentlichen sind entweder weit weg oder in einem so maroden Zustand, dass es keinen Spaß macht, seine Kinder dort spielen zu lassen“. Des Weiteren wird angeregt, Spielplätze generell mit öffentlichen Toiletten zu versehen. Auch mehr Mülleimer und Hundekotbeutel könnten nach Meinung einiger Teilnehmenden zu verbesserter Sauberkeit und Familienfreundlichkeit führen.

Neben den Aspekten Wohnen und Spielmöglichkeiten thematisierten die Teilnehmer/innen auch den notwendigen Erhalt von Grünflächen im Allgemeinen und Kleingärten im Speziellen - gerade im Hinblick auf die Lösung des Feinstaubproblems. So wurde hier einerseits beklagt, dass zu viele Grünflächen der Bebauung geopfert werden und so in der Großstadt kaum noch Freizeit- und Erholungsflächen blieben. Vorhandene Flächen seien andererseits oftmals abgesperrt und damit auf legalem Weg nicht „bespielbar“. Daher schlägt der Teilnehmer *pavlos geradidis* die Eröffnung spezieller „Kinder-Gärten“ vor, in denen Kinder mit Pflanzen und Tieren in Kontakt kommen und „lernen, dass der Spinat nicht in der Kühltruhe wächst“. Er erntet damit auch die Unterstützung anderer Teilnehmenden, die diesen Vorschlag auf Rang 6 wählten.

- **Familienfreundliche Verkehrsgestaltung**

Das zweite Themenfeld des Schwerpunkts Wohnumfeld & Verkehr ist die familienfreundliche Verkehrsgestaltung.

Mehr Sicherheit im Straßenverkehr

Die Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr spielt für Familien in Berlin in diesem Zusammenhang die wichtigste Rolle. Die Ausweitung verkehrsberuhigter Zonen, die konsequentere Durchsetzung bestehender Geschwindigkeitsbegrenzungen sowie eine schärfere Sanktionierung von Verkehrsordnungswidrigkeiten wurden in diesem Zusammenhang mehrfach eingefordert: „In jedem Fall sollte die Polizei, die wir schließlich alle mit unseren Steuergeldern finanzieren, auch etwas zur Verkehrsberuhigung beitragen und „Zone 30“ auch wirklich kontrollieren“ (*Familie-Wilmer*).

Aber auch in anderer Hinsicht sehen die Teilnehmer/innen noch Spielraum zur Erhöhung der Sicherheit. So sollten verkehrsreiche Straßenkreuzungen grundsätzlich mit Ampeln oder zumindestens Zebrastreifen versehen, die Sicht in Kreuzungsbereiche nicht durch parkenden Autos oder Bepflanzungen versperrt werden dürfen und die Ampeldruckknöpfen niedriger angebracht werden, damit sie für kleine Kinder erreichbar sind.

Sehr kontrovers wurde dagegen der Vorschlag zur Einrichtung von Familienparkplätzen diskutiert, da nach Meinung einiger Nutzer/innen die Definition in diesem Kontext schwierig und Missbrauch sehr wahrscheinlich sei.

Ansonsten monierten einige Teilnehmende das Fehlen familiengerechter Fahrradwege, bspw. am Tempelhofer Damm, Lichterfelde West, Dahlem, Schmargendorf sowie an der Schlossstrasse in Steglitz bzw. Hauptstrasse in Schöneberg, was Fahrrad fahrende Kinder stark gefährde. Zudem würden existierende Fahrradwege zu oft als PKW-Parkplatz missbraucht.

Verbesserungen im ÖPNV

Aber auch eine bessere Zugänglichkeit von öffentlichen Wegen und des ÖPNV für Menschen mit Kinderwagen oder körperlicher Beeinträchtigung würde aus Sicht der Teilnehmenden die Familienfreundlichkeit Berlins verbessern. Im ÖPNV könnten an vielen Stellen Hindernisse für ältere Menschen und Personen mit Kinderwagen, wie Stufen, Treppen, fehlende Aufzüge und Rolltreppen, entfernt werden. Genannt wurden in diesem Kontext z.B. die U1/2 Kreuzberg und Prenzelberg, Platz an der Luftbrücke, Kurt-Schuhmacher-Platz in Reinickendorf. Berlin könnte sich stattdessen, so Nutzerin *kopenhagenmama*, „durch Investitionen an den entsprechenden Bahnhöfen nicht nur familien- sondern auch umweltpolitische Meriten erwerben“.

Einige Teilnehmer/innen gehen sogar noch weiter und fordern eine unentgeltliche Nutzung der öffentlichen Nahverkehrsmittel zugunsten des Klimas oder zumindest eine Abschaffung der BVG- und S-Bahngebühren für Kinder unter 16 Jahren, was insbesondere den ärmeren Familien zugute käme.

➔ 3.2.3 Schwerpunktthema Freizeit & Spielen

• Belange älterer Kinder/Jugendlicher

Ein wichtiges Anliegen der Teilnehmer/innen ist die Berücksichtigung der Bedürfnisse von älteren Kindern und Jugendlichen hinsichtlich des Freizeitangebotes in Berlin. Spielplätze für kleine Kinder seien in ausreichendem Maße und in guter Qualität vorhanden, sobald die Kinder aber älter werden, fehle es an geschützten Räumen und Möglichkeiten für Jugendliche, sich außerhalb von Sportvereinen körperlich zu betätigen.

Eine einfache Abhilfe könnte da bereits die Öffnung von Schulhöfen auch nach Schulschluss und am Wochenende sein, um Jugendlichen einen geschützten Treffpunkt zu bieten. Teilnehmerin *Jutta* weist zusätzlich auf buchstäblich brach liegende Möglichkeiten hin: „Dabei gibt es bei uns sogar noch eine wunderschöne ungenutzte (!) Fläche, die einmal einem Kindergarten als „Garten“ gedient hat. Sie befindet sich Ecke Südend-/Plantagenstr. Der Kindergarten wurde 2005 geschlossen. Seitdem verwahrlost das Gelände. Dabei ist es nahezu perfekt, gerade für etwas ältere Kinder, denn es ist rundum eingezäunt, man könnte Fahrrad fahren und Ball spielen, sich in den Büschen verstecken usw. Sogar mein Sohn (11) macht sich Gedanken, warum er mit seinen Freunden dort nicht spielen kann. (Das Gelände ist abgeschlossen.) Familienfreundlichkeit heißt für uns, dass solche Orte den Kindern zur Verfügung gestellt werden, damit sie sich vom Schulalltag erholen können.“

Zu den vielen, aber hauptsächlich kommerziellen Angeboten müssen nach Ansicht der Teilnehmenden kostenlose Alternativen in Form von Jugendclubs und -häusern geschaffen werden, die professionell betreut das selbstbewusste und gesunde Aufwachsen von Jugendlichen unterstützen. Darüber hinaus wird angeregt, mehr Basketball und Fußballplätze zu schaffen und/oder kostenfreie oder günstige Angebote für Kampfsport (z.B. Kickboxen) anzubieten. Gleichzeitig sollten Schulen mehr AGs und kulturelle Angebote ermöglichen, die auf das Interesse der Jugendlichen stoßen, wie z.B. Manga-Ausstellungen und Lesungen.

Durch den Mangel an Angeboten sei es schwierig, die Kinder an die frische Luft zu kriegen. Die wenigen Sportplätze werden außerdem meist von Vereinen benutzt und verhindern so die Nutzung als Spielort. Neben den Bolzplätzen fehle es auch an Angeboten für Mädchen, die dann ihre Freizeit zu ausgiebig am Computer verbringen, so Teilnehmerin *Jutta*.

Teilnehmer *Udo Lih*s mahnt an, dass Kampagnen wie bei „Be Berlin“ sich an Erwachsene richten, während die Kinder hier nicht als Bürger der Stadt Berlin auftauchen. Es wäre aber an der Zeit, Kindheit, Jugend und Familie in Berlin aufzuwerten. Sie sind nicht nur die Zukunft, sondern auch die Gegenwart und brauchen jetzt Materialien, Räume, Instrumente, Fußbälle, Computer, Zeit und v.a. Ermutigung. Da es viele Beispiele von engagierten Jugendlichen gäbe, sollte ein positiveres Bild der Jugendlichen entwickelt werden, indem bspw. über folgende Beispiele berichtet wird: „Kinder- und Jugendzirkus Cabuwazi? Szenenwechsel in Neukölln? Musikschule im Bethanien in Kreuzberg! Caipoera Akademie? Die C- oder D- Jugend von Rot Weiß Neukölln? Es wird Zeit, Kindheit, Jugend und Familie in Berlin aufzuwerten!“

- **Bezahlbare Freizeitangebote und finanzielle Unterstützung für Geringverdienende und Alleinerziehende**

Für Jugendliche und ihre Eltern ergeben sich jedoch noch andere Probleme hinsichtlich der Freizeitgestaltung. Da zahlreiche Vergünstigungen ab einer bestimmten Altersgrenze wegfallen, wird die Nutzung von Freizeitangeboten erheblich teurer, ohne dass die Kinder und Jugendlichen dies durch ein eigenes Einkommen ausgleichen könnten.

Die Teilnehmer/innen nennen dabei folgende Beispiele: So hätten volljährige Schüler mit dem Familienpass keine Eintrittsermäßigung mehr und kein Anrecht auf den Ferienpass. Grundsätzlich gelten Eintrittsermäßigungen meist nur für Kinder bis 12 oder max. 14 Jahren, was die Besuche kulturelle Veranstaltungen für viele Familien unbezahlbar macht. Darüber hinaus müssen für über 14-Jährige Medikamente bezahlt werden, was Extras wie zum Beispiel Zahnsparagen erschwere.

Allerdings wird die Situation nicht von allen Teilnehmer/innen als kritisch eingeschätzt. Die Nutzerin *Celina* liefert unter anderem den Hinweis auf den Erwerb von gebrauchten Schulbüchern, z.B. über Amazon, und beschreibt ihre eigene Erfahrung als alleinerziehende Mutter mit einer Tochter wie folgt: „Leben in Berlin als alleinerziehend? Das geht wunderbar, man muss sich nur umschauen!“

Verbesserte finanzielle Unterstützung

Diese finanziellen Probleme betreffen insbesondere Familien mit mehreren Kindern, Alleinerziehende und Personen mit einem geringeren Verdienst. Speziell diejenigen Familien, deren Einkommen knapp oberhalb der Grenze zum ergänzenden Hartz IV oder Kinderzuschlag liegt, können nicht für die Ausbildung der Kinder vorsorgen oder ihnen aus eigener Kraft Musikunterricht oder andere entwicklungsfördernde Angebote ermöglichen.

Hinzu kommen Kosten für Schulbücher, Schulmaterial, Klassenfahrten, Zuzahlung von Medikamenten und Fahrkarten. Allein für eine BVG-Monatskarte für ein Elternteil und zwei Kinder zahlt eine Familie mehr als 100 Euro, so Nutzer/in *AMaido*. Lobende Erwähnung fanden hingegen die engagierten Berliner Sportvereine sowie die Staatlichen Museen, die Kindern und Jugendlichen seit kurzem freien Eintritt gewähren.

Die Eltern älterer Kinder wünschen sich verschiedene Hilfen, unter anderem die Befreiung von der Zuzahlung für Medikamente für Kinder ohne eigenes Einkommen, kostenlose Schulbücher von der Schule, Ganztagschulen inklusive gesunder Ernährung, eine deutliche Erhöhung des Kindergeldes um mindestens 50 Euro je Kind, eine günstigere BVG-Familienkarte, Aktionen wie die in NRW („Jedem Kind ein Instrument“) und/oder freien Eintritt in Schwimmbädern für alle nicht selbst verdienenden Kinder und Jugendliche sowie Bildungsgutscheine, damit Kinder sinnvolle Hobbies und Freizeitbeschäftigungen haben können. Die Alleinerziehenden vermissen zudem größere Freibeträge, die hundertprozentige steuerliche Absetzbarkeit der Betreuungskosten sowie eine generelle Gewährleistung des Unterhaltsvorschusses von sechs Jahren unabhängig von dem Beantragungszeitpunkt.

Gleichzeitig erwarten aber auch die Eltern mehr finanzielle Unterstützung und Anerkennung, die ihre Kinder selbst erziehen, anstatt sie bis abends in den Hort zu geben.

Günstige Ferienangebote

Eine besondere Problemlage ergibt sich während der Schulferien, deren Länge nicht mit dem Urlaub der Eltern abzudecken ist. Zwar gäbe es eine Menge Angebote, wie z.B. Ferien-camps, aber nur sehr wenige davon seien erschwinglich. Auch würden immer mehr öffentliche Schwimmbäder schließen, was sehr bedauert wird. In dem Zeitraum fallen zudem die meisten Angebote der Sportvereine weg, da diese auf die während der Ferien geschlossenen Schulsportanlagen angewiesen sind. Abhilfe könnten hier, so die Teilnehmenden, beispielsweise Projekte schaffen, die von den Schulen oder anderen Trägern angeboten werden (Sport, Musik, Stadterkundung, Computer, Sprache etc.). Vielen Eltern wäre wesentlich wohler, wenn sie wüssten, dass ihre Kinder auch in der Ferienzeit für ein paar Stunden täglich etwas Sinnvolles zu tun haben.

Als Lösung für das Ferienproblem werden verschiedene Projektvorschläge genannt:

- ein Projekt wie z.B. die „Inkas“: ein kommerzielles Berliner Angebot, das pro Tag ca. 30 - 40 Euro kostet. Dort werden jeden Tag verschiedene Ausflüge angeboten.
- das Nachbarschaftsheim Schöneberg, das in jeder Ferienwoche ein neues und kostengünstiges Projekt (z.B. Theater, Film, Musik, Zirkus, etc.) für Kinder von 8 - 13 Jahren anbietet.

- Alle Grundschüler/innen können die Ferienangebote des Hortes gegen einen kleinen Betrag nutzen.

➔ 3.2.4 Querschnittsthema: Gebündelte familienrelevante Informationen

Ein Querschnittsthema, das alle Schwerpunkte betrifft, und in den jeweiligen Unterforen kontinuierlich angesprochen wurde, ist die Bitte nach verbesserten und gebündelten familienrelevanten Informationen, wie folgender Beitrag exemplarisch verdeutlicht: „Wir brauchen aktuelle, gebündelte und gut erreichbare Informationen über familienrelevante Organisationen, Projekte, Beratungsstellen.“ (*Thea*)

Verbesserte Informationsversorgung

So scheinen grundsätzlich zwar vielerlei Informationen vorhanden, diese jedoch sehr fragmentiert, über verschiedene Webseiten verteilt und für die Interessierten somit schlecht zugänglich zu sein. Dabei reichen die Forderungen von mehrsprachigen („Wie funktioniert das“-)Broschüren mit Erklärungen über grundsätzliche Strukturen und verschiedene Einrichtungen, die laut Nutzerin *Nicola Harnisch* in „Schulen und beim Kinderarzt und in Kitas“, aber auch in „Krankenhäusern, Finanzamt und Arbeitsamt“ ausliegen könnten, bis hin zu einem umfassenden Infopaket, das, gemäß Nutzerin *frini* „mit dem „Glückwunschschreiben“ des Jugendamtes“ an die jungen Eltern verbunden werden könnte. Teilnehmer *U2* würde es zudem ideal finden, „wenn z.B. das Jugendamt selbst die Eltern auf diese Fragen aufmerksam macht. Vielleicht in Form eines Infoblattes, welches in der Meldebehörde des Bezirks den Eltern UNAUFGEFORDERT (die ausliegenden Infos schaut sich erfahrungsgemäß niemand an) in die Hand gedrückt wird.“

Gleichzeitig werden auch Hebammen, Geburtshelferinnen, Frauenärzte etc. gebeten, allgemeine Informationen über das Leben mit Kindern in Berlin vorzustellen und auf Hilfsangebote hinzuweisen – ein Service, der entsprechend eines Einwands *Yemanyas* heute bereits durch den „Hausbesuch des Gesundheitsamts“ bei frisch gebackenen Eltern gegeben sei, jedoch häufig von den Eltern selbst abgesagt würde.

Dieses Angebot bietet allerdings generell keine Hilfe für die frisch nach Berlin gezogenen Familien, die sich ebenfalls eine bessere Informationsvermittlung bezüglich Betreuungsangeboten, Tagesmütter, Vorschule, Schule, Hort oder allgemein dem Zugang zu Familiennetzwerken wünschen. Zwar gäbe es einen Brief des Jugendamts, „wirklich informativ war der aber nicht“ meint Nutzerin *Nicole*. Lob erfuhr indes der Elternbrief, der monatlich kostenlos ins Haus kommt: „Kompetenter Rat zu vielen Fragen, dies in verständlicher Sprache sowie kurz und knapp-bravo!“ (*U2*).

Auch spezielle Angebote für Männer sollten nach Ansicht einiger Teilnehmender ausgebaut und effektiver vernetzt werden, um die Interessen der Väter zukünftig angesichts der sich wandelnden Familienmodelle besser vertreten zu können. So würde laut Nutzer *Martin Kelmer* „die Welt der Männer- und Väterorganisationen zwar von Tag zu Tag vielfältiger (...) diese Initiativen von den Medien jedoch viel zu wenig wahr genommen“. Wie Teilnehmer *D. Hofmann* schreibt, sei

es für Väter aber sehr wichtig, sich untereinander austauschen und voneinander lernen zu können, denn „vielerorts schrecken „reine“ Müttertreffs etwas scheue Väter ab.“ Informationen zu vermittelnden Ansätzen wie Mediation im Sorgerechtsstreit sowie Hinweise zu spezialisierten Väterorganisationen und Rechtsberatungsstellen sollten daher „gebündelt an gleicher Stelle zu finden sein, an der auch Informationen für Mütter zu finden sind“ (Thea).

Verbesserte Information im Internet

Anbieten würde sich nach Meinung vieler Teilnehmenden neben den bereits existierenden einzelnen Bezirks-, Behörden- oder Bürgerseiten zusätzlich ein zentrales Internetportal mit gebündelten relevanten Informationen und Hinweisen. Dieses sollte Angaben über Betreuungsangebote, Schulen als auch entsprechende Beratungsstellen und Hilfsangebote liefern. Zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer bemängelten ausdrücklich, dass es in Bezug auf Kinderbetreuung keine zentrale Anlaufstelle im Internet gäbe, die die Recherche von Betreuungsmöglichkeiten und Kapazitäten erleichtert sowie die Vergabe der Plätze planbarer gestaltet: „Bei der Auswahl der Betreuungsform fehlte mir die Anlaufstelle. Man wühlt sich durch ellenlange halbaktuelle Listen (insbesondere die Öffnungszeiten waren oft viel kürzer als angegeben), telefoniert herum und macht dann Besichtigungstermine aus, am Ende nimmt man doch lieber die Kita nebenan, weil die Plätze hat, freundlich und unkompliziert ist, im Notfall fix zu erreichen. Dass es im Internetzeitalter keine anständige, offizielle Suchdatenbank gibt, mit der man die Betreuungsmöglichkeiten und Kapazitäten recherchieren kann, finde ich überraschend.“ (Nicole)

Darüber hinaus sollten sich über ein solches Portal aber auch Ort und Zeitpunkt familienrelevanter Kurse und Angebote finden lassen, wie z.B. Musik- und Sportkurse, Peking oder Krabbelgruppen, sowie hilfreiche Auskünfte über Ferienprojekte, kirchliche Angebote, Sammelstellen für Gebrauchsgüter oder Sozialmärkte.

Insbesondere Selbständige und Alleinerziehende wünschen sich in diesem Zusammenhang auch Hinweise über sogenannte „Not- und Nachmittagsmütter“ (Eva-Catrin Reinhardt), die in akuten Krankheitsfällen der Kinder einspringen. Ein solcher „Notdienst“ sei auch in den Fällen „sinnvoll, wenn die Eltern so krank sind, dass sie sich nicht um ihre Kinder kümmern können“ (Sonia). Ferner wurde von den Tagesmüttern angeregt, ein Informationsportal für diese spezielle Form der Betreuung einzurichten, um potentielle Kunden besser aufklären zu können. Sie wünschen sich ihrerseits, vom Senat z.B. über einen Rundbrief besser und schneller über neue Regelungen oder andere relevante Änderungen informiert zu werden.

➔ 3.3 Die Checkliste

Die folgende Checkliste resultiert aus den zahlreichen Anregungen und Vorschlägen der Teilnehmenden des Berliner Familiendialogs. Sie ist entsprechend der zuvor beschriebenen Schwerpunkte unterteilt:

A) **Betreuungsangebote:**

- Betreuungsschlüssel verbessern (mehr Betreuer/innen für weniger Kinder)
- Berücksichtigung der erhöhten Vor- und Nachbereitungszeiten des Betreuungspersonals (z.B. 5 Std./Woche für die Vor- und Nachbereitung)
- 7 Std. Bildungszeit für alle Kinder ab 3 Jahre ohne Bedarfsprüfung
- qualifiziertes Personal sicherstellen, d.h. 3 Tage im Jahr eine Fort- und Weiterbildung
- Verbesserung des Leitungsschlüssels auf 1 Leitungskraft/100 Kindern
- Anpassung der Öffnungszeiten an reale Arbeitszeiten (flexiblere Modelle)
- Abschaffung der Sommer-/Winterschließzeiten bei städtischen Kitas
- Mehr Unterstützung für gemeinnützige Vereine, die flexiblere Betreuungszeiten anbieten
- Tagespflege als qualifizierte alternative Betreuungsform präsentieren und stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken
- Gewährleistung von Ganztagsangeboten für Kleinkinder bis zur Oberschule zur Sicherstellung gleicher Bildungschancen
- Übergreifende Angleichung bzw. Reduzierung der Kosten für Mittagessen (Kitas, Schulen, Ost/West)
- Abschaffung der Bedarfsdeckelung und Konzentration auf Kernarbeitszeit
- Zentrale Anlaufstelle und Beratung für Kindertagesbetreuung (online oder offline)
- Kompakte Suchdatenbank für Betreuungsmöglichkeiten und Kapazitäten
- Optimierte, besser planbare Vergabep Praxis von Kitaplätzen
- Vereinfachte Verwaltungsformulare und Verschlankung der Antragstellung, z.B. durch Speicherung und erneute Nutzung der eingegebenen Daten auch im Falle der Ablehnung
- Einführung eines gesetzlichen Betreuungsanspruchs und der KitaCard
- Verzicht auf Betreuungsgeld zu Gunsten einer schnellen Wiedereingliederung in den Beruf
- Familienfreundliche Arbeitgeber, die flexible Arbeitszeiten und/oder Teilzeitarbeitsplätze ermöglichen und Frauen beim Wiedereinstieg unterstützen
- Spezielle Versicherungsangebote für selbstständige Eltern, z.B. Recht auf Freistellung von der Arbeit oder Übernahme von Kosten für die Haushaltshilfen im Krankheitsfall
- Musik- und Sportkurse, Peking oder Krabbelgruppen o. ä. auch zu arbeitnehmerfreundlichen Zeiten, z.B. zwischen 17-18:30 Uhr, anbieten.

B) **Bildung & Schule:**

- Klassengröße reduzieren (unter 20 Schüler/innen)
- Bessere Ausstattung der Schulen mit aktuellem Lernmaterial
- Modernisierung der Lehrbücher und Entfernung tendenziell fremdenfeindlicher Inhalte
- Schulen organisieren zum Schuljahresende einen Tausch- bzw. Secondhandmarkt für Schulbücher (um Bücherkosten zu reduzieren)
- Verbesserung der Hygiene in Schultoiletten – z.B. durch verstärkte Kontrollen des Gesundheitsamts
- Sanierung maroder Schulgebäude und Schulsporthallen

- Gewährleistung warmer Mittagessen für die Schüler/innen aller Schulformen und –stufen (insbesondere Mittelstufe)
- Großflächige Einführung der Gemeinschaftsschulen
- Ganztagschulen für Kinder berufstätiger Eltern
- Abschaffung der Lehrerempfehlung zugunsten einer Noten basierten Zugangsentscheidung für die weiterführenden Schulen
- Einführung spezialisierter bilingualer Schulen (z.B. Deutsch-Türkisch, Deutsch-Arabisch)
- Ausbau der Europaschulen
- Ausbau der Schulpraktika für Lehramtskandidaten/innen
- Bibliotheken als Pausen- und Ruheräume nutzbar machen
- Wiedereinführung der Vorschule
- Einführung der Lebenskunde bzw. Ethikunterrichts als Alternative zum Religionsunterricht
- Einführung der Fächer Werken und Schulgartenunterricht
- Begleitende Programme für Supervisionen, Teamarbeit, Lehrererholung, Sabbatjahre an den Schulen
- PC-Unterricht ab der 1. Klasse
- Lehrerfortbildung für Multimediatechnik und Computerkenntnisse
- Weiterbildungsangebote für quer einsteigende Lehrer/innen
- Studienbegleitende Selbstreflektionstherapie für angehende Lehrer/innen
- Einführung von Eignungstests für angehende Lehrer/innen
- Einsatz der Lehramtsstudenten in Schulen ab dem 1. Semester
- Regelmäßiger Praxisdienst für leitenden Mitarbeiter/innen der Schulbehörde zwecks Erhalt des Praxisbezugs, z.B. alle 2 Jahre für einen Monat an Hauptschulen
- Gestikulieren beim Rechnen der Schulanfänger erlauben
- Ausbau der Gewaltpräventionsmaßnahmen, z.B. durch Konfliktlotsen, Konfliktprävention, Ethik- und Religionsunterricht, Supervisionsprogramme für Lehrer, Mediation für Schulkonflikte, Schulstationen als auch die Erziehung zur Zivilcourage
- Allgemeine Entrümpelung der Lehrpläne
- Nachhaltige und kontinuierliche Aufklärung der Kinder über ihre Rechte

C) Hilfs- und Förderprojekte:

- Mehr kleine, lokale Kultur- und Bildungsangebote (z.B. Bibliotheken bzw. mobiler Bibliotheksbus, Kunsthaus mit Arbeitsgemeinschaften, Jugendklubs, Sportvereine, Heimatmuseen, Kulturhäuser, Volkshochschule) anstelle von Großprojekten wie Jugendcamps.
- Stärkere Bekanntmachung existierender Projekte, wie z.B. die Lesepatzen
- spezielle Förderangebote für Kinder aus sozial benachteiligten Stadtgebieten zur frühzeitigen Behebung von Entwicklungsdefiziten
- bessere Förderung von lokalen Hilfsprojekten, die die gesamte Familie einbeziehen und Zukunftschancen vermitteln
- Ausbau der Kita-Beratungsangebote für die gesamte Familie, z.B. zu Erziehung, Schulden, Partnerschaftsproblemen, Jobsuche und Gewalt in Familien, Sprachkurse, Kochkurse, ange-

leitete Spielgruppen für Eltern und Kinder sowie die Vernetzung aller beteiligten Institutionen mit verbindlichem Casemanagement

- Dauerhafte Unterstützung von Kinder- und Jugendprojekten sowie geschützten Räumen für Kinder, wie bspw. Kids Garden in Neukölln, Kinderbauernhof Pinke Panke
- Spezielle Beratungs- und Vermittlungsangebote für Väter bzw. in Sorgerechtsstreitigkeiten befindliche Elternteile
- Stärkere Sichtbarkeit für Väterberatungsangebote und -netzwerke
- Einführung der Pflegestufe für Demenzkranke oder vergleichbare, auf diese Krankheit spezialisierte Hilfsmaßnahmen
- Förderung behinderter Kinder, bspw. mehr Schulhelfer, Aufstockung der zusätzlichen Stunden für Integrationsklassen, zusätzliche Sprachförderungsstunden auch für Schulen ohne ausreichenden Prozentsatz an nicht-deutschen Schülern

D) Familienfreundliches Wohnen:

- Mehr familienfreundliche Wohnformen bei städtischen Wohnungen
- Ausbau und mehr Förderung von Mehrgenerationenhäusern mit Gemeinschaftsräumen und -anlagen (z.B. Freizeitraum, Wasch- und Suppenküchen, Spiel- und Bolzplätze, Picknicktische)
- Mehr Fahrstühle für ältere Bewohner
- Bezahlbare Familienwohnungen, insb. in der Innenstadt
- Bevorzugte Wohnungsvergabe an Familien und Alleinerziehende
- Stärkere Bewerbung eigentlich familienfreundlicher Bezirke wie Neukölln, um Mittelstandsfamilien anzulocken
- Eindämmung der offenen Drogenszene in Wohngebieten
- Erhaltung der „preußischen Straßenzuschnitte“ inkl. Platz für Bäume, Radfahrer, Fahrradanhänger, Straßenbahnen, Fußgänger, Café-Stühle und ein paar Autos
- Familienfreundliche Konzeption von öffentlichen Räumen, Einkaufszentren oder allg. Bebauungsgebieten (mehr Spielbereiche, Plätze zum Verweilen)
- Spielecken in Bahnhöfen/Flughafen
- Spielecken für öffentliche Einrichtungen, wie z.B. Bürgeramt
- Spielmöbel an breiteren Straßen und zentralen Plätzen
- Zugang zu den wenigen Spielplätzen nicht durch Mauern und Einzäunung verwehren (z.B. Lichtenberg, Friedrichsfelde)
- Auslegung von Bodenplatten auf Spielplätzen, z.B. für Himmel-und-Hölle-Spiel
- Plantsch-Brunnen
- Teilbedachung für Spielplätze
- Spielplätze mit öffentlichen Toiletten versehen
- Mehr öffentliche Mülleimer und Hundekotbeutel
- Ausbau der „Gartenstadt Berlin“
- Stadtgrün als wertvollen Begegnungs- und Erfahrungsraum erhalten
- Nutzung der Kleingartenanlagen als heiltherapeutisches Mittel bei Demenz- und Alterskrankheiten

- Eröffnung spezieller „Kinder-Gärten“, um Stadtkindern einen Bezug zur Natur und zu gesunder Nahrung zu vermitteln

E) Familienfreundliche Verkehrsgestaltung:

- Ausweitung und schärfere Kontrollen verkehrsberuhigter Zonen
- Höhere Strafen für Autofahrer, die Verkehrsberuhigung missachten
- Umwandlung parallel zur Hauptstraße verlaufender Wohnstraßen in Fahrradstraßen, um deren Nutzung als Nebenrennstrecke zu unterbinden
- Ausstattung verkehrsreicher Straßenkreuzungen mit Ampeln oder Zebrastreifen
- Gewährleistung der Sicht in Kreuzungsbereichen
- Niedrige, für Kleinkinder erreichbare Ampelknöpfe
- Ausbau der Fahrradwege, z.B. am Tempelhofer Damm, in Lichterfelde West, Dahlem, Schmargendorf sowie an der Schlosstraße in Steglitz bzw. Hauptstraße in Schöneberg
- Mehr Busspuren mit sog. Fahrradangebotsstreifen
- Schärfere Sanktionen gegen Autofahrer, die Fahrradwege zuparken
- Barrierefreier ÖPNV durch Entfernung von Hindernissen (Stufen, Treppen) und Einbau von Aufzügen oder Rolltreppen
- Abschaffung oder Reduzierung der BVG- und S-Bahnggebühren für unter 16-Jährige
- Unentgeltliche Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel
- Wiedereinführung der direkten Buslinie von Alt-Marzahn in Richtung Rudolf-Virchow-Oberschule

F) Freizeit und Spielen:

- Kostenloses Angebot an Jugendclubs und Jugendhäusern für ältere Kinder und Jugendliche ausbauen.
- Höhere Altersgrenzen für Ermäßigung für Kinder und Jugendliche bei Eintrittskarten und Fahrkarten einführen, um den älteren Kindern so mehr Freizeitaktivitäten zu ermöglichen
- Schulhöfen auch nach Schulschluss und am Wochenende öffnen, um Kindern und Jugendliche die Möglichkeit zu geben, sich auch außerhalb von Sportvereinen sportlich zu betätigen
- Mehr öffentliche Basketball- und Fußballplätze schaffen
- Kostenfreie oder günstige Angebote für Kampfsport bereit stellen
- Brachliegende Flächen öffnen und Jugendlichen zur Verfügung stellen, Beispiel Ecke Süddend-/Plantagenstr.
- Mehr jugendspezifische Schul-AGs und kulturelle Angebote, z.B. Mangaausstellungen/Lesungen
- Spezielle Angebote für Mädchen einrichten, die nicht von Bolzplätzen profitieren
- Jugendliche in Imagekampagnen der Stadt einbeziehen
- Generell ein positiveres Bild der Jugendlichen Berlins zeigen

G) Bezahlbare Freizeitangebote und finanzielle Unterstützung:

- Familien- und Ferienpass auch für 18-Jährige, wenn sie noch Schüler sind
- Medikamentenzuzahlung für Kinder ab 14 Jahren abschaffen
- Höhere Altersgrenzen bei Eintrittspreisen einführen
- Kostenlose Schulbücherausgabe durch die Schulen
- Einführung eines Schulbuchsecondhandmarktes in den Schulen
- Höhere Freibeträge für Alleinerziehende
- Unterhaltszuschuss vom Alter der Kinder entkoppeln
- Kinderbetreuungskosten sollten für Alleinerziehende steuerlich absetzbar sein
- Finanzielle Unterstützung von Eltern, die Kinder nicht im Hort unterbringen
- Ganztagschulen mit gesunder Ernährung einführen
- Kindergelderhöhung um 50 EURO je Kind
- Aktionen wie „Jedem Kind ein Instrument“ fördern
- Freier Eintritt in Schwimmbädern für Kinder und Jugendliche
- Günstigere BVG-Familienkarte einführen
- Bildungsgutscheine für Hobbies und sinnvolle Freizeitbeschäftigung an Kinder ausgeben
- In den Ferien Projektangebote von Schulen und Trägern zu verschiedenen Zeiten
- Grundschulkindern sollten auch in den Ferien die Angebote des Hortes nutzen können

H) Gebündelte Informationen:

- Erklärende Broschüren zu verschiedenen Einrichtungen (mehrsprachig)
- Umfassender informierendes Glückwunschsreiben vom Jugendamt
- Informationspaket zur Geburt
- Weiterführende Informationen von Hebammen, Geburtshelfer/innen, Frauenärzt/innen
- Informationsbroschüren vom (und im) Amt
- Willkommensbrief für Zugezogene mit mehr hilfreichen Informationen bzw. Verweisen ausstellen
- Zentrale Anlaufstelle für Betreuungsplatzvergabe
- Zentrales Informationsportal mit Hinweisen zu Betreuungsangeboten, Schulen, Horten, Familiennetzwerken, Kursen, Beratungsstellen, Hilfsangeboten, kirchlichen Angeboten, Sammelstellen für Gebrauchsgüter und Sozialmärkten etc. (als Vorbilder genannt werden Bundesländer wie z.B. Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Hessen, Sachsen)
- Zentrale Suchdatenbank für Betreuungsangebote, Schulen und deren Kapazitäten
- Zentrale Datenbank für Ferienangebote sowie regionale, private und kommerzielle Angebote rund ums Kind
- Internetportal für Notdienste/„Nachmittagsmütter“/Babysitterdienste im akuten Krankheitsfall
- Internetportal mit Informationen rund um Tagesmütter
- Informationsrundbrief der Behörde für Tagesmütter
- Mehr Hinweise auf Männer und Väter zentrierte Beratung und Angebote (offline/online)
- Ausbau der auf Väter spezialisierten Angebote für Hilfe-/Rechtsberatung, Mediation etc.

4. Die Themen-Wikis

Die Diskussionsergebnisse sind in 23 von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gemeinsam erarbeiteten Vorschlägen zur Verbesserung des Zusammenlebens in Berlin zusammengefasst. Diese Vorschläge wurden mit Unterstützung der Moderatoren in den unterschiedlichen Diskussionsforen und unter Einbeziehung der Vorschläge aus der Checkliste entwickelt. Sobald sich hier bestimmte Aspekte und umfassendere Ideen herauskristallisierten, eröffneten die Moderatoren ein zugehöriges Wiki auf der Plattform, das die Teilnehmenden anschließend fortführen, ergänzen und vervollständigen konnten. Zur Absicherung bot das System eine so genannte Versionshistorie, anhand derer die Entwicklung der einzelnen Dokumente nachzuvollziehen war. Nach Abschluss der Diskussion wurden auch der Editiermodus der Wikis abgestellt, dennoch sind sie in der aktuellsten Form weiterhin auf der Internetplattform einsehbar.

Entsprechend der Priorisierung der Themen Betreuung & Bildung – sowohl in den Foren als auch der Vorschlagsliste – ergibt sich auch hier ein deutlicher Überhang der zu dieser Kategorie gehörigen Themen-Wikis. So beziehen sich 62% dieser Verbesserungsideen auf den Bereich Betreuung & Bildung, während nur 22% sich mit Themen aus dem Bereich Wohnumfeld & Verkehr und 13% mit Aspekten aus Freizeit & Vergnügen befassen. Wenn wir diese Zahlen jetzt mit dem Familiendiskurs in München vergleichen, in dem es ganz ähnlich ausgerichtete Unterforen („Betreuung & Bildung“, „Freizeit & Spielen“, „Wohnen“ und „Verkehr“) und das gleiche Verfahren zur Erstellung von Ergebnis-Wikis gab, so zeigen sich leichte Unterschiede. Zwar erzielte auch in München der Themenkomplex Betreuung & Bildung die meisten zugehörigen Wikis, dennoch ist deren Anzahl mit 47% nicht annähernd hoch wie in Berlin (62%). Dagegen hat das Thema Freizeit & Vergnügen in München mit 28% der Wikis deutlich mehr Aufmerksamkeit erfahren als in Berlin (13%). Der Anteil der Wikis zum Thema Wohnen & Verkehr ist mit 22% in Berlin und 25% in München indes auf einem vergleichbarem Niveau.

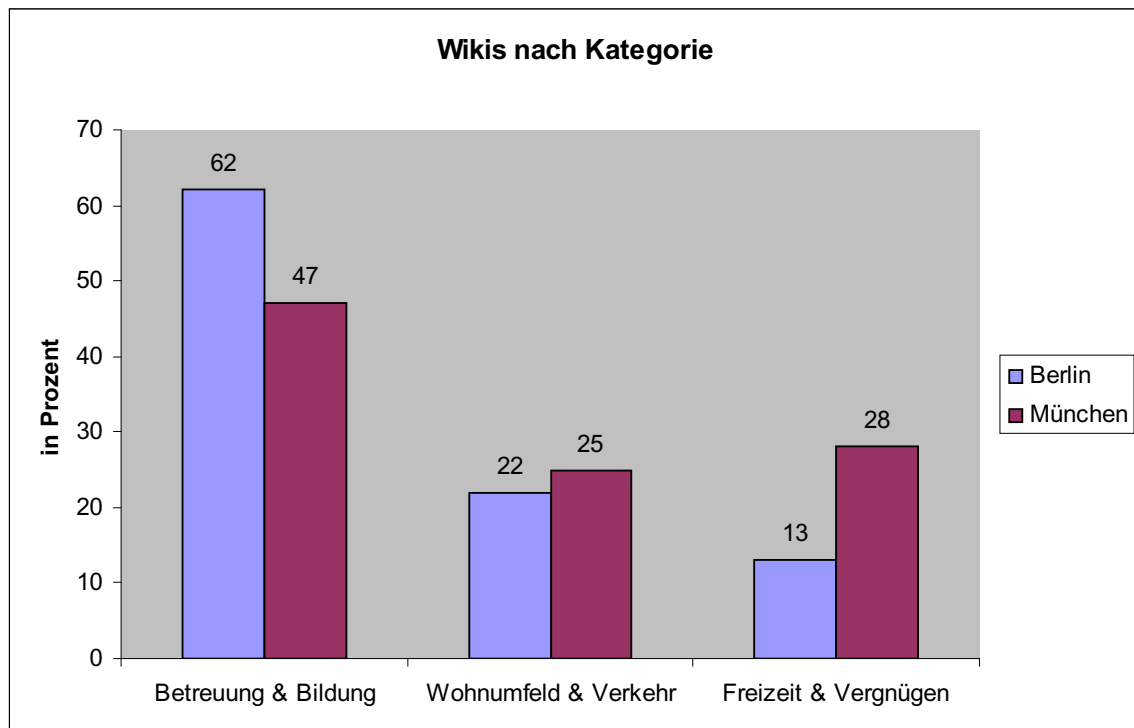


Abb. 6: Verteilung der Wikis nach Kategorie in Berlin (2008) und München (2006)

Im folgenden Abschnitt werden alle Themen-Wikis nach zugehörigem Unterforum gegliedert vorgestellt.

➔ 4.1 Unterforum Betreuung & Bildung

⊙ 4.1.1 Gebündelte familienrelevante Informationen

Beteiligte:

Eva-Catrin Reinhardt, U2, viktorja, Frini, Yemanya, Nicole, Nikola Harnisch, Silke, katharina24, Martin Kelmer, Thea

Kurzbeschreibung:

Insgesamt wurde von zahlreichen Teilnehmenden angemerkt, dass die Vermittlung von wichtigen familienrelevanten Informationen verbessert werden sollte. Dazu gibt es verschiedene Strategien, die über mehrsprachige Infobroschüren bis zu einem zentralen Internetportal reichen.

Langfassung:

Folgende Anregungen wurden gegeben:

So wurde vorgeschlagen, jeweils eine **erklärende Broschüre** in deutsch, englisch und türkisch für verschiedene Einrichtungen herauszugeben, z.B. zum Kindergartensystem in Berlin, das Schulsystem, Angebote für Kinder.

Ein ganzes **Infopaket** könnte mit dem „Glückwunschs Schreiben“ des Jugendamtes zur Geburt verbunden werden. Ideal wäre, wenn z.B. das Jugendamt selbst die Eltern auf diese Fragen aufmerksam macht und sie mit einem Infoblatt ausstattet. Gleichzeitig werden Hebammen, Geburtshelferinnen, Frauenärzte/innen etc. gebeten, allgemeine Informationen über das Leben mit Kindern in Berlin vorzustellen und auf Hilfsangebote hinzuweisen.

Andererseits wird angeführt, dass alle frisch gebackenen Eltern einen **Hausbesuch durch das Gesundheitsamt** bekommen. Das sind Sozialarbeiterinnen, die über die Angebote im Bezirk informieren können und Kita-Listen sowie die Hinweise zur frühzeitigen Anmeldung geben können. Allerdings würde a) der Gesundheitsdienst immer mehr ausgeblutet und b) viele den Hausbesuch aus unbekanntem Gründen absagen. Die Gesundheitsämter sollten verstärkt mit den Jugendämtern zusammenarbeiten, ihre Informationsangebote und Hausbesuche populärer machen und für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kämpfen.

Frisch **Zugezogene** wünschen sich ebenfalls eine bessere Versorgung mit Information, die helfen, eine Kita oder Tagesmutter zu finden sowie Zugang zu Netzwerken, die vertrauenswürdige Babysitter vermitteln. Darüber hinaus brauchen sie Informationen zu den Themen Vorschule, Schule und Hort. Folgende Fragen sind von Interesse:

- Wie läuft das ab, bis wann muss mein Kind wo gemeldet und getestet worden sein?
- Ist das Kind schulreif?
- Wie bereitet man das Kind auf die Schule vor, wie regelt man nachschulische Betreuung und Hausaufgaben?
- Und für mehrsprachige Familien spricht mein Kind gut genug deutsch, um in der Schule mitzukommen?
- Wo gibt es vorbereitend Sprachkurse für Kinder und für Eltern?

Praktisch wäre hier ein **zentrales Internetportal** mit allen relevanten Informationen und Hinweisen zu Ort und Zeitpunkt familienrelevanter Kurse und Angebote wie z.B. Musik- und Sportkurse, Pekip oder Krabbelgruppen. **Dezentrale Portale** befinden sich bereits in rapider Entwicklung. Die Informationen werden durch die Bürgerinnen und Bürger selbst bereitgestellt (Wikitechnik) und beziehen sich auf das direkte Umfeld (Kiez, Straße, Platz). Beispiel: <http://www.stephankiez.de/wiki/index.php?title=Stephankiez:Portal>

Zum Beispiel können Vermittlungs- und Betreuungsangebote im Internet veröffentlicht werden, bspw. auf einem Portal für „Not- und Nachmittagsmütter“.

Darüber hinaus wurde angeregt, ein Informationsportal für Berliner Tagesmütter einzurichten, um besser informieren zu können. Diese wünschen sich jedoch auch, vom Senat z.B. über einen Rundbrief besser und schneller über neue Regelungen oder andere relevante Änderungen informiert zu werden.

Auch in Bezug auf Kinderbetreuung wird eine zentrale Anlaufstelle im Internet gefordert, mit der man die Betreuungsmöglichkeiten und Kapazitäten recherchieren kann sowie schon rechtzeitig die Plätze planbar vergeben könnte.

Auch **Männer- und Väterorganisationen** sollten hier verstärkt wahrgenommen und besser ausgebaut bzw. vernetzt werden, um auch die Interessen der betroffenen Väter besser vertreten zu können. Informationen zu vermittelnden Ansätzen wie Mediation im Sorgerechtsstreit neben Informationen zu Väterorganisationen und Rechtsberatungsstellen sollten gebündelt an gleicher Stelle zu finden sein, an der auch Informationen für Mütter zu finden sind. Mütter appellieren an Männer, rechtzeitig bestehende Informationsangebote zu nutzen und gemeinsam mit den Frauen an einem Beratungsnetzwerk zu arbeiten.

Darüber hinaus wurde angeregt, Kinder unterschiedlichen Alters und in regelmäßigen Abständen über ihre **Kinderrechte** aufzuklären.

Auch **hilfsbedürftige Menschen** wünschen sich eine zentrale Organisation sowie mehr Informationen über relevante Hilfsprojekte. Hilfebedürftigkeit kann vieles einschließen: Armut, Einsamkeit, Behinderung, Dinge, die im Alter nicht mehr bewältigt werden können.

⊙ 4.1.2 Verbesserungsideen für Kitas

Beteiligte:

katharina24, Frini, ein papa, willms-faß, antje, Miriam Rado, kita.volavi, eismeerblau, U2, Wendula Strube, Nikola Harnisch, Katharina, Nicole, schmidtinho

Kurzbeschreibung:

Zum Thema Kitaplätze, -vergabe und -besetzung haben die Teilnehmenden eine Vielzahl an Anregungen und Verbesserungshinweisen gegeben, angefangen bei der Aufstockung der Erzieher/innen, Abbau der Bedarfsdeckelung bis hin zu flexibleren Öffnungszeiten. Während die einen betonen, dass die allgemeine Situation als auch die Arbeit der Erzieher/innen in Berlin vergleichsweise positiv beurteilt werden kann, wünschen sich andere noch einige Verbesserungen.

Langfassung:

Zum Thema Kindertagesstätten wurden die folgenden Vorschläge und Ideen eingebracht:

Ausstattung und Angebote:

Mehr Erzieher/innen in Kitas und Horten: der Betreuungsschlüssel in den Kitas sollte zugunsten der Kinder und Erzieher/innen verbessert werden (mehr Betreuung, weniger Verwahrung). Wenn zu wenig Erzieher/innen sich um zu viele Kinder kümmern müssen, bleibt vieles auf der Strecke. Die Gruppen sind zu groß, Angebote entfallen in Krankheitsfällen. Zeit, sich um einzelne Kinder zu kümmern ist kaum da. In der Phase der Eingewöhnung können die Erzieher/innen sich kaum um die „alten“ Kinder kümmern, weil die neuen natürlich viel Zeit benötigen.

Kita leistet Hilfestellung bei kindlichen Entwicklungsdefiziten als Folge psychosozial ungünstiger familiärer Lebensbedingungen: Um hier wirksam gegen zu steuern, sollten Kitas eine Schlüsselfunktion bekommen, indem sie als niedrighschwellige Eintrittspforte für Eltern zu einem umfassenden Kontakt- und Hilfe-zurSelbsthilfe-Angebot genutzt werden. Beratungsangebote in der Kita zu Themen wie Erziehung, Schulden, Partnerschaftsproblemen, Jobsuche und Gewalt in Familien, aber auch Angebote wie Sprachkurse, Kochkurse, angeleitete Spielgruppen für Eltern und Kinder sowie die Vernetzung aller beteiligten Institutionen mit verbindlichem Casemanagement. Kita also nicht nur ein Ort der pädagogischen Förderung von Kindern, sondern auch als ein Ort mit der Chance Eltern aus ihrer Isolation zu holen.

Mehr Kitas mit **vertiefenden Angeboten** zur Verfügung stellen, wie zum Beispiel spezielle Sport- und Englischangebote .

Abschaffung der festgelegten **Sommerschließzeiten** in städtischen Kitas, um den Krippenkindern den mehrwöchigen Aufenthalt bei Ersatzkitas zu ersparen.

24-h-Öffnungszeit der Kitas: Die äußerst knapp bemessenen Öffnungszeiten der kommunalen Kitas sind, gemessen an der vom Arbeitgeber verlangten Flexibilität der Arbeitnehmer, absolut nicht mehr zeitgemäß. Gerade der Zeitplan von Frauen in typischen Frauenberufen wie Krankenschwester oder, seit den erweiterten Ladenöffnungszeiten, auch Verkäuferinnen, Studentinnen (Seminare, CO finden oft ab 18 Uhr statt) haben große Probleme, die notwendige Kinderbetreuung über die Öffnungszeiten der Kitas hinaus zu organisieren. Viele Arbeitnehmer gehen ihrer Beschäftigung auch zu den Schließzeiten der Kitas nach (Urlaubssperre zwischen Weihnachten und Sylvester) und arbeiten am Wochenende oder im Schichtdienst). Ist die Frau dann noch alleinerziehend und ohne familiäre Unterstützung wird es entweder zu teuer, da privat finanziert oder unmöglich. Risiko: Frauen werden aus ihrem Beruf gedrängt, Kinder lernen ihre Mutter als Leistungsempfängerin kennen, Kinder wachsen in Armut auf.

Alternativ sollen Vereine wie SHIA gestützt werden, denn diese bieten flexible und kostengünstige Kinderbetreuung an. Die Arbeitsplätze der dort tätigen Frauen sollen erhalten, ausgebaut und in von der Kommune gezahlte reguläre Arbeitsplätze umgewandelt werden, denn die War-

teliste auf einen Platz für flexible Kinderbetreuung ist lang und leider können noch nicht alle Bedürfnisse gestillt werden.

Finanzielle Aspekte:

Kita- und Hortgebühren streichen: zugunsten des demografischen Wandels wird vorgeschlagen, die Kita- und Hortgebühren so schnell wie möglich zu streichen. Zudem wird die Kita als Bildungseinrichtung verstanden, so dass diese, genau wie Schulen, kostenlos für alle sein müssten. Der Verwaltungsaufwand sowohl für die Ämter als auch für die Familien könne dadurch reduziert werden (entfallende Kostenfestsetzung und -erhebung). Besserverdienende sollten durch ein vernünftiges Steuersystem an den Kosten für Sozialleistungen beteiligt werden, ansonsten müssten auch die Preise für Schwimmbäder und ÖPNV einkommensabhängig gestaffelt werden.

Bis zur Streichung der Gebühren bedarf es einer dringenden **Überarbeitung der Kostenfestsetzung**, da diese sich nicht an der augenblicklichen Situation der Familien orientieren. Dies liegt daran, dass das Einkommen der Eltern aus den Vorjahren und nicht aus der nahen Vergangenheit als Bemessungsgrundlage verwendet wird, so dass Elternzeit, Arbeitslosigkeit, doppelte Haushaltsführung oder vergleichbares nicht berücksichtigt wird.

Finanzielle Unterstützung für Alleinerziehende: Die Kinderbetreuungskosten von Alleinerziehenden sollten zu 100% von der Steuer absetzbar sein. Die Ausgaben für die Kinderbetreuung (außerhalb der regulären Öffnungszeiten) sind höher als bei Paaren, da sie sich die Betreuung nicht mit einem Partner teilen.

Bedarfsdeckelung in Kitas abschaffen: Mit der Berliner Regelung, Kitaplätze für Kinder unter drei Jahren nur nach Überprüfung des Bedarfs zuzulassen, wird jede freie Zeitplanung für Familien zunichte gemacht. Wenn beide Eltern berufstätig sind, wird eine Kita-Betreuung für die Zeit bewilligt, in der aufgrund der Berufstätigkeit keines der beiden Elternteile das Kind betreuen kann. Dabei werden die Arbeitszeiten und die Wegezeiten zum Arbeitsplatz und zurück berücksichtigt. Mögliche Überstunden oder anderes Engagement, das über die Arbeitszeiten hinaus geht, ist jedoch nicht möglich.

Noch vor der geplanten Einführung im Jahr 2013, **Abschaffung des Betreuungsgeldes.** Sozial schwache Kinder werden dadurch weiter an den Rand der Gesellschaft gedrängt, da wahrscheinlich gerade deren Eltern, die Betreuung zu Hause selbst übernehmen werden und den Kindern dadurch eine Förderung in einer Kindertagesstätte verwehrt bleibt. Weiterhin besteht die Gefahr, dass dadurch auch die Integration von Kindern mit Immigrationshintergrund stark gebremst wird. Zudem leisten Arbeitende mehr für den Staat als zu Hause kinderbetreuende Eltern. Die schnelle (Wieder-)Eingliederung in die Berufswelt wird ebenso nicht gefördert!

Informationen und Platzvergabe: Zudem wurde der Wunsch nach einer **zentralen Anlaufstelle** für Kindertagesbetreuung geäußert, die kompetent und umfassend berät. Derzeit sei dieser Service weder offline noch online gegeben, und zwingt Eltern zu einer mühsamen Suche

nach der geeigneten Unterbringung oder führt zu einer langen Wartezeit. Gelobt wurde in diesem Zusammenhang dagegen der monatliche kostenlose Elternbrief.

Zentrales Kita-Internetportal, das Informationen, Meinungen und Entscheidungshilfen, aber auch Kurioses rund um die Themen `Kinder` und `Bildung` bietet. Ein gut strukturiertes Portal würde vieles vereinfachen. Eltern sparen viel Zeit, Geld und Nerven, wenn sie sich einfach über Betreuungsangebote, freie Plätze, Profile, pädagogische Ausrichtung usw. informieren und austauschen könnten. Der Aufwand für Recherchen, Gespräche und Besuche würde sich erheblich reduzieren. Berliner Mütter und Väter haben bereits das unabhängige Internetportal KITA.VOLAVI (www.kita.volavi.de) gegründet, auf dem sich Kitas kostenlos präsentieren und Eltern und Kita-Interessierte einfach auf dem Laufenden halten können. Hilfreiche Informationen oder einen kostenlosen Elternbrief können Eltern aber auch über Arbeitskreis Neue Erziehung e.V. beziehen.

Kitaplätze planbar vergeben: Vergabe der Kitaplätze sollte schon früher planbar sein, um die Unsicherheit zu verringern und die Notwendigkeit zu beseitigen, sich bei mehreren Kitas gleichzeitig anzumelden.

🕒 4.1.3 Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Beteiligte:

Nicole, paula74, Jutta, Inka, MissyD., Paula Panke e.V., bijemabe, Christel Helga, Sonia, Eva-Catrin Reinhardt, fwoellert

Kurzbeschreibung:

Zu einer familienfreundlichen Stadt gehören nach Meinung einiger der Teilnehmenden auch familienfreundliche Arbeitgeber, die sich auf flexible Arbeitszeiten aufgrund familiärer Belange wie Kindererziehung oder die Pflege/Betreuung eines Angehörigen einlassen, den Wiedereinstieg nach der Babypause begleiten und nicht den Eindruck vermitteln, ein Kind sei der Karriereknick. Darüber hinaus sollten Betreuungszeiten sowie Kurszeiten und reale Arbeitszeiten besser aufeinander abgestimmt werden.

Langfassung:

Familienfreundliche Arbeitgeber

Zu einer familienfreundlichen Stadt gehören auch familienfreundliche Arbeitgeber, die sich – soweit möglich – auf flexible Arbeitszeiten aufgrund familiärer Belange wie Kindererziehung oder die Pflege/Betreuung eines Angehörigen einlassen, den Wiedereinstieg nach der Babypause begleiten und nicht den Eindruck vermitteln, als sei ein Kind der berühmte Karriereknick. Es sollte auch für Akademikerinnen mehr Teilzeitangebote geben. Dafür braucht es nach wie vor einen Bewusstseinswandel in vielen Köpfen - auch bei Müttern und Vätern selbst.

Familienfreundliche Arbeitgeber gibt es jedoch leider nur sehr wenige. Familie und Beruf so zu koordinieren, dass keiner dabei zu kurz kommt, ist nach wie vor eine große Herausforderung. Meistens für die Mütter. Dies liegt an der noch immer traditionellen Rollenverteilung in den Familien. Um das wenigstens für die nächste Generation ein Stück weit zu ändern, sind die Eltern als Vorbild und mit ihrer Erziehung gefragt.

Eine Studie habe gerade belegt, dass Unternehmen von Familienfreundlichkeit messbar profitieren. Um dieses Thema kümmert sich die gemeinnützige Hertie-Stiftung, die auch Unternehmen und öffentliche Institutionen für Familienfreundlichkeit zertifiziert. Mehr zu diesem Thema erfährt man auf der Internetseite <http://www.beruf-und-familie.de/>

Die Frage bliebe jedoch, wie die Unternehmen dazu bewegt werden könnten, hier mehr Engagement zu zeigen. Das Problem beginne ja schon früher bei der Frage, ob ein Mann oder eine Frau den Arbeitsplatz bekommt. Da würde noch zu oft der Mann genommen, weil die Frau wegen der Kinder potentiell ausfallen könnte. Wenn die Kinder erstmal da sind und die eigene mögliche Arbeitszeit sehr unflexibel wird, hätte das betroffene Elternteil schlechte Karten auf dem Arbeitsmarkt.

IHK-Präsident Dr. Eric Schweitzer sagt dazu: „Die Berliner Unternehmen sind gut beraten, sich gerade in Zeiten des Fachkräftemangels und des demografischen Wandels familienbewusst aufzustellen“. Das Forum biete laut Dr. Schweitzer eine gute Möglichkeit, über das Familienleben in der Hauptstadt zu diskutieren. Familienfreundlichkeit sei ein wichtiger Standortfaktor im Wettbewerb um Talente und Unternehmensansiedlungen geworden. Der IHK-Präsident verwies auch auf die größer gewordene Flexibilität der Arbeitnehmer. Mittlerweile sei die Mehrheit bereit, für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf den Arbeitgeber und sogar den Wohnort zu wechseln. Daher sei für Arbeitgeber eine familiengerechte Infrastruktur vor Ort von enormer Bedeutung.

Unflexible Betreuungszeiten

Hinzu kommen die relativ unflexiblen Betreuungszeiten, die nicht den realen Arbeitszeiten angepasst wären, da die meisten Kitas bereits um 17 Uhr schließen. Die wenigen Einrichtungen, die länger geöffnet haben, sind überlaufen und bedeuten zusätzliche, für kleine Kinder unzumutbare Fahrzeit. Das erschwert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zusätzlich. Öffnungszeiten der KITAs und bei Tagesmüttern sollten daher verstärkt den Bedürfnissen der Kinder und ihrer berufstätigen, arbeitssuchenden, oft alleinerziehenden Mütter und Väter angepasst werden.

Ein bewilligter Antrag auf einen Betreuungsplatz nennt sich KITACard, obwohl es keine Karte ist. Damit besteht die Möglichkeit, das Kind berlinweit in einer KITA oder bei einer Tagesmutter betreuen zu lassen. Hierzu einige Vorschläge:

- gesetzlicher Anspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab vollendetem 1.Lebensjahr, wenn beide Elternteile nichtdeutscher Herkunft sind, Eltern Hilfe zur Erziehung benötigen, Kinder Entwicklungsdefizite aufweisen etc.

- Einrichtung einer Webseite, wo unter Eingabe von Wünschen wie Stadtbezirk, Betreuungszeit, Alter des Kindes freie Plätze in geprüften KITAs und Tagespflegestellen angezeigt werden.
- Hier sollten auch verbindliche Betreuungszeiten angegeben sein.
- Verbindliche Vertragszusage sollte unabhängig von der Betreuungszeit erfolgen.
- Bei einer Arbeitszeit von 8 Stunden mit ca. 2 Stunden Wegezeit ist eine Betreuungszeit von ca. 11 Stunden mindestens zu gewährleisten.
- Ein verbindlicher Vertragsabschluss für einen freiwerdenden Platz, auch zu einem späteren Zeitpunkt, muss möglich sein.

Bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie fühlen sich viele Familien allein gelassen, wenn die Arbeitszeiten nicht mit den Kita- oder Hortzeiten übereinstimmen. Die Vereinbarkeit sei schwierig, außer die Familien könnten auf private Netzwerke zurückgreifen, die in der Großstadt jedoch schwer zu knüpfen seien, oder versuchen, bei freien Trägern unterzukommen, die bezahlbare Kinderbetreuung anbieten (lange Wartelisten). Würde das Kind dann noch krank und die Kinderpflegetage sind aufgebraucht (so der Arbeitgeber diese überhaupt zuließe) und es keine gute Seele gibt, die das Kind betreuen kann, seien insbesondere die vielen Alleinerziehenden sehr zu bedauern.

Diese Problem kennen auch die Selbstständigen mit privater Krankenversicherung, denen die gesetzliche Abfederung der Situation durch z.B. das Recht auf Freistellung von der Arbeit oder Übernahme von Kosten für die Haushaltshilfen fehle. Spezielle Versicherungsangebote für selbstständige Eltern wären hier hilfreich.

Geeignete Zeiten für Familienangebote

Für viele berufstätige Elternteile oder insbesondere Alleinerziehende besteht generell wenig Zeit und Gelegenheit, Kursangebote wahrzunehmen und Netzwerke zu knüpfen. Zudem wären auch die Zeiten solcher Kurse oftmals nicht mit den Arbeitszeiten zu vereinbaren. So würden zahlreiche Angebote wie Musik- und Sportkurse, Peking oder Krabbelgruppen oftmals zu den Hauptarbeitszeiten stattfinden, so dass Familien nur während der Elternzeit daran teilnehmen können oder sich freinehmen müssen. Arbeitnehmerfreundlichere Zeiten wären nach Aussage einer Teilnehmerin eher 17-18:30 Uhr.

Ein Kind, welches einen Tag mit außerordentlich vielen zu verarbeitenden Reizen erlebt hat, braucht keine Kurse, sondern eine Mama, die ihm Geborgenheit gibt.

Für Elternkontakte sollte es entsprechende Angebote auch ohne Kinder geben.

🕒 4.1.4 Ideen für Schulreform

Beteiligte:

Robert Giese, dustin, Prof. Dr. Zöllner, Katharina Körting, ogni, ein papa, nliebenau, celina, Thea, Wendula Strube, Sabine H., Claudia Beutler, Beate-TK

Kurzbeschreibung:

Zum Thema Schulreform und Verbesserungen der Schulen wurden zahlreiche Ideen und Vorschläge gemacht, die von der flächendeckenden Einführung von Gemeinschaftsschulen über verkleinerte Schulklassen bis zur Wiedereinführung des Fachs Werken reichen.

Langfassung:

Zum Thema Schulreform und Verbesserungen der Schulen wurden zahlreiche Ideen und Vorschläge gemacht, die von der flächendeckenden Einführung von Gemeinschaftsschulen über verkleinerte Schulklassen bis zur Wiedereinführung des Fachs Werken reichen:

Entscheidung nach Noten anstelle der Lehrerempfehlung

Zuspruch fand ein Artikel zur umfassenden Berliner Schulreform, nach der die Hauptschule sowie das Prinzip der Gymnasialempfehlung von Lehrern abgeschafft werden soll, wohingegen dann allein die Noten entscheiden. Gegenwärtig sprechen Lehrer eine Empfehlung aus, es zählt aber der Elternwille. Das führe dazu, dass Mitte der 4. Klasse die meisten Eltern versuchen ihre Kinder auf die Schulform zu schicken, die die besten Zukunftsaussichten verspricht: das Gymnasium.

Für Kinder, die den gymnasialen Leistungsanforderungen nicht entsprechen können, erweist sich das nicht als Vorteil. Zu Hause gibt es Druck, Streit und Nachhilfe, in der Schule fühlen sich viele überfordert und nach der 6. Klasse werden sie dann abgeschult. Mit klaren, an Noten orientierten Zugangsbedingungen bliebe vielen Eltern und ihren Kinder einiges erspart.

Senator Prof. Dr. Zöllner sagt dazu, dass er auf einen Beschluss des Abgeordnetenhauses hin die Vorstellung des Senates zur Weiterentwicklung der Schulstruktur in Berlin bis Ende des Jahres vorlegt. Eckpunkte sind nach seinem Eindruck insofern positiv aufgenommen worden, dass einige grundlegende Änderungen wie ein spezielles pädagogisches Angebot für Hauptschüler und auch eine organisatorische Verbindung mit anderen Schulformen nicht bestritten werden.

Gemeinschaftsschulen

Zahlreiche Teilnehmende halten die flächendeckende Realisierung der Gemeinschaftsschule für notwendig. Junge Menschen gehen von Anfang an bis zum Schulabschluss gemeinsam in eine Schule (wohnnah) und werden individuell gefördert, indem sie zunehmend selbstbestimm-

ter, eigenverantwortlicher und selbstorganisierter lernen. Lehrer unterstützen ihre Schüler und gewinnen Zeit zur individuellen Förderung.

Eine Teilnehmerin befürwortet, dass aus der jetzigen Goerdeler Grundschule, die lange unter ihrem schlechten Ruf litt und ohne Direktor auskommen musste, sowie der benachbarten Hauptschule eine Reformschule bzw. Gemeinschaftsschule werden soll. Der Einsatz Berlins für Gemeinschaftsschulen und gemeinsames Lernen bzw. Förderung aller Kinder ohne zu frühe „Leistungsaussiebung“ stößt auf großen Widerhall.

Senator Prof. Dr. Zöllner bestätigt, dass mehrere Gemeinschaftsschulen in Berlin eingerichtet und zu einem innovativen Element in der Berliner Schullandschaft werden.

Grundprobleme beseitigen

Auf der anderen Seite wurde bemängelt, dass die Grundprobleme der Schulen zügig angegangen werden sollten, bevor über neue oder separate sozialpädagogische Projekte nachgedacht werden könnte. Dazu gehören zum Beispiel

- schlecht ausgestattete und baulich heruntergekommene Schulen,
- Klassenfrequenzen unter 20 Schüler,
- Lernmaterialien und Bibliotheken für Schüler,
- Unterrichtsausfall,
- kaum Transparenz bei der Schulplatzvergabe,
- Ernährungsprogramm Schulessen mit eigenen Küchen,
- soziale Infrastrukturen an Schulen mit Sozialpädagogen,
- verpflichtende Fortbildung der Lehrer,
- Lehrer, die nicht mit Eltern zusammenarbeiten wollen,
- Eltern, die kein Interesse zeigen usw.

Ein Thema müsse allerdings besonders schnell angegangen werden, um die Lernmotivation der Kinder anzuheben: Es muss ihnen eine realistische Perspektive gegeben und gezeigt werden.

Kleinere Schulklassen werden auch als Grundvoraussetzung dafür angesehen, den Schülern zu ermöglichen, sich ihren persönlichen Möglichkeiten entsprechend zu entwickeln (und später ihren wirksamen Beitrag für die Weiterentwicklung des Landes zu leisten). Ideal sei es, wenn die Lehrer auch noch fachlich und didaktisch auf diese Aufgabe vorbereitet sind. Das könnte ja ein Thema bei einem der nächsten Bildungsgipfel sein.

Darüber hinaus wird vermutet, dass die permanente Modernisierung der Rahmenpläne ohne Rücksicht auf konstruktives Lernen dazu führe, dass das Allgemeinwissen der Kinder insbesondere in den Bereichen Geschichte und Geographie stetig abnehme.

Ein weiterer Vorschlag sieht vor, das Fach Werken in der Grundschule wieder einzuführen. Das technische Vorstellungsvermögen und die feinmotorischen Fähigkeiten, wie sie Kinder hier entwickeln können, zeige sich bei der derzeitigen Generation der Jugendlichen als Defizit. Auch

Schulgartenunterricht sollte laut des Vorschlags ein notwendiges Pflichtfach sein.

Sozialpädagogen an allen Schulen

Da es soziale Probleme wie Gewalt, Ausgrenzung, „Mobbing“ an jedem Schultyp, also von der Grundschule bis zum Gymnasium gäbe, fordert ein Teilnehmer unter Nennung des Beispiels Rütli-Schule den Einsatz von Sozialpädagogen an allen Schulen, die das humanistische Gedankengut an die Kinder/Jugendlichen weitergeben. Hier sei die Unterstützung des Staates erforderlich, denn Eltern schaffen die Erziehungsarbeit nicht - zumal wenn die Kinder einen Großteil ihrer Zeit an den Schulen verbringen und sich dort viele Verhaltensweisen aneignen, die sich dem Einfluss der Eltern entziehen.

Für Sozialpädagogen an Schulen müssen machbare Finanzierungsmodelle gefunden werden, die diese Stellen langfristig sichern. Ebenso müssen Hausmeister, Köchinnen und Bibliothekarinnen an Schulen finanziert werden. Dies ist notwendig, um eine vertrauensvolle und funktionierende soziale Infrastruktur an den Schulen zu bilden, in der Kinder sich gern aufhalten und in allen Formen lernen können. Nur die Erfahrung eines gut funktionierenden sozialen Modells kann Kindern Motivation und Perspektive für die Zukunft geben und Eltern Sicherheit, dass ihre Kinder gut aufgehoben sind.

Entlastung der Schüler/innen

In den unteren Klassen des Gymnasiums sei die Belastung der Kinder so groß, dass die Kinder kaum noch in die Sportvereine gehen oder z.B. am Konfirmandenunterricht teilnehmen können. Das Familienleben leide bei einer 35 Stunden-Woche Schule plus Vor- und Nachbereitung des Unterrichts enorm. Daher wird die Entschlackung der Lehrpläne gefordert, um den Kindern mehr Zeit für Freizeit und Sport zu ermöglichen.

Da auch die Lehrer der Kinder über die Stoffmenge stöhnen, gäbe es hier wohl Optimierungsbedarf - insbesondere bei der aktuellen Reduzierung von 13 auf 12 Schuljahre.

Dem wird entgegen gehalten, dass die Überforderung der Kinder allerdings zum Teil aus dem Ehrgeiz der Eltern resultiere, die ihre Kinder unbedingt auf das Gymnasium schicken wollen und ihnen zu viele Freizeitaktivitäten wie Musikunterricht, Sport etc. zumuten. Kinder sollten jedoch auch mal relaxen dürfen.

Studienbegleitende Therapie für Lehrer/innen

Es wurde vorgeschlagen, dass angehende Lehrer/innen studienbegleitend eine Therapie absolvieren, die die Selbstreflexion schult, zu einer besseren und vorurteilsfreien Beurteilung der Schüler/innen sowie dem Abbau des Schulalltagsstress beitragen könnte. Die Therapie soll laut Vorschlag vor Lehramtsbeginn starten und die Supervision während der gesamten Beschulungszeit andauern. Die Mindestanforderung an Lehrer/innen sollte studienbegleitend ein Studium der Kinder- und Jugendpsychologie sein, was bisher noch nicht Pflicht sei.

JÜL (Jahrgangsübergreifendes Lernen)

Laut einer Teilnehmerin sollte JÜL an allen Grundschulen umgesetzt werden. Derzeit können das die Schulen selbst entscheiden und dadurch hätten die einen das bereits, andere dagegen nicht. Das wäre allerdings nicht konsequent genug.

Weitere Informationen finden sich in folgenden Wikis:

- Bilinguale Schulen
- Gebündelte familienrelevante Informationen
- Verbesserung der Infrastruktur an Schulen
- Modernisierung der Lehrstoffe und Lehrinhalte
- Längere Pausen und Mittagessen in allen Schulformen

4.1.5 Verbesserung der Infrastruktur an Schulen

Beteiligte:

Lichterfelder, Claudia Beutler, Eva-Catrin Reinhardt, Thea

Kurzbeschreibung:

Neben den Unterrichtsinhalten und den Lehrmethoden spielt auch die Infrastruktur einer Schule, also das Gebäude selbst etc., eine wichtige Rolle bei der hochwertigen Schulausbildung. Viele Schulen sind aber gerade in dieser Hinsicht in einem problematischen Zustand.

Langfassung:

Die hygienische Situation in Schulen ist für viele Beteiligte ein Problem, unter dem die Kinder leiden und das sich negativ auf die Qualität des Lernens ausübt. Die Toilettensituation in einigen Schulen ist nicht akzeptabel. Gegebenenfalls sollten Mitarbeiter des Gesundheitsamtes öfter unangekündigte Kontrollen in diesem Bereich machen. In einigen Fällen kommt es in Schulen dazu, dass viele Kinder wenig trinken um nicht so viel auf Toilette gehen zu müssen, da diese hygienisch oft bedenklich sind. Angesichts dieser Verhältnisse steigt die Zahl der Kinder mit regelmäßigen Kopfschmerzen, Unwohlsein und sonstigen Erkrankungen und die allgemeine Konzentrationsschwäche nimmt zu. Diese Probleme werden auch von Lehrer erkannt.

In Ganztagschulen, insofern diese ein Zukunftsmodell sein sollen, müssen die hygienischen Voraussetzungen deutlich besser sein, da Kinder hier noch mehr Zeit verbringen als an bisherigen Schulen.

Ein weiteres Problem ist, dass die Turnhalle einer Schule seit längerer Zeit wegen Baumangel nicht nutzbar ist und das Kind erst von den Eltern zu einer entfernten Halle gebracht werden muss.

Oft fehlen im Schulalltag Ruhephasen. Nur bei einem guten Arbeits-und-Pausen-Rhythmus können Kinder später viel leisten. Pausenzeiten und Pausenräume einzurichten wäre eine sinnvolle Maßnahme. Bibliotheken an Schulen könnten als Ruheräume genutzt werden. Hier können Kinder nicht nur Wissen aufnehmen, sondern es auch in Ruhe verarbeiten, ob beim Lesen, Bilder anschauen oder beim Träumen. Diese Möglichkeiten sollte es an Schulen geben und Eltern können bei der Schaffung solcher Möglichkeiten einbezogen werden, wenn es eine gute Finanzierungsgrundlage dafür gibt.

🕒 4.1.6 Modernisierung der Lehrstoffe und Lehrinhalte

Beteiligte:

Nikola Harnisch, Wendula Strube, Thea, Celina, Frank Becker, Eva-Catrin Reinhardt

Kurzbeschreibung:

Die Qualität des Unterrichts in Schulen und damit der Bildungsstand der Kinder und Jugendlichen hängen nicht unwesentlich von den zu erlernenden Inhalten und Methoden der Stoffvermittlung ab. Eine Modernisierung der Lehrinhalte ist daher aus Sicht mehrerer Beteiligter notwendig, um eine bessere Entwicklung der Schüler zu erreichen.

Langfassung:

Die Diskussion zu diesem Thema deckt unterschiedliche Facetten ab:

Veraltete Inhalte in der Grundschule unterstützen und entwickeln die Fremdenfeindlichkeit bei Kindern. Kinder unterschiedlicher Herkunft sehen nach Aussage einer Teilnehmerin einen Film, in dem von „Negern“ die Rede ist (3. Klasse). Es werden Lieder im Musikunterricht gelernt (2.Klasse), in denen ein australischer Bush-boy ein Känguru einfangen soll, und ein Schwein wird geschlachtet, wenn die Tante aus Marokko zu Besuch kommt. Wenn Kindern solche Inhalte geboten werden sei klar, dass Fremdenfeindlichkeit gefördert wird.

Auch alltägliche Situationen und Gegenstände sind noch immer teilweise fremdenfeindlich besetzt. So musste eine Teilnehmerin in der Kita ihrer Kinder großen Aufwand betreiben um die Erzieherinnen davon zu überzeugen, dass der politisch korrekte Begriff „Schokokuss“ und nicht „Negerkuss“ hieße.

Ein toleranter und offener Umgang der Schüler und Schülerinnen miteinander ist in vielen Berliner Schulen durchaus die Regel. Dennoch würde die Pflege einer guten Umgangskultur in Familien und in Schulen benötigt, denn nur so erlernen Kinder die sozialen Kompetenzen, die sie durch das spätere Leben tragen werden. Wichtig für die Umgangskultur an Schulen ist auch der Ethik-, Lebenskunde- und Religionsunterricht.

Der Ethikunterricht, der insbesondere den Dialog und die Toleranz zwischen Schülern aus Familien mit verschiedenen Weltanschauungen und Religionen fördert, sollte unbedingt beibehalten und auf jüngere Jahrgänge ausgedehnt werden.

Technisches Wissen und speziell der Umgang mit Computern ist in der heutigen Arbeitswelt unabdingbar. Ältere Lehrer und Erzieher können in der Regel oft die komplizierte Technik nicht bedienen, aber bevor pädagogische Administratoren und Techniklehrer in Grundschulen in 20 Jahren hoffentlich regulär eingesetzt werden, bedarf es der frühzeitigen Förderung der Kinder und damit auch der Förderung der heutigen technischen Zusatzkräfte. So kann externe Unterstützung in diesem Zusammenhang weiterhelfen. Pädagogische Weiterbildungsmaßnahmen für technische Quereinsteiger gibt es allerdings bisher nicht. Technische Weiterbildungskurse für Pädagogen gibt es dafür zwar, aber diese werden kaum in Anspruch genommen. PC-Unterricht kann so schon ab der ersten Klasse angeboten werden, womit das Problem, dass ausgebildete Informatiklehrer erst ab der siebten Klasse zur Verfügung stehen, gemildert werden könnte.

Sicher würde auch die Entrümpelung des Lehrplanes oder die Wiedereinführung von 13 Schuljahren extrem viel weiterhelfen. Allerdings ist dies keine Antwort auf alle Fragen und Probleme, mit denen Schulen heute konfrontiert werden. Ganztagschulen aus Sicht einiger Beteiligten, seien die richtige Lösung, wenn Eltern berufstätig sind.

Mehr Informationen zu weiteren Fragen im Zusammenhang mit Bildung finden Sie in den anderen Wikis.

🕒 4.1.7 Längere Pausen und Mittagessen in allen Schulformen

Beteiligte:

karinum, S.Schmidt, Thea

Kurzbeschreibung:

Trotz zum Teil sehr langer Schultage wird in den meisten Schulformen kein warmes Mittagessen angeboten. Eine warme Mittagsmahlzeit für Heranwachsende sollte aber in allen Schulformen angeboten werden.

Langfassung:

Schulpflichtige Kinder sind bis in den Nachmittag hinein an die Schulen gebunden. Es wurde darauf hingewiesen, dass etwa in der gymnasialen Oberstufe, in der die Schultage besonders lang sind, für die Schulkinder meist keine Möglichkeit besteht, eine warme Mittagsmahlzeit zu sich zu nehmen. Die Pausenordnung lässt eine Selbstversorgung zudem nur schwerlich zu.

Eine Essensversorgung für Heranwachsende sollte in allen Schulformen selbstverständlich sein. Bei einem gut gelernten Arbeits-und-Pausen-Rhythmus können Kinder viel leisten. Zu den längeren Pausenzeiten könnten auch Pausenräume und Küchen an den Schulen eingerichtet werden. Es wurde angemerkt, dass Schultage von 8:00 Uhr bis 15:30 Uhr, ohne längere Pausen oder ein Mittagessen, auch unter arbeitsschutzrechtlichen Gesichtspunkten sehr bedenklich sind.

④ 4.1.8 Verstärkte Präventivmaßnahmen zur Verhinderung von Gewalt an Schulen

Beteiligte:

Wendula Strube, ogni, Thea, nliebenau

Kurzbeschreibung:

Prävention von Gewalt an Schule ist ein wichtiges und schwieriges Thema. Es wurde einige Vorschläge gemacht, wie langfristig ein besseres und gewaltfreies Schulklima erreicht werden kann. Die einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmer nehmen sowohl Eltern, Lehrer als auch den Staat in die Verantwortung.

Langfassung:

Gewalt zwischen den Schülern stellt an vielen Schulen in Berlin ein immanentes Problem dar. Obgleich es viele Berliner Schulen gibt, an denen die Schüler respektvoll und tolerant miteinander umgehen, sind Probleme wie Mobbing, Ausgrenzung und körperliche Gewalt nicht von der Hand zu weisen.

Es wurden diesbezügliche einige Vorschläge gemacht, wie einzelne Maßnahmen zur Gewaltvermeidung an Berliner Schulen aussehen könnten. Initiativen zur Förderung einer respektvollen und toleranten Umgangskultur in den Schulen, sollte bereits in den Familien ansetzen, in den Schulen programmatisch fortgesetzt werden und schließlich Lehrer und Pädagogen mit einbeziehen. Hier wurden u.a. folgende Punkte genannt:

- Konfliktlotsen
- Konfliktprävention
- Ethik- und Religionsunterricht
- Supervisionsprogramme für Lehrer
- Mediationen für Schulkonflikte
- Schulstationen
- Schule für Zivilcourage und ähnliche.

Gleichwohl sind die Projekte nur ein Anstoß - wichtig ist die beständige Arbeit an einer Schulkultur, die auf gegenseitiger Achtung beruht. Diese beginnt mit der Achtung der Lehrkräfte gegenüber den Kindern und Jugendlichen, erstreckt sich über das respektvolle Zusammenarbeiten von Eltern und Schulvertretern bis hin zum gesellschaftlichen Prestige der Lehrer.

Mehrfach wurde dabei aber explizit auch die Unterstützung des Staates gewünscht. Die Förderung von Toleranz und Solidarität unter den Kindern kann in den Familien nicht gelingen, solange in den Schulen eine „Ellenbogenmentalität“ herrscht und humanistische Ideale aus dem Fokus der Erziehung geraten. Es wurde in diesem Zusammenhang vorgeschlagen, spezialisierte Sozialpädagogen einzusetzen um gemeinsam mit Schülern und Lehrern an einer Problemlösung zu arbeiten.

Die chronische Unterfinanzierung der deutschen Schulen leiste zu dem schlechten Klima ihr Übriges: Daher wird gefordert, sich zu aller erst um die Grundprobleme zu kümmern und u.a:

- schlecht ausgestattete und baulich heruntergekommene Schulen zu sanieren,
- eine Klassenfrequenzen von unter 20 Schülern zu ermöglichen,
- die Schulen mit mehr Lernmaterialien auszustatten,
- unterrichtsausfall zu vermeiden,
- und für mehr Transparenz bei der Schulplatzvergabe zu sorgen.

Ein weiterer Vorschlag besteht darin, Kindern von Migrantinnen und Migranten die Teilnahme am Schulstoff in ihrer Heimatsprache zu ermöglichen. Darüber hinaus wurde vorgeschlagen, levante (morgenländische) Sprachen in den Sprachunterricht mit aufzunehmen.

Kinder von Migranten haben es auf Grund sprachlicher Hürden in der Regel schwerer in der Schule und fühlen sich mitunter ausgegrenzt. Eine schulische Erziehung, die die kulturellen und sprachlichen Hintergründe von Kindern aus Migrantenfamilien besser berücksichtigt, könnte zusätzlich zum Abbau von Frustrationen und somit zu einem besseren Schulklima beitragen.

🕒 4.1.9 Bilinguale Schulen

Beteiligte:

Wendula Strube, europa, Georg, usluca

Kurzbeschreibung:

Zur verbesserten Vermittlung von Wissen an Kinder mit Migrationshintergrund wurden spezielle Schulformen wie Europa- und Levante-Schulen für Deutsch-Türkisch und Deutsch-Arabisch vorgeschlagen, die den Lernstoff bilingual vermitteln und so den Kindern zunächst einen leichteren Einstieg über ihre eigene Sprache verschaffen.

Langfassung:

Dazu werden folgende Argumente vorgebracht:

Vorteile für die Migrantinnen und Migranten:

- Die Kinder mit Migrationshintergrund könnten ihre Herkunftssprache richtig sprechen, lesen und schreiben lernen, mit richtigem kulturellem Background, den sie hier nur vom Hörensagen kennen. Auch die Kultur wird in einer bilingualen Schule automatisch vermittelt.
- Sie lernen dann ab der zweiten Klasse das deutsche Alphabet und nebenher deutsche Schrift und Sprache. So werden Kinder z. Z. in den existierenden Europaschulen beschult.
- Sie lernen leider z. Z. noch in Deutsch die Mathematik, was unlogisch erscheint, da fast alle anderen Sprachen die Zahlen in ihrer tatsächlichen Reihenfolge sprechen. Im Deutschen dagegen wird zuerst die hintere Zahl ab der Ziffer 12 und zuletzt die vordere Ziffer gesprochen, was zusätzlich verwirrt.
- Vom Hörensagen werden oft Märchen und Fehlinterpretationen überliefert, das führt zu romantisierten Vorstellungen von den Herkunftsorten und zu beschönigenden Gräueltaten der Geschichte.
- Die Kinder müssten also nicht eine fremde Sprache neu, falsch und brüchig lernen, sondern könnten zunächst in „ihrer“ Sprache lernen. Dadurch hätten diese Kinder mehr Erfolgserlebnisse und wären womöglich viel entspannter und weniger frustriert.
- Die Kinder bräuchten sich daher wahrscheinlich weniger durch Gewalt Luft machen, was dem friedlichen Miteinander dienen würde.
- Die Eltern dieser Kinder würden sich mehr mit ihrer Kultur einbringen. Durch das Geben und Nehmen erhielten sie einerseits mehr Respekt durch unsere Landsleute und würden selbst auch mehr Respekt zeigen.
- Die Kinder könnten sich durch diese gute Ausbildung bis zum Abitur in „ihrer“ Sprache weiterbilden.
- Mädchen könnten eben diese Chancen nutzen und sich freier entfalten. Nur Bildung verschafft bekanntlich „Aufklärung“.
- Die Kinder hätten als Erwachsene die Wahl, die sie bislang nicht haben, ob sie vielleicht in ihre Herkunftsländer zurückgehen oder hierbleiben möchten.
- Die Kinder könnten letzten Endes bessere Berufsausbildungen und Studien beenden und kämen überhaupt erst in den Genuss der Selben.
- Weniger Kinder würden beim Sozialamt oder als Kriminelle enden. Schließlich kommt kein Mensch auf die Welt und möchte von Beruf gern Sozialhilfeempfängerin oder Verbrecherin werden. Wir alle wollen Prinzessinnen und Ritter, Feuerwehrmann, Lehrerin...etc. werden.
- Obwohl das Englische nach wie vor dominant ist, wäre es für eine Stadt wie Berlin durchaus eine sinnvolle Maßnahme, auch Familiensprachen der Kinder zu fördern, da nicht davon ausgegangen werden könne, dass die Eltern ihre Herkunftssprache gut beherrschen und diese sprachliche Sozialisation zu Hause erfolgen kann. Zum anderen spüren arabische/türkische Kinder, dass ihre eigene Sprache weniger wertgeschätzt wird als beispielsweise eine Fremdsprache wie Englisch oder Französisch; das Ansetzen an diesen Sprachen fördert ja nicht nur

diese Kinder, sondern wäre ja auch ein Gewinn für deutsche Kinder.

Wirtschaftliche Vorteile:

- Wenn auch deutsche Kinder in den Europa-Schulen und Levante-Schulen in Türkisch und Arabisch ausgebildet werden, könnten diese Kinder als Erwachsene nach dem Studium oder nach der Ausbildung mit den reichsten Handelspartnern der Welt, mit den Arabischen Staaten verhandeln.
- Die türkische Sprache dient dabei als Brückenschlag zwischen der deutschen und der moslemisch-islamischen Gesellschaft.
- Diese Schulen könnten zu mehr Unabhängigkeit gegenüber den USA führen.
- Diese beiden Schulformen könnten Deutschland stärker mit den arabischen und türkischen Menschen verbinden und ins Gespräch bringen als bisherige Versuche.

Realisierungsvorschläge:

Zuerst muss Überzeugungsarbeit bei den jeweils betroffenen Migrant/innengruppen und deutschen Eltern geleistet werden, dass auch so eine Mehrsprachigkeit in einer globalisierten Welt Vorteile mit sich bringt.

In Deutschland gäbe es derzeit nur 36 Europaschulen, was ausgebaut werden sollte.

Andererseits müsse sehr gut abgeschätzt werden, ob die Verwendung weiterer Sprachen neben dem Englischen als der Sprache der heutigen und zukünftigen Berufswelt nicht auch zu einer Überforderung der Kinder führen kann.

🕒 4.1.10 Wiedereinführung der Vorschule - Pro und Contra

Beteiligte:

Wendula Strube, Nikola Harnisch, SingleParent, Patricia Bussmann, mama ross, usluca

Kurzbeschreibung:

Die Wiedereinführung der Vorschule wurde von vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern als eine wichtige Maßnahme zur Verbesserung der Qualität im Bildungssektor angesehen. Allerdings wurde in diesem Zusammenhang auch Kritik an der Rolle der Vorschule geäußert und eine Stärkung der Kitas gefordert.

Langfassung:

Für die Wiedereinführung der Vorschule

Nach der Abschaffung der Vorschule ist vielen Kindern eine Eingewöhnungszeit in der Schule abhanden gekommen. Lehrerinnen und Lehrer müssen diese Defizite ab der ersten Klasse kompensieren. Der Grund für die Abschaffung der Vorschule scheint zu sein, dass weniger Kosten

verursacht werden sollen.

Die Kinder wissen in der ersten Klasse nicht, wie sie sich zu verhalten haben. In der Vorschule wurden ihnen bereits die grundlegenden Verhaltensweisen und Kenntnisse für die Schule beigebracht. Ohne die Vorschule werden Kinder also von Anfang an aus der Bahn geworfen. Dieses Problem trifft solche Kinder am härtesten, die keine Kitas besucht haben. Oft sind dies Kinder mit Migrationshintergrund, deren Eltern auf die Unterbringung in Kitas verzichten. Für Migrantengemeinschaften und die Familien ist es wichtig, schon aus eigenem Interesse, noch stärker und vor allem früher (zum Beispiel auch in der Vorschule) in den Bildungsprozesse zu investieren.

Vorschulische Ausbildung ist sinnvoll und muss von studierten Lehrern angeboten werden. Um die anspruchsvolle Vorschularbeit richtig aufzubauen, sollten qualifizierte Kräfte eingesetzt werden. Hierdurch entstehen zwar höhere Kosten, als wenn diese Posten durch Erzieherinnen und Erzieher besetzt würden, aber dieses Problem wird durch die Vorteile ausgeglichen.

Die pädagogische Arbeit an der Vorschule kann sich auf die Grundlagen der schulischen Bildung (Stillsitzen, Zuhören, Konzentration etc.) konzentrieren. Dies ist gerade im Anbetracht von großen Klassen und Jahrgangs-übergreifendem Lernen notwendig.

In einigen Fällen sind die Vorschullehrer ausgebildete Grundschullehrer, die die Klasse auch weiter begleiten. Es ist denkbar, dass die Vorbereitung auf die schulische Ausbildung parallel in Kitas und der Vorschule laufen könnte. Allerdings ist es in jedem Fall richtig, in der Vorschule ausgebildete Grundschullehrer zu beschäftigen.

Ein Teil der Arbeit der Vorschule kann an den Kitas geleistet werden. Erzieher/innen können an die Schule heranzuführen und Kinder ggf. auch in Unterrichtsstunden von Schulen bringen, um diese vorzubereiten.

Probleme mit der Vorschule

Die Vorschule kann meist nur von Kinder besucht werden, deren Eltern nicht beide arbeiten. Der Grund hierfür ist, dass die Vorschule die gesamten Schulferien geschlossen hat und auch nur bis Mittags die Betreuung der Kinder übernehmen kann. Der weitaus größere Teil der Kinder im entsprechenden Alter war in der Kita oder zuhause als die Vorschule in Berlin noch existierte. Auch diese Kinder sind dann in die Schule gekommen und waren der Situation gewachsen. Die Leistung der Vorschule sollte also nicht überschätzt werden. Vielmehr sollte die Situation der Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas so verbessert werden, dass diese mehr Zeit für die Vor- und Nachbereitung ihrer Arbeit haben, um so die Vorschulleistungen zu erbringen.

Die meisten Vorklassenleiter/innen waren Erzieher/innen, daher sind sie nach Auflösung der VK in die Horte versetzt worden und nicht in den Unterricht. Kitas machen schon lange Vorschularbeit, allerdings unter schlechteren Bedingungen und mit anderem Konzept als die Vorschule.

Auch die höhere Qualität der Vorschule bei der Sprachausbildung ist fragwürdig:

Zitat aus dem Bericht der Senatsverwaltung Schule IA3/ID12 vom 16. März 2005 zur Sprachförderung:

„Der Umfang des Sprachförderbedarfs ergab sich aus einer Umfrage an den Grundschulen, die über die regionale Schulaufsicht erfolgte. Zentrale Ergebnisse waren: Von insgesamt 34.700 getesteten Kindern haben 9.000 Kinder (26%) Förderbedarf. Dieser variiert nach Art der vorschulischen Förderung: Förderbedarf wurde festgestellt bei 23% der Kitakinder, 34% der Vor-klassenkinder und 50% der Kinder, die keine vorschulische Einrichtung besucht haben.“

Defizite der ersten Jahre sind mit einer Vorschule nicht zu kompensieren. Das wurde richtig erkannt.

⊙ 4.1.11 Kindgerechte Medienangeboten

Beteiligte:

Trinidad, Nikola Harnisch

Kurzbeschreibung:

Gegenwärtig richtet sich das Medienangebot überwiegend an Konsum- und Vermarktungskriterien aus. Hierzu wurden verschiedene Vorschläge gemacht, vermehrt Lerninhalte über die Medien zu vermitteln: Die Bildung soll dahin gebracht werden, wo die Kinder und Jugendlichen sind.

Langfassung:

Im Zusammenhang mit dem Thema Bildung für Kinder und Eltern wurde vorgeschlagen, Lerninhalte über die Schule hinaus zu vermitteln. So könnten bildungsrelevante Themen kind- und jugendgerecht aufbereitet über die Medien verbreitet werden. Bildungsinhalte im Radio würden nach Meinung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine echte Alternative zu den gegenwärtigen, eher konsumorientierten Formaten darstellen, die nicht immer eine positive Wirkung haben.

Zudem könnten sich Betriebe und Unternehmen an der Bildung von Kindern und Jugendlichen beteiligen. So stellen Kinder und Jugendliche nicht nur eine Zielgruppe für die Werbung, sondern auch Nachwuchskräfte für die Unternehmen dar. Hier sollten sich die Unternehmen selbst daran beteiligen, dass die Jugendlichen wichtige Kenntnisse und Kompetenzen erlangen. Sie könnten z.B. die Schulbibliotheken finanzieren, wie in anderen Ländern (z.B. England) Schulpatenschaften übernehmen, Laufbahnberatungen anbieten und Betriebsbesuche und Praktika für Schüler betreuen.

Auch dabei gilt: Die Bildung muss dahin gebracht werden, wo die Kinder und Jugendlichen sind und muss darüber hinaus kostenlos sein.

Spezielle Angebote für Kinder sollten ebenso mehr Lerninhalte enthalten und auf die Vermittlung von moralischen Werten abzielen. Dem gegenwärtigen Trend von Trick- und Animationsfilmen etc. entgegen, kam der Wunsch nach mehr „echten Menschen“ in Kinderfilmen und Büchern auf.

🕒 4.1.12 Kiezbezogene Bildungs- und Kulturangebote

Beteiligte:

Thea, Inka, AMaido

Kurzbeschreibung:

Mehrere Teilnehmende wünschen sich mehr Angebote in und für ihren Stadtteil anstelle von hochkarätigen Bildungs- und Kulturangebote für die Hauptstadt oder die damit verbundenen Touristen.

Langfassung:

Zu einer familienfreundlichen Stadt gehören nicht nur Bildungs- und Kulturangebote für Eliten und Touristen, sondern auch kiezbezogene, gut erreichbare und in ihrer Größe überschaubare Angebote, die von Kindern selbständig und von Eltern gemeinsam genutzt werden können. Das sind z.B.

- Bibliotheken,
- Kunsthaus mit Arbeitsgemeinschaften,
- Jugendklubs,
- Sportvereine,
- Heimatmuseen,
- Kulturhäuser,
- Volkshochschulen.

Mit einem kleinen Kind auf dem Weg nach Hause von der Arbeit und der Kita in einer nahe der Wohnung gelegenen Bibliothek vorbeizuschauen, ist leicht machbar und tut Eltern und Kindern gut. Liegt die Bibliothek aber weit entfernt vom Zentrum des Bezirks, ist ihr Angebot nicht leicht erreichbar, auch wenn es noch so groß und neuartig ist.

Ein bezahlbares Töpferwochenende in kleiner Runde mit Bekannten aus dem Kiez für Eltern

und Kinder im Kunsthaus ist schöner für das soziale Lernen der Kinder und für die heimatliche Verbundenheit der Eltern, als ein Workshop in einem weit entfernten Freizeitcamp, obgleich auch dies wichtig und richtig ist. Zurzeit sind solche Angebote in verschiedenen Stadtteilen noch vorhanden. Die Teilnehmenden wünschen sich, dass diese Bestand haben und nicht jedes Jahr aufs Neue hart erkämpft werden müssen.

In einigen Stadtteilen gäbe es aber leider fast nur noch teure, kommerzielle Orte. Jugendklubs in Schulen, Nachbarschaftszentren, Kulturhäusern, die frei und ohne große Kosten zugänglich und professionell betreut sind, wären dagegen wichtig für das selbstbewußte und gesunde Aufwachsen der Jugendlichen.

Eine weitere Teilnehmende schlägt vor, diese Angebote eventuell mobil zu konzipieren, zum Beispiel einen Bibliothekenbus, der in verschiedene Stadtteile fährt.

Sehr lobenswert sei laut eines weiteren Teilnehmers in diesem Zusammenhang das Angebot der lokalen Sportvereine aber auch der Berliner Staatlichen Museen, die Kindern und Jugendlichen seit kurzem freien Eintritt gewähren.

◎ 4.1.13 **Spezielle Unterstützung in sozialen Brennpunkten und für hilfsbedürftige/bildungsferne Familien**

Beteiligte:

willms-faß, antje; Udo Lihs; thea, Beate-TK

Kurzbeschreibung:

Viele psychosozial belastete Familien aus sozialen Brennpunktbezirken wie Neukölln sind der Erziehung ihrer Kinder nicht mehr gewachsen. Arbeitslosigkeit, Überschuldung, Gewalt, instabile Familienverhältnisse, emotionale Vernachlässigung, Bindungsstörungen zwischen Eltern und Kind und nicht zuletzt ein verantwortungsloser Umgang mit Medien bestimmen das Familienklima, für die grundlegenden Bedürfnisse der Kinder ist da kein oder kaum Platz. Unter diesen Bedingungen können viele Kinder nicht ihr individuelles Entwicklungspotenzial entfalten und zeigen mehr und mehr Symptome von Entwicklungsbehinderungen im körperlichen wie im seelischen oder kognitiven Bereich. Die hier zusammengefassten Vorschläge bieten Ansatzpunkte und Lösungsmöglichkeiten.

Langfassung:

Viele psychosozial belastete Familien aus sozialen Brennpunktbezirken wie Neukölln sind der Erziehung ihrer Kinder nicht mehr gewachsen. Arbeitslosigkeit, Überschuldung, Gewalt, instabi-

le Familienverhältnisse, emotionale Vernachlässigung, Bindungsstörungen zwischen Eltern und Kind und nicht zuletzt ein verantwortungsloser Umgang mit Medien bestimmen das Familienklima, für die grundlegenden Bedürfnisse der Kinder ist da kein oder kaum Platz. Unter diesen Bedingungen können viele Kinder nicht ihr individuelles Entwicklungspotenzial entfalten und zeigen mehr und mehr Symptome von Entwicklungsbehinderungen im körperlichen wie im seelischen oder kognitiven Bereich.

Ansatzpunkte

Kitas

Kitas können eine niedrighschwellige Eintrittspforte für Eltern zu einem umfassenden Kontakt- und Hilfe-zur-Selbsthilfe-Angebot werden. Beratungsangebote in der Kita zu Themen wie Erziehung, Schulden, Partnerschaftsproblemen, Jobsuche und Gewalt in Familien, aber auch Angebote wie Sprachkurse, Kochkurse, angeleitete Spielgruppen für Eltern und Kinder sowie die Vernetzung aller beteiligten Institutionen mit verbindlichem Casemanagement, können hier realisiert werden. Die Kita wird damit nicht nur ein Ort der pädagogischen Förderung von Kindern, sondern auch ein Ort mit der Chance Eltern aus ihrer Isolation zu holen.

Projekte und Initiativen fördern

Es sollten Projekte und Initiativen gefördert werden, die Kindern und Jugendlichen reale Zukunftschancen bieten. Mit Kampagnen, Projekten und Vereinen sollen Talente und Potentiale gefördert werden. Kinder und Jugendliche müssen Chancen und Möglichkeiten aufgezeigt bekommen, ihre Potentiale und Talente herauskitzeln und ihnen Zukunftschancen geboten werden. Dazu braucht es auch die gemeinsame Anstrengung von Eltern und Lehrern um den Kindern zu verdeutlichen, dass sie etwas wert sind. Es ist die Aufgabe von Eltern und Lehrern, Jugendlichen, trotz Arbeitslosigkeit Chancen und Möglichkeiten aufzuzeigen, Jugendlichen zu verdeutlichen, dass sie eine Zukunft haben.

Begrüßenswert wären kostenlose Freizeitangebote für alle Schüler, insbesondere in Sportvereinen, Musikschulen, Kunstprojekten, Computerkursen, Fremdsprachenkursen, Arbeitsgemeinschaften mit dem Schwerpunkt: Wissenschaft- und Forschung. Bisher sind solche Angebote fast immer kostenpflichtig und nicht erreichbar für Kinder aus sozial schwachen Familien.

Präventivarbeit

Mehr präventive Arbeit auf verschiedenen Ebenen: für Paarbeziehungen, für Elternbeziehungen, für Eltern-Kind-Beziehungen, für Schülerbeziehungen, für Schüler-Lehrerbeziehungen etc. um Gewalt in Beziehungen und Schule, Rechtsstreitigkeiten, unguten Trennungsverläufen und ähnlichem vorzubeugen. Dies könnte eine bessere Umgangskultur für Familien, Kitas, Schulen fördern, in der Verständnis für einander, Verständnis für das Anderssein der anderen - Männer, Frauen, Kinder, Migranten, Lehrer, Künstler, Beamte, Schwarze, Weiße ... geschaffen wird. Die Räume bieten und geschulte Begleiter für schwierige Situationen und Anlässe um miteinander zu reden, miteinander etwas zu tun, miteinander zu leben.

4.1.14 Gleichberechtigung von Müttern und Vätern

Beteiligte:

Roland Maatz, Martin Kelmer, Thea, Inka, Wendula Strube

Kurzbeschreibung:

Die hier gemachten Vorschläge adressieren das Problem, das nach der Trennung bei unverheirateten Paaren mit Kindern auftritt. Der Wunsch nach mehr Gleichberechtigung in der Erziehung der Kinder wird geäußert und Forderung erhoben, dass der Gesetzgeber für mehr Gleichberechtigung was die Verteilung von Rechten und Pflichten zwischen den Expartnern angeht, sorgt.

Langfassung:

Die hier gemachten Vorschläge adressieren das Problem, das nach der Trennung bei unverheirateten Paaren mit Kindern auftritt. Der Wunsch nach mehr Gleichberechtigung in der Erziehung der Kinder wird geäußert und Forderung erhoben, dass der Gesetzgeber für mehr Gleichberechtigung was die Verteilung von Rechten und Pflichten zwischen den Expartnern angeht, sorgt. Dazu wurden folgende Lösungsvorschläge entwickelt:

Lösungsvorschläge

Ausweitung des Beratungsbedarfs für Väter

Es gäbe ein sehr gut ausgebautes Beratungsangebot für Frauen und Mütter, hier müsste aber noch für die Väter mehr getan werden. So würden Väter z.B. von Seiten der Jugendämter zu wenig über ihre rechtlichen Möglichkeiten aufgeklärt werden. Auch würden die bereits bestehenden Initiativen zu wenig von den Medien wahrgenommen werden. Dies mag aber auch im Verhalten der Betroffenen selbst begründet liegen, da Beratungsangebote überwiegend von Frauen aufgesucht und genutzt werden.

Auch Männerhäuser – für den Fall das Männer nach einer Trennung die gemeinsame Wohnung verlassen müssen – und kostenlose Angebote für Männer zur Konfliktbewältigung wären wünschenswert.

Mehr Mediation

Auch Mediation und Supervision im Falle von Trennungen und Scheidungen seien nützlich und wichtig, um beide Partner wieder verhandlungsfähig zu machen, das Vertrauen neu aufzubauen, sie als Eltern miteinander zu versöhnen (nicht im Sinne des Zusammenlebens, sondern des gemeinsamen Tragens von elterlicher Verantwortung). Damit könne in vielen Fällen sogar ein Rechtsstreit verhindert werden. Informationen zu solchen Möglichkeiten und Angeboten neben Informationen zu Väterorganisationen und Rechtsberatungsstellen sollten gebündelt an gleicher Stelle zu finden sein, an der auch Informationen für Mütter zu finden sind. Es wäre gut, Anreize

zu schaffen, die einem einseitigen Abbruch der Mediation von einem der Ex-Partner/Partnerin vorbeugen.

Rechtzeitige Beantragung des Sorgerechts

Unverheiratete Elternteile sollten sich soweit absichern, wie es die Rechtslage erlaubt bevor es zum Zerwürfnis kommt, und das Sorgerecht beantragen, während der funktionierenden Partnerschaft, da es die Möglichkeit gäbe, bereits vor der Geburt sich als Vater anerkennen zu lassen und eine gemeinsame Sorgerechtserklärung zu machen. Damit stünden den unverheirateten Vätern alle Rechte eines verheirateten Vaters zu.

Dokumentation über Väter in Berlin

Ein regionaler Fernsehsender könnte eine Dokumentation über „Väter in Berlin“ drehen, und damit aufzeigen, wie viele differenzierte Fälle es von „Vätern“ gibt und diese der breiten Öffentlichkeit sichtbar zu machen.

4.1.15 Vereinfachung der Verwaltungsformulare

Beteiligte:

Patricia Bussmann

Kurzbeschreibung:

Es wurde vorgeschlagen, die häufig sehr komplizierten Formulare der Stadtämter zu vereinfachen - u.a. um die Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltung zu verbessern.

Langfassung:

Die Kommunikation zwischen der Stadtverwaltung und den Bürgern ist verbesserungsbedürftig. Es wurde daher der Wunsch nach einfacheren, unkomplizierten Formularen geäußert – z.B. zur Beantragung eines KITA-Platzes.

Auch die ständige Neubeantragung von Wohngeld oder eines Betreuungsplatzes in Vollzeit, wenn die bisherigen Anträge abgelehnt wurden, ist für die Beteiligten unerfreulich. Das bisherige Verfahren ist in seiner derzeitigen Form z.B. nicht in der Lage, angemessen auf häufig wechselnde Lebensumstände zu reagieren. Eine Vereinfachung der Antragsabläufe würde zudem viele Kapazitäten in der Verwaltung freisetzen.

➔ 4.2 Unterforum Wohnumfeld & Verkehr

⊙ 4.2.1 Familienfreundliches Umfeld/Stadtplanung

Beteiligte:

Patricia Bussmann, Margaretha, Gabriele Gawel--Thomas, eismeerblau, Nikola Harnisch, Hans Hagedorn, Licherfelder

Kurzbeschreibung:

Um den öffentlichen Raum familienfreundlicher zu gestalten, wird vorgeschlagen, an breiteren Gehwegen kleinere Spielgeräte (z.B. Wipptiere) aufzustellen. Auch in öffentlichen Einrichtungen wie dem Bürgeramt (oder auch Bahnhöfen/Flughafen) könnten Spielbereiche oder -ecken eingerichtet werden, um die Wartezeit zu überbrücken. Des Weiteren könnten mehr öffentliche Toiletten, Mülleimer inklusive Hundekotbeuteln als auch mehr Bänke zur Familienfreundlichkeit beitragen.

Langfassung:

Mehr Spiel- und Verweilgelegenheiten

Einige Teilnehmende bemängeln die fehlende Familienfreundlichkeit in der Stadtplanung. So würden zwar zahlreiche Einkaufszentren konzipiert, doch selten auch ein zugehöriger Spielplatz oder Platz zum Verweilen. Stattdessen sollte der Bedarf der Familien bereits frühzeitig berücksichtigt werden und nicht nachträglich mühsam ergänzt werden (Beispiel Mediaspree).

Auch könnten an breiteren Gehweg oder zentralen Plätzen (z.B. Alexanderplatz oder Breitscheidplatz) Spielgeräte oder einfache Wipptiere aufgestellt werden, wie es wohl in Potsdam zum Teil zu finden sei. Neben mehr Spielbereichen im öffentlichen Raum könnten auch öffentliche Einrichtungen wie die Bürgerämter Spielecken einrichten, um die Wartezeiten zu überbrücken.

In größeren Bahnhöfen könnte ein Spielplatz die Zeit für Kinder gut überbrücken. So beispielsweise am Hauptbahnhof oder Zoo.

Auch auf Flughäfen fehle es an Spielmöglichkeiten. Die Wartezeit an den Transportbändern für die Koffer ist für Kinder sehr lang. Leider ist an diesen Stellen oft wenig Platz. Dennoch wäre gerade nach einem langen Flug Bewegung sehr hilfreich, denn das anschließende Schlangestehen am Zollschalter bedeutet erneutes Stillstehen.

Familienfreundlichkeit im öffentlichen Raum

Folgende Vorschläge wurden unterbreitet, um den öffentlichen Raum familienfreundlicher zu gestalten:

- genügend öffentliche Toiletten, so dass man mit Kindern an der Hand nicht in Gaststätten fragen muss
- mehr Mülleimer, damit wir den Müll, den wir mit unseren Kindern aufsammeln, loswerden können
- an den Mülleimern befestigte Hundekotbeutel für Hundebesitzer, die sie verwenden können um den Kot ihrer Hunde zu beseitigen (Beispiel Binz auf Rügen)
- Ampeldruckknöpfe, die für kleine Kinder in der Höhe erreichbar sind
- mehr Parkbänke oder überhaupt Bänke, auf denen man sich mal ausruhen kann und die den Aufenthalt im öffentlichen Raum ermöglichen
- mehr Rasenflächen, auf denen das Ballspielen erlaubt ist
- U-Bahn Station Schwartzkopffstraße in Mitte wird als Drogenumschlagplatz benannt. Der Aufzug befände sich direkt neben dem Drogenverkauf, sodass man in Stoßzeiten den Aufzug nicht mehr nutzen könne. Ältere Kinder, die mit der U-Bahn zur Schule fahren, müssten von den Eltern begleitet werden.

Berlin im überregionalem Vergleich

Einige Teilnehmende loben Berlins Familienfreundlichkeit im Vergleich zu anderen Metropolen. Zum Beispiel im Vergleich zu Wien, einer architektonisch schönen Stadt, sei Berlin ein sehr gutes Beispiel für familienfreundliche Stadtentwicklung. In Berlin gäbe es Dank der preußischen Straßenzuschnitte genug Platz für Bäume, Radfahrer, Fahrradanhänger, Straßenbahnen, Fußgänger, Café-Stühle und sogar für ein paar Autos. Dieses Potenzial sollte Berlin nutzen. Berlin könnte, so der Teilnehmer, als einer der wenigen Städte in Europa den Umbau zu einer lebenswerten Stadt schaffen. Mit wenig Autolärm und -abgasen, sicheren Straßen für alle Altersgruppen, und einer umweltgerechten Mobilität.

Die „Gartenstadt Berlin“ habe erhebliche Vorteile gegenüber anderen europäischen Metropolen, stimmt ein anderer Teilnehmer zu. Bewohner und Regierung müssen gemeinsam daran arbeiten.

Weitere Aspekte zu diesem Thema finden sich in den folgenden Wikis:

- Familienfreundliche Verkehrsgestaltung
- Familienfreundlicher ÖPNV
- Grünflächen erhalten und fördern

4.2.2 Zusammenleben der Generationen

Beteiligte:

Nikola Harnisch, eismeerblau, Max Thomas Mehr, Christel Helga, Thea

Kurzbeschreibung:

Auch die älteren Mitbürger/innen gehören zu unseren Familien. Manche Berlinerinnen und Berliner versorgen nebenbei auch noch Elternteile oder andere pflegebedürftige Familienmitglieder. Daher stellt sich die Frage, inwiefern es sich in Berlin gut alt werden lässt, wie das Zusammenleben unterschiedlicher Generationen gefördert werden kann und wo es Verbesserungsmöglichkeiten gibt.

Langfassung:

Zum Thema Alt werden und Zusammenleben der Generationen wurden bislang hauptsächlich die folgenden Aspekte angesprochen:

Altersgerechte Gestaltung der Wohnungen/Häuser

Zum Thema Alt werden in Berlin wird bedauert, dass die meisten Häuser keinen Fahrstuhl aufweisen. Insbesondere in Zehlendorf sei es besonders schwierig, eine nette Wohnung zu finden, die auch noch einen Fahrstuhl hat. Dies wiederum sei aber für ältere Bewohner/innen sehr wichtig.

Zusammenleben der Generationen

Eine gute Mischung von Altersgruppen und Zusammenlebensformen in den Wohnbereichen ist in vielen Bezirken Berlins sehr angenehm. Viele Wohnungsgesellschaften haben Programme zur Förderung der sozialen Mischung. Diese sollten weiter unterstützt werden.

Es gäbe keine Stadt in Deutschland, und nur wenige in Europa, in der so viele Wohnungen in städtischem Besitz sind wie in Berlin (weit über 200.000). Daher stellt sich die Frage, warum mit diesem städtischen Wohneigentum nicht mehr familienfreundliche Modelle ausprobiert werden?

Zum Beispiel: kinderfreundliche Mietshäuser, die wirklich „Mehrfamilien“-Häuser sind, mit gemeinsamen Freizeit-Betreuungsräumen und Höfen, Gärten für die Kinder, Trockenböden für die Wäsche und Waschmaschinen im Keller. Je mehr Familien mit Kindern in einem Haus leben, desto größer sind die Entlastungschancen für die einzelne Familie, den Alltag zu bewältigen - insbesondere für Alleinerziehende. Gerade in den innerstädtischen Bezirken wäre allerdings eine größere Familienfreundlichkeit bei den „privaten“ Hausbesitzern festzustellen.

Dagegen sollten sich die städtischen Wohnungsbaugesellschaften besonders stark bei Mehrgenerationenhäusern engagieren. Es kostet kein zusätzliches Geld, da die Stadt diese Wohnungen und Häuser besitzt und Miete bekommt.

Dazu lieferte der Familienbeirat folgenden Hinweis: Der **Preis „Familien-Freunde 08“** wurde vom Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf und der Plattform Marzahn-Hellersdorf zum zweiten Mal ausgelobt. Die lokalen Wohnungsunternehmen waren aufgefordert, sich mit Projekten und Angeboten, die unmittelbar die Wohnsituation von Familien verbessern oder ihnen bei der Bewältigung des Alltags Unterstützung leisten, zu bewerben. Der Berliner Familienbeirat hält diesen Wettbewerb für ein gutes Beispiel, das zum Nachahmen anregen sollte. Preisträger und gewürdigte Projekte sind unter <http://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/aktuelles/presse/archiv/20080923.1225.109929.html> nachzulesen.

Auch andere Teilnehmende betonen, dass der Kontakt zwischen den verschiedenen Generationen erhalten und sichergestellt werden muss, damit alle auch die Bedürfnisse, Wünsche, Interessen der jeweils anderen kennen, mit ihnen darüber sprechen und sich im Idealfall gegenseitig unterstützen. Das gegenseitige Kennen/Kennenlernen könnte so manchen Disput aus der Welt schaffen.

Partnerschaften/Netzwerke/Ehrenamt

Da allgemein wesentlich mehr Betreuungs-/Freizeitangebote für Schulkinder und Jugendliche erforderlich sind, sollte der Senat, so eine Teilnehmerin, verstärkt Werbung dafür machen, wo im sozialen Betreuungsfeld ehrenamtliche Helfer gebraucht werden. Viele ältere Menschen würden sich gern engagieren. So seien zum Beispiel die Lesepatzen ein tolles Projekt, wo Alt und Jung sich gegenseitig helfen.

Andere wünschen sich Partnerschaften zwischen hilfebedürftigen Menschen, seien es Kinder oder ältere Menschen. Hilfebedürftigkeit könne vieles einschließen: Armut, Einsamkeit, Behinderung, Dinge, die im Alter nicht mehr bewältigt werden können. Aufgrund der Vielfalt benötigen diese Partnerschaften, so eine Teilnehmerin, eine zentrale Organisation und verantwortungsvolle Unterstützung.

Einführung einer Pflegestufe für Demenzkranke

Die Versorgung Demenzkranker im häuslichen Umfeld durch die Kranken- bzw. Pflegekassen ist nicht ausreichend. Es bedarf Verbesserungen, die für alle Beteiligten (Erkrankter, Angehörige, Kranken- und Pflegekasse sowie Pflegedienste) einen Gewinn darstellen. Durch das enge Punkteschema des MdK fallen Demenzkranke, welche körperlich oft noch sehr fit sind, aus dem Leistungskatalog heraus, erhalten keine Pflegestufe. Die Pflege bleibt weiter an den überlasteten Angehörigen hängen, die sich nicht selten verausgaben.

Die Verhinderungspflege stellt schon einen guten Ansatz dar, jedoch ist eine konstante Entlastung der Angehörigen über das gesamte Jahr wünschenswert. Angehörige fürchten sich, das Haus zu verlassen, da unklar ist, was der Demenzkranke vergisst bzw. unternimmt.

Pflegebedürftige, die möglichst lange zu Hause versorgt werden können, sind länger gesund, beschwerdefrei und haben vertraute Personen (bei dieser Erkrankung sehr wichtig) um sich. Darum die Forderung nach besserer Unterstützung, z.B. durch die Einführung einer Pflegestufe

für Demenzerkrankte oder Pflegeleistungen, die nicht durch finanzielle Vorleistungen der Angehörigen bestritten werden müssen, da das ärmere Angehörige oft abschrecke.

④ 4.2.3 Grünflächen erhalten und fördern

Beteiligte:

pavlos gerradidis, FamilieWilmer, Claudia Beutler

Kurzbeschreibung:

Grünflächen in Berlin sind ein knappes Gut und wichtig, um Kindern einen Bezug zur Natur und zu gesunder Nahrung zu vermitteln. Zudem erfüllen sie therapeutische Zwecke und bieten Raum für interkulturellen und generationenübergreifenden Austausch. Sie erhöhen damit die Lebensqualität in der Großstadt und müssen durch die Stadt besser geschützt werden.

Langfassung:

In Berlin mangelt es an Grünflächen und Gartenanlagen, die von Familien genutzt werden können. Diese sind wichtig, damit Heranwachsenden in der Großstadt ein Bezug zu Natur und gesunder Nahrung vermittelt werden kann. Zudem erfüllen Kleingartenanlagen heiltherapeutische Zwecke, etwa im Bereich von Demenz und Alterskrankheiten.

Die wenigen Kolonien und Gärten in Berlin werden nach Auffassung der Teilnehmenden von der Stadt zuweilen unreflektiert und vorschnell an Unternehmer und Investoren vergeben, ohne dass Anwohner in die Entscheidungsprozesse ausreichend eingebunden oder entsprechende Stellungnahmen der Anlieger gewürdigt würden. Auf diese Weise werde das frei zugängliche Stadtgrün in Berlin weiter eingeschränkt und der Kontrast zwischen Stadt und dem grünen Umland Berlins weiter verstärkt. Darüber hinaus sei das Stadtgrün auch hilfreich gegen die Feinstaubbelastung.

Der Bestand an Grünflächen ist über die Stadtteile hinweg sehr unterschiedlich und an den Mietpiegel gekoppelt. Die Nutzung von Grünflächen wird für Familien damit zunehmend zu einer finanziellen Frage und könnte Familien dazu veranlassen, in das grünere Stadtumland zu ziehen.

Zudem wird mit den Kleingärten und Grünanlagen auch ein wichtiger interkultureller und generationenübergreifender Begegnungsraum eingeschränkt, der für das Zusammenleben in Berlin einen wichtigen Faktor darstellt.

Kinder-Gärten

Viele Kinder, die in Berlin aufwachsen, wissen kaum, wie etwa Gemüse angebaut wird, wie

man mit Pflanzen nützliche Tiere anlockt, Lebensraum für Kleintiere und Vögel schafft. Daher werden neben den normalen Parks spezielle „Kinder-Gärten“ vorgeschlagen, in denen Kinder lernen, dass der Spinat nicht in der Kühltruhe wächst. In der Stadt sollten dafür Flächen vorgesehen werden. Vielleicht könnten auch die Kleingartenkolonien solche Gärten für Kinder bereit stellen. Auch für alte Menschen wäre ein solches Angebot wichtig. Bei Demenzkranken habe man festgestellt, dass solche Gärten eine sehr gute Therapiemöglichkeit darstellen. Generell sollte es Kindern und Jugendlichen erlaubt sein, Grünflächen auch zu benutzen oder auf Bäume zu klettern, ohne gleich Verbote zu hören.

🕒 4.2.4 Familienfreundlicher ÖPNV

Beteiligte:

Margaretha, kopenhagenmama, fwoellert, filjakova, Gabriele Gawel-Thomas

Kurzbeschreibung:

Zum Thema ÖPNV wurde hauptsächlich die teils fehlende Ausstattung mit Rolltreppen und Aufzügen angesprochen, die Fahrten mit Kinderwagen erschweren. Darüber hinaus aber auch fehlende Spielmöglichkeiten.

Langfassung:

Die Familienfreundlichkeit des ÖPNVs könnte durch eine bessere Zugänglichkeit von öffentlichen Wegen und generell für Personen mit Kinderwagen verbessert werden.

Mütter und Väter mit Kinderwägen, aber auch ältere Menschen sowie gesundheitlich geschädigte Menschen brauchen mehr Rolltreppen und Aufzüge auf den Berliner U- und S-Bahnhöfen. Mindestens jede 2. Station einer Strecke sollte damit ausgestattet sein, damit für Eltern mit Kleinkindern umweltbewusste Mobilität möglich ist. Mit Kinderwagen in der BVG unterwegs zu sein, gleiche heute einem Glückspiel – leider helfen nicht immer andere Leute im Berufsverkehr beim Erklimmen der Treppe.

Berlin könnte sich durch Investitionen an den entsprechenden Bahnhöfen nicht nur familien- sondern auch umweltpolitische Meriten erwerben, indem es eine barrierefreie und auch mit Kinderwagen nutzbare Gestaltung des ÖPNVs vorantreibt.

Da häufig Züge Verspätung haben, oder sogar ganz ausfallen, könnte ein Spielplatz oder eine Spielecke im Bahnhof die Zeit für Kinder gut überbrücken, beispielsweise am Hauptbahnhof oder Zoo.

Eine Teilnehmerin würde sich über eine unentgeltliche Nutzung der öffentlichen Nahverkehrsmittel freuen.

Hinweise zu familienunfreundlichen ÖPNV-Anlagen:

- Rolltreppen fehlen an den U-Bahnhöfen des östlichen Teils der U2 und der U1 (Kreuzberg, Prenzelberg).
- Am U-Bahnhof Platz der Luftbrücke muss man den Kinderwagen zwei Treppen runtertragen.
- Ein besonders gutes Beispiel für fehlende Aufzüge ist der Kurt-Schuhmacher-Platz in Reinickendorf. Dort steigt man auf dem Weg zum Flughafen von der U 6 in den Bus um. Mit Kinderwagen incl. Kind und Gepäck ist man ohne Aufzug aufgeschmissen.

🕒 4.2.5 Familienfreundliche Verkehrsgestaltung

Beteiligte:

Familie Wilmer, mamaton, Katharina Körting, Margaretha, paula74, dustin, Hans Hagedorn, Nikola Harnisch, Stefan Hinz, Katharina

Kurzbeschreibung:

Zum Thema familienfreundliche Verkehrsgestaltung wurde mehrfach angemerkt, dass es zum Teil schon dadurch besser würde, wenn bestehende Regelungen wie die 30-Zone auch tatsächlich eingehalten werden. Andererseits gibt es aber auch andere Aspekte, die bislang noch nicht hinreichend berücksichtigt wurden, unter anderem vernünftige Fahrradwege.

Langfassung:

Zum Thema familienfreundliche Verkehrsgestaltung wurden bislang die folgenden Vorschläge und Ideen eingebracht:

Durchsetzung der 30er Zone

Die vorhandenen Geschwindigkeitsbeschränkungen in Wohngebieten und von vielen Kindern frequentierten Straßen (Beispiel Charlottenburg) sollten eingehalten und verstärkt kontrolliert werden. Oft würden diese Wohnstraßen, wenn sie gerade „günstig“ für die Autofahrer liegen, als Nebenrennstrecke parallel zu dicht befahrenen Hauptstraßen benutzt werden, was die Kinder stark gefährdet. Vielleicht könnten genau solche Straßen in Fahrradstraßen umgewandelt werden. Grundsätzlich sollte die Polizei stärker die Einhaltung der Verkehrsberuhigung kontrollieren und gegebenenfalls Verstöße auch schärfer bestrafen.

Ideen zur Förderung der Sicherheit

- Wohnstraße müssen so gestaltet sein, dass auch Kinder sie sicher überqueren können – also

mehr 30 Zonen oder gleich verkehrsberuhigt.

- Verkehrsreiche Straßenkreuzungen brauchen entweder Ampeln oder zu mindestens Zebrastrifen.
- Die Sicht in Kreuzungsbereichen muss frei sein und darf nicht durch parkenden Autos oder Bepflanzungen versperrt sein.
- Konzeption von Ampeldruckknöpfen, die auch für kleine Kinder in der Höhe erreichbar sind.

Einrichtung von Familienparkplätzen

Häufig sind Parkplätze im öffentlichen Raum zu beengt konzipiert. Daher wird für die Einführung von Parkplätzen plädiert, die etwas breiter als üblich sind (zum Einladen von Kinderwagen/-baby-safe und der Kinder selbst), nah am jeweiligen Einkaufsort bzw. im Parkhaus nah am Fahrtstuhl liegen, damit man sicher und schnell die jeweiligen Parkflächen verlassen kann. Eigentlich eine Maßnahme, die schnell und einfach umgesetzt werden könnte. Es bräuchte vermutlich nur eine „Widmung“ der ausgewählten Flächen durch die Strassenverkehrsbehörde etc. zu so genannten „Familienparkplätzen“.

Dem wird jedoch entgegen gehalten, dass die Definition von Familien (könnte ja auch der Vater mit seinem 17-jährigen Sohn sein) ein solches Unterfangen erschweren und letztlich alle gesellschaftlichen Gruppen mit dem gleichen Recht Parkplatzkontingente verlangen könnten. Außerdem drohe Missbrauch.

Nächtliche Verkehrsberuhigung

Ampeln in Nebenstraßen, die den Verkehrsfluss eher behindern und durch das lautere Anfahren der wartenden Fahrzeuge zu einer erheblichen Lärmbelastigung führen, könnten bereits früher als um 23 Uhr abgeschaltet werden, um Lärm zu vermeiden.

Bessere Fahrradwege

Da in vielen Gegenden Berlins eine durchgängig fahrradfreundliche Weggestaltung nicht sinnvoll umsetzbar sei, schlägt ein Teilnehmer vor, den Fahrradfahrern auf andere Weise gleiches Recht wie Autos einzuräumen.

Dieses funktioniere seines Erachtens nur mittels Geschwindigkeitsbeschränkungen auf 30 km/h und härteren strafrechtlichen Sanktionen bei Körperverletzung. Wenn ein unachtsames Kind oder ein sich selbstmörderisch verhaltener Radfahrer (kennt jeder in Berlin) dafür sorgen kann, dass ein Autofahrer bis zum Gerichtsprozess monatelang nicht Auto fahren darf, werden Autofahrer sicherheitshalber sehr viel vorsichtiger fahren, insbesondere dort, wo Kinder vor die Motorhaube laufen könnten.

Ansonsten scheinen in der Stadt teilweise familiengerechte Fahrradwege zu fehlen:

- Am Tempelhofer Damm fehlen Fahrradwege, was das Fahren mit Kindern sehr gefährlich macht.
- Zehlendorf-Mitte, Lichterfelde West, Dahlem, Schmargendorf fallen durch mangelnde Fahr-

radwege auf, wobei von einer anderen Teilnehmerin angeführt wird, dass der Bereich rund um den S-Bahnhof Berliner Str., Unter den Eichen, Clayallee etc. in Zehlendorf-Mitte gut mit Fahrradwegen ausgestattet und als Fahrradfahrer gut nutzbar sei. Im Bereich Schlosstrasse in Steglitz bzw. Hauptstrasse in Schöneberg herrsche dagegen ein unangenehmer und gefährlicher Zustand für Fahrradfahrer. Für die Schlosstrasse zeigt sich aber bald Besserung: Die Pläne zum Ausbau der Schlosstrasse beinhalten die Einführung einer Busspur mit dem sog. Fahrradangebotsstreifen. Allerdings setze das voraus, dass Autofahrer/innen diese Spur nicht ständig als Parkraum nutzen und damit den Verkehrsfluss unübersichtlich gestalten.

➔ 4.3 Unterforum Freizeit & Vergnügen

⦿ 4.3.1 Freizeitangebote für ältere Kinder/Jugendliche

Beteiligte:

Claudia Beutler, Jutta, Sabine H., TanjaH, paula74, AMaido, Thea, Udo Lihs, Patricia Busmann, Nikola Harnisch, Beate-TK

Kurzbeschreibung:

Nach Auffassung der Teilnehmenden mangelt es an Unterstützung von Eltern mit größeren bzw. jugendlichen Kindern. So wurden beispielsweise die wegfallende finanzielle Unterstützung bei Kindern ab 12 oder spätestens 14 Jahren (Beispiele Schulbücher, Medikamente, Eintrittermäßigungen) thematisiert, aber auch der Mangel an attraktiven und günstigen Freizeitangeboten. So gebe es kaum Ganztagschulen oder Orte, an denen Jugendliche sich austoben könnten. Freiflächen sind oftmals abgesperrt oder durch andere Aktivitäten belegt. Angeregt wurden zum einen mehr öffentliche Basketball- und Fußballplätze, kostenfreie oder günstige Angebote für Kampfsport (z.B. Kickboxen), Schul-AG's am Schulen und kulturelle Angebote wie Manga-ausstellungen und Lesungen.

Langfassung:

In diesem Zusammenhang wird festgestellt, dass Herausforderungen bzw. das Zusammenleben von Familien mit älteren Kindern/Jugendlichen selten thematisiert würden. Generell wünschen sich die Eltern auch mehr Verständnis und geeignete Räume für diese Kinder.

Geeignete und altersgerechte Freizeitangebote

Es fehlt in der Stadt an geschützten Räumen für Jugendliche. Jugendliche möchten sich in einer bestimmten Altersspanne zurückgezogen unter sich versammeln, um zu reden, rumzuhängen, mit sich und den Gleichaltrigen Dinge ausprobieren, Wände bekritzeln, balgen und

tanzen. Leider gibt es dazu fast nur noch teure kommerzielle Orte oder der Zugang ist verboten. Jugendklubs in Schulen, Nachbarschaftszentren, Kulturhäusern, die frei und ohne große Kosten zugänglich sind und professionell betreut sind, wären ganz wichtig für das selbstbewusste und gesunde Aufwachsen unserer Jugendlichen.

Während Spielplätze für kleine Kinder oftmals in ausreichender Anzahl und auch guter Qualität zur Verfügung stünden, gäbe es dagegen erheblich weniger altersgerechte Freizeitangebote für ältere Kinder und Jugendliche wie beispielsweise mehr Basketball- und Fußballplätze, kostenfreie oder günstige Angebote für Kampfsport (z.B. Kickboxen), vielleicht als AG's an Schulen – und kulturelle Angebote z.B. Mangaausstellungen und Lesungen, AG's zum gemeinsamen PC-spielen. Durch den Mangel an solchen Möglichkeiten ist es schwierig, die Kids an die frische Luft zu kriegen. Glücklicherweise sind diejenigen, die zum Beispiel einen Sportplatz in der Nähe vorfinden, wenn der allerdings vorwiegend von Vereinen genutzt wird, sei es schwierig, dort Platz zum Spielen zu finden. Bolzplätze sind auch zu wenige vorhanden. Darüber hinaus fehle es an Angeboten für Mädchen, so dass die Freizeit vielfach am Computer verbracht werde.

Beispielsweise an der Ecke Südend-/Plantagenstr. gibt es eine ungenutzte Fläche, die einmal einem Kindergarten als „Garten“ gedient hat. Seitdem der ansässige Kindergarten 2005 geschlossen wurde, verwahrlost das Gelände, welches nahezu perfekt gerade für etwas ältere Kinder sei. Denn es ist rundum eingezäunt, man könnte Fahrrad fahren und Ball spielen, sich in den Büschen verstecken usw. Inzwischen fragen sich die ansässigen Jugendlichen, warum diese Fläche nicht genutzt werden kann (das Gelände ist abgeschlossen).

Ein Teilnehmer mahnt an, dass Kampagnen in Berlin sich an Erwachsene richten, während die Kinder hier nicht als Bürger der Stadt Berlin auftauchen. Es wäre aber an der Zeit, Kindheit, Jugend und Familie in Berlin aufzuwerten! Kinder sind nicht Zukunft, Kinder sind da und brauchen jetzt Materialien, Räume, Instrumente, Fussbälle, Computer, Zeit und vor allem Ermutigung. Und da es so viele positive Beispiele von engagierten Jugendlichen gäbe, sollte darüber auch mal berichtet werden, statt immer nur über die negativen Fälle, damit generell ein positiveres Bild der Jugendlichen entsteht.

Generell sollte der Senat laut einer Teilnehmerin ordentlich Werbung machen, wo im sozialen Betreuungsfeld ehrenamtliche Helfer gebraucht werden, die Lesepaten seien z.B. so ein tolles Projekt, über das die Menschen aber auch informiert werden müssen.

Freizeitangebote für Jugendliche sollten grundsätzlich rauchfrei sein.

Schwimmbäder erhalten und ausbauen

Dem Sparzwang in Berlin seien auch viele Schwimmbäder zu Opfer gefallen. Und die verbleibenden sind gerade für Familien nicht gerade preiswert (trotz Familienkarten und Familienpass). Dabei sei es wichtig, dass jedes Kind dieser Stadt die Möglichkeit hat, vor dem Schulschwimmen bereits schwimmen zu lernen. Das Schulschwimmen fällt häufig wegen Personalmangel oder zu geringer Hallenkapazität aus und kann daher nicht als verlässlich angesehen werden.

Schwimmschulen kosten viel Geld, was die Trennung von Arm und Reich verstärke. Schwimmen sei aber eine schöne Freizeitbeschäftigung, die außerdem noch der Gesundheitserhaltung diene. Das sollte aus der öffentlichen Hand finanziert werden. Da Urlaub für viele Familien zum Luxus geworden ist, werden die öffentlichen Schwimmbäder mehr denn je gebraucht. Da aber ein Bad nach dem anderen schließt, wird die Nutzung dieser Angebote immer schwieriger und umständlicher.

Finanzielle Belastung

Ein weiterer wesentlicher Aspekt in diesem Kontext sei die fehlende finanzielle Unterstützung bzw. der Wegfall zahlreicher Vergünstigungen, obwohl die Kinder und Jugendlichen weiterhin Angebote wahrnehmen. Dies betrifft in einem noch größeren Maße speziell die Familien mit mehreren Kindern, Alleinerziehende und Personen mit einem geringen Verdienst, der knapp oberhalb der „Armutrisikogrenze“ liegt.

Genannt wurden die folgenden Beispiele:

- Mit dem Familienpass hat ein 18-jähriges Kind keine Eintrittsermäßigung mehr, selbst wenn es noch Schüler ist und das nachweisen kann, auch der Ferienpass gilt nicht mehr.
- Die Schulbücher müssen selbst bezahlt werden
- ab 14 Jahren müssen auch die Medikamente bezahlt werden, Extras wie Zahnspangen werden teuer.
- Es gibt kaum Freizeitangebote für ältere Kinder, die kostenfrei oder auch nur günstig wären.
- Eintrittspreisermäßigungen für Veranstaltungen enden auch im Alter von 12 oder max.14, da können sich Familien Kultur kaum noch leisten.
- Der Unterhaltszuschuss fällt bei 12-jährigen weg
- Familien mit einem gerade eben zu hohen Einkommen, um ergänzendes Hartz IV oder Kinderzuschlag beantragen zu können, können nicht für die Ausbildung der Kinder vorsorgen oder ihnen aus eigener Kraft Musikunterricht oder andere entwicklungsfördernde Angebote ermöglichen.
- Eine BVG-Monatskarte für Elternteil und zwei Kinder kostet mehr als 100 Euro, Schulbücher und Material, Klassenfahrten etc. müssen bezahlt werden.

Die Eltern älterer Kinder wünschen sich folgende Hilfen:

- Befreiung von der Zuzahlung für Medikamente für Kinder ohne eigenes Einkommen,
- Schulbücher von der Schule,
- größere Freibeträge für Alleinerziehende,
- mehr attraktive und günstigere Freizeitangebote für Jugendliche sowie vom Senat abgesicherte und finanzierte Jugendklubs,
- Ganztagschulen inklusive dem Angebot gesunder Ernährung, für die die Eltern auch zu zahlen gewillt sind,
- der Unterhaltsvorschuss sollte nach Aussage einer Teilnehmerin nominell und unabhängig vom Beantragungszeitpunkt sechs Jahre bezahlt werden. Durch die bisherige Regelung seien Alleinerziehende benachteiligt, die sich nicht „früh genug“ haben scheiden lassen, son-

dern erst, wenn ihre Kinder älter sind.

- Aktionen wie die in NRW („Jedem Kind ein Instrument“) oder freier Eintritt in Schwimmbäder für alle nicht selbst verdienenden Kinder und Jugendliche,
- die BVG-Karten für Familien deutlich günstiger anzubieten, um Familien zu belohnen, die kein Auto benutzen und auf diese Weise das Klima schützen,
- Bildungsgutscheine, damit Kinder sinnvolle Hobbies und Freizeitbeschäftigungen haben können.

Positive Beispiele: Die Berliner Sportvereine tun in dieser Hinsicht viel Gutes und die Berliner Staatlichen Museen gewähren Kindern und Jugendlichen seit kurzem freien Eintritt.

Zeitliche Belastung

In den unteren Klassen des Gymnasiums ist die Belastung so groß, dass die Kinder kaum noch in der Lage sind, in die Sportvereine zu gehen oder z.B. am Konfirmandenunterricht teilzunehmen. Das Familienleben leidet bei einer 35 Stunden-Woche Schule plus Vor- und Nachbereitung des Unterrichts enorm, die Kinder leben wie Vollzeitarbeitende, und kommen kaum noch zu Freizeit und Sport. Die Sportvereine stöhnen, dass die Trainingsbeteiligung insbesondere der 12-15jährigen aufgrund der Schulbelastung so schlecht ist. Die Trainingszeiten müssen später angesetzt werden, es gibt aber nicht genug Plätze oder Hallen. Langfristig wird das auch Auswirkungen auf den Leistungssport haben. Einige Kirchen bietet aus diesen Gründen jetzt samstags Konfirmationsunterricht an.

🕒 4.3.2 Ferienangebote

Beteiligte:

Jutta, iko, SingleParent, karinum, Claudia Beutler

Kurzbeschreibung:

Fehlende Angebote für Kinder und Jugendliche insbesondere in den langen Schulferien führen immer wieder zu Problemen. So wurde unter anderem vorgeschlagen, dass Schulen und andere Träger auch in diesen Zeiten Angebote aufrechterhalten.

Langfassung:

Die Länge der Schulferien, die nicht mit dem Urlaub der Eltern abzugleichen ist, führt bei Familien zu Problemen.

Zwar gäbe es eine Menge Angebote, wie z.B. Feriencamps, aber nur sehr wenige Angebote seien erschwinglich. Leider fallen in den Ferien auch die meisten Angebote der Sportvereine

weg, da diese auf die Schulsporthallen angewiesen sind, die in den Ferien geschlossen sind.

Oft wird doch beklagt, dass Jugendliche Straftaten begehen, weil sie nichts mit sich anzufangen wissen. Dagegen könnte viel getan werden, z.B. in Form von Projekten (Sport, Musik, Stadterkundung, Computer, Sprache etc.), die von den Schulen oder anderen Trägern angeboten werden. Vielen Eltern wäre wesentlich wohler, wenn sie wüssten, dass ihre Kinder auch in der Ferienzeit für ein paar Stunden täglich etwas Sinnvolles zu tun haben.

Konkrete Ideen:

Zur Behebung dieser Problematik werden verschiedene Projekte vorgeschlagen:

- ein Projekt wie z.B. die „Inkas“, ein kommerzielles Berliner Angebot, das pro Tag ca. 30 - 40 Euro kostet. Dort werden jeden Tag verschiedene Ausflüge angeboten.
- Ein anderes Beispiel liefert das Nachbarschaftsheim Schöneberg, die in jeder Ferienwoche ein neues Projekt (z.B. Theater, Film, Musik, Zirkus, etc.) anbieten. Der Preis ist sehr moderat, 20 Euro pro Woche, daher sehr beliebt und schnell ausgebucht. Die Betreuung erfolgt von 10 - 16 Uhr. Das Angebot richtet sich an Kinder von 8 - 13 Jahren.
- eine zentrale Datenbank für alle städtischen, privaten und kommerziellen Angebote rund ums Kind, die auch über spezielle Ferienangebote informiert, um die Eltern von aufwändigen Rechercharbeiten zu entbinden.
- Eine gute Maßnahme wäre auch, wenn alle Grundschüler (auch nach der 4. Klasse) zumindest die Ferienangebote des Hortes weiter nutzen können. Evtl. für einen kleinen Obolus von ca. 10 Euro für die gesamten Ferien. Die Ausflüge muss man ja sowieso selbst zahlen.
- Ferienpass auch für ältere Jugendliche anbieten.

🕒 4.3.3 Familienfreundliche Spielplätze

Beteiligte:

MissyD., Inka, SingleParent, Claudia Beutler, Margaretha, Paula 74, Beate-TK

Kurzbeschreibung:

Zum Thema Berliner Spielplätze wurden einige Vorschläge eingebracht, die von mehr öffentlichen Toiletten bis hin zu Teilüberdachung reichen.

Langfassung:

Zum Thema familienfreundliche Spielplätze in Berlin wurden die folgenden Ideen und Verbesserungsvorschläge eingebracht:

- Es werden mehr öffentliche Toiletten an Spielplätzen benötigt, um den Aufenthalt angenehmer zu machen.

- Auslegung von Bodenplatten, die zu Spielen wie Himmel-und-Hölle und Ähnlichem anregen und ein sommerlicher Plantschbrunnen.
- Mehr kleine Spielecken an breiteren Gehwegen (z.B. Wipptiere), Spielecken auf Bahnhöfen (wie z.B. dem Hauptbahnhof) und Flughäfen sowie in öffentlichen Bereichen/Ämtern, um Wartezeiten überbrücken zu können.
- Eine Teilüberdachung von Spielplätzen wird vorgeschlagen, um Spielplätze trotz Regen nutzen zu können.
- Konkreter Hinweis zum Bezirk Lichtenberg (OT: Friedrichsfelde): insgesamt immer weniger und schlecht gewartete Spielplätze und diese teilweise durch Einzäunung nur noch für direkt dort ansässige Kinder zugänglich.
- Spielplätze, sowie alle öffentlichen Aufenthaltsorte für Kinder (auch Freilichtveranstaltungen, die hauptsächlich von Familien mit Kindern besucht werden) sollten grundsätzlich rauchfrei sein.
- Kinderspielplätze zu Generationenspielplätzen weiterentwickeln, wie sie z.B. im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf existieren.

5. Livediskussionen

➔ 5.1 Livediskussion mit Prof. Dr. Haci-Halil Uslucan

Prof. Dr. Haci-Halil Uslucan ist Migrationspsychologe und diskutierte am 18.11.2008 mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern über das Thema Zusammenleben zwischen deutschen Familien und Familien mit Migrationshintergrund, sowie über gelingende und hemmende Faktoren für dieses Zusammenleben in Berlin.

Die unterschiedlichen Diskussionsstränge werden nachfolgend aufgeführt.

Moderation: Herzlich Willkommen!

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Uslucan, wir begrüßen Sie ganz herzlich bei dem Online-Dialog „Zusammenleben in Berlin“ und freuen uns, dass Sie sich heute für diese Live-Diskussion zur Verfügung stellen.

Bevor wir uns Berlin zuwenden, möchte ich Sie gern fragen, was unter Migrationspsychologie zu verstehen ist und womit Sie sich genau befassen? Viele Grüße, Birgit Hohberg (Moderation)

Uslucan: Grüße Sie herzlich zurück.

Die Migrationspsychologie befasst sich zwar vorwiegend mit dem Erleben und Verhalten von Menschen, die ihr bisheriges Umfeld wechseln und in einem neuen Land leben; aber umfassend hat sie sich auch zu beschäftigen mit den Veränderungen, die durch eine Migration in der Aufnahmegesellschaft statt finden; so z.B. die Wahrnehmung, das Erleben des Anderen; Gefühle von Bedrohung, aber auch Relativierungen des Eigenen.

Paula74: Neue Berlin-Studie zeigt überraschend positives Bild der Integration in Berlin

Passend zu Ihrem heutigen Thema habe ich im Tagesspiegel gelesen, dass die Hertie-Stiftung eine neue Berlin-Studie veröffentlicht hat. Berlin, seine Bewohner/innen und die Stimmung in der Stadt sind ziemlich gut weggekommen. Die subjektive Stimmung der Berliner sei erheblich besser als zu erwarten war. Wirklich positiv überrascht hat mich das Ergebnis, dass 61 % der Deutschen und sogar 77 % der Migranten ihre Kontakte untereinander als positiv bewerten. Nur 1 % hat diese als ausdrücklich negativ bewertet.

Sehr geehrter Herr Prof. Uslucan, sind Sie ebenfalls überrascht? Oder decken sich diese Ergebnisse mit Untersuchungen anderer oder Ihrer eigenen? Berlin war ja bis vor kurzem ein Symbol von gescheiterten „Multi-Kulti-Ideen“ und Ausdruck von Parallelgesellschaften...

Uslucan: Nein, das belegen auch unsere Studien; sowohl in Berlin als auch in Niedersachsen zeigt sich, dass die stärkste Orientierung der von uns befragten türkischstämmigen Schüler und Eltern die Integration favorisieren.

Die Rede von Parallelgesellschaften hat häufig etwas Gehässiges; vielfach bricht sie auch Gesellschaft auf einige wenige Aspekte herunter und glaubt, dort unvereinbare Lebensmuster zu sehen. Integration ist ein fortwährender Prozess; deshalb ist es auch begrifflich falsch, von einem laufenden Prozess zu sagen, er sei gescheitert (so, wie es einige „Multi-kulti“ Gegner gern tun).

Moderation: Sehr geehrter Herr Uslucan, woran meinen Sie liegt es, dass es so anders wahrgenommen wird? Wer trägt dazu bei, dass ein solch schiefes Bild vermittelt wird? Viele Grüße, Birgit Hohberg (Moderation)

Uslucan: Berichterstattung über Migranten ist leider nach wie vor stark defizitorientiert. Dabei müssen wir uns einfach vor Augen führen, dass der größte Teil der Migranten völlig unauffällig lebt; aber auch einfach „normal“ zu sein, bedeutet für Migranten, eine viel stärkere Anstrengung, viel stärkere Syntheseleistungen im Alltag zu vollbringen als Einheimische. Das wird viel zu wenig honoriert. Nicht zuletzt gibt es auch exponierte Beispiele innerhalb der Migrantengemeinschaft, die latent rassistische Denkmuster bedienen und dabei im Gestus des „aufgeklärten, modernen“ Menschen prinzipielle Integrationsresistenz „nachweisen“ wollen, ohne die Mühe des Verstehens (der Lebensbedingungen und Traumata dieser Menschen) auf sich zu nehmen.

Georg: Multilingualer Unterricht

Guten Tag Herr Uslucan, In diesem Forum wurde bereits vorgeschlagen bilingualen Unterricht in den Schulen als Integrationshilfe anzuwenden. Dabei wurde an deutsch/arabisch bzw. deutsch/türkisch gedacht. Darüber hinaus ist sicherlich bilingualer Unterricht in deutsch/englisch sinnvoll um Kinder auf die Lebenswelt von Morgen vorzubereiten. Wie würden Sie einen solchen Vorstoß bewerten?

Uslucan: Gleichwohl das Englische nach wie vor dominant ist, ist natürlich für eine Stadt wie Berlin, wenn man den Lebenswelt der Kinder vor Augen führt, durchaus eine sinnvolle Maßnahme, auch Familiensprachen der Kinder zu fördern. Denn man kann nicht immer davon ausgehen, dass die Eltern ihre Herkunftssprache gut beherrschen und diese sprachliche Sozialisation zu Hause erfolgen kann. Zum anderen spüren arabische/türkische Kinder, dass ihre eigene Sprache weniger wertgeschätzt wird als beispielsweise eine Fremdsprache wie Englisch oder Französisch; das Ansetzen an diesen Sprachen fördert ja nicht nur diese Kinder, sondern wäre ja auch ein echter Gewinn für deutsche Kinder.

Georg: Über die Dominanz des Englischen und die Frage in wie fern diese ein Problem darstellt kann natürlich gestritten werden. Allerdings lässt sich unmöglich abstreiten, dass das Englische die lingua franca der heutigen und zukünftigen Berufswelt ist. Auf der anderen Seite schätze ich die integrative Wirkung der Muttersprache im Klassenraum ebenfalls als hoch ein. Also Trilingualer Unterricht? Oder überfordert dies die Lernenden?

Dustin: Fremdenfeindlichkeit

Hallo Herr Uslucan, anscheinend gibt es einen negativen Zusammenhang zwischen der Zahl der Einwohner mit Migrationshintergrund und der Ausländerfeindlichkeit. Gerade dort wo kaum so genannte Ausländer wohnen, scheint es die höchste Fremdenfeindlichkeit zu geben. Das wird dann zu einem selbstverstärkenden Prozess. Welcher Migrant zieht schon gerne als „Exot“ in eine Gegend, in der er nicht willkommen ist? Was müsste man Ihrer Ansicht nach tun, um da herauszukommen?

Uslucan: In der Tat haben Sie selber die Erklärung mitgeliefert; denn das zeigt, dass Vorurteile nicht immer auf tatsächliche (schlechte) Erfahrungen gründen, sondern vielfach auf Annahmen über den Fremden/Anderen. Deshalb ist ein erster Ansatz, mehr und differenzierte Informationen über die andere Seite (nicht nur populistische Pamphlete, die nur letztlich eigennutzorientiert Vorurteile verfestigen); andererseits weiß man in der Psychologie, dass Fremdverstehen über das Selbstverstehen erfolgt; deshalb ist es wichtig, vorurteilsgefährdete Menschen sowohl in ihrem eigenkulturellem Verständnis zu stärken aber auch auf den Umgang mit eigenen Schwächen und blinden/dunklen Flecken hinweisen. Gelegentlich wird der Andere/Fremde missbraucht, um eigene Wunden zu heilen.

Moderation: Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Uslucan, wie könnten Ihrer Meinung nach Ansätze aussehen, um diese Probleme zu beseitigen? Was können die Familien selber tun? Was muss die Stadt Berlin leisten? Viele Grüße, Birgit Hohberg (Moderation)

Uslucan: In der Stadt gibt es glücklicherweise auch eine Menge von Ansätzen, die z.B. die positiven Facetten von kultureller Vielfalt betonen, sei es in Trainingsmaßnahmen (Interkulturelle Kompetenz; Eine Welt der Vielfalt; Vorurteilsbewusste Erziehung etc.), sei es auch in Schulprojekten. Niedrigschwellige Orte an Schulen, Kitas, an denen Familien sich begegnen können, machen die Erfahrung, dass es nicht kulturelle Differenzen sind, die sie so sehr trennen. Hier sind natürlich auch deutsche Familien gefordert, sich auf Begegnungen einzulassen und nicht nur „Integrationsvorleistungen“ von den Anderen zu erwarten.

Miriam: Integration der Jugendlichen

Guten Tag Herr Prof. Uslucan, nun droht unsere Gesellschaft einen ganz großen Teil an Jugendlichen zu verlieren. In erster Linie Jungs mit Migrationshintergrund, die keine Perspektive sehen, keinen Abschluss machen und sich „ungünstig orientieren“. Wo sehen Sie da die Ursachen? Wie können wir diese Problematik überwinden?

Uslucan: Glücklicherweise ist es nicht der große Teil.

Was insbesondere die Jugendlichen mit Migrationshintergrund betrifft: so sind zum einen natürlich die Migrantengemeinschaften und die Familien aus einem wohlverstandenen Eigeninteresse heraus selber gefordert, noch stärker und vor allem früher (Kita, Vorschule) in Bildungsprozesse zu investieren; andererseits zeigen Forschungen, dass im Vergleich gut gebildeter Migranten mit gut gebildeten Einheimischen, dass Migranten deutlich stärker von Arbeitslosigkeit betrof-

fen sind (bei formal gleichen Abschlüssen); insofern muss auch ganz stark an der objektiven Benachteiligung, Diskriminierung von Migranten gearbeitet werden, wenn wir solche Schief lagen vermeiden wollen. Und hier sind gesellschaftliche Institutionen, aber auch Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft gefordert.

Miriam: Hallo Herr Prof. Uslucan, das ist natürlich die eine und richtige Sache, schon viel früher anzusetzen. Aber wie erreichen wir jetzt noch diejenigen, die schon von dieser Entwicklung betroffen sind?

Uslucan: Gerade Jugendliche mit Migrationshintergrund sollten in Schulen viel mehr Erfahrungen der Selbstwirksamkeit machen; das heißt: Schule als ein Ort erfahren, in dem sie auch eigene Kompetenzen zur Geltung kommen lassen. Schulen müssen insofern viel mehr auch individuelle Begabungen von Migranten erkennen und diese Stärken ausbauen. Bisher machen sie häufig eher Versagenerfahrungen; Lernen ist dann emotional negativ besetzt. Wenn dann im Umfeld auch stimulierende Beispiele fehlen, kann es aus Sicht der Jugendlichen durchaus auch eine rationale Option sein, statt über Bildung eher mittels kurzfristiger Beschäftigungsformen erwünschte Güter zu besitzen. Sie wollen unmittelbare Rückmeldung. Investition in Bildung zahlt sich meistens nur langfristig aus; daher wäre es sinnvoll, bereits in der frühkindlichen Erziehung und hier auch bei der Erziehung der Söhne - stärker die Momente der Leistungsmotivation, der Selbstständigkeit, der Frustrationstoleranz zu fördern.

Paula74: Da sprechen Sie einen für mich entscheidenden Punkt an. Ich finde es manchmal entsetzlich in Berlin unterwegs zu sein und männliche Kinder (!) oder Jugendliche als Machos zu erleben. Das Phänomen trifft nicht nur auf Jugendliche mit Migrationshintergrund, sondern in auch auf deutsche zu. Es wird unzweideutig zur Schau getragen, dass sie keinen Respekt haben bzw. geben wollen. Als Frau geht mir das besonders auf die Nerven und kostet mich immer wieder Überwindung und zum Teil auch ein bisschen Mut, z.B. einer Gruppe von Jungen auf dem Bürgersteig nicht auszuweichen oder beim Essen in einer Kantine, in der Jugendliche in Beschäftigungsmaßnahmen des Jobcenters arbeiten, um weniger lautstarkes Grölen zu bitten... Respekt wird doch in vielen Familien mit türkischem oder arabischem Hintergrund hoch angesehen. Wieso so wenig außerhalb der Familie? Wo kann da in der Erziehung angesetzt werden?

Uslucan: In der Tat wird Respekt - und auch Respekt der Mutter - in türkischen Familien als sehr bedeutend angesehen und als Autorität geachtet; aber das ist eine sehr affektive Beziehung. Sachautoritäten (Lehrer/Erzieher/Ausbilder) geraten in der Tat gelegentlich in Konflikte und spüren, dass sie als Autoritäten weniger ernst genommen werden. Eine Möglichkeit könnte darin bestehen, statt nur auf einer sachlichen Ebene eine Kommunikation auf der Beziehungsebene mit diesen Schülern zu beginnen, so etwa sie - statt direkt mit ihrem Verhalten zu konfrontieren, was sie dann leugnen/bagatellisieren würden nach ihrer Herkunft, ihrem Alltag, ihrem Namen, der Bedeutung ihres Namens etc. zu fragen. Wenn Sie es schaffen, eine affektiv getönte Beziehung herzustellen, haben Sie es deutlich leichter, sich auch eine Sachautorität zu verschaffen.

kid alex: Natürlich ist das Gepose von diesen Jugendlichen ätzend. Aber in der Sozialarbeit hieß es doch immer, falls das noch gilt, man müsse die Menschen „abholen“, wo sie sind. Geschieht das denn ausreichend? Oder täuscht der Eindruck, dass sich die Professionellen lieber die Hände nicht schmutzig machen, weil sie selbst angewidert sind? Anders gefragt: Sind Sie der Meinung, dass sich bei der Konzeption/Herangehensweise der Sozialarbeit was ändern müsste? Und zwar was?

Uslucan: In der Tat muss man hier im Einzelfall schauen und sich kritisch hinterfragen, ob nicht das Verhalten der beschriebenen Jugendlichen an den eigenen ideologischen Weltbildern so sehr rüttelt, dass man den Dialog erst gar nicht eingeht, sondern das Verhalten beim Moralisieren und Skandalisieren belässt.

Bekannt sind bspw. Fälle, wo gerade in der sozialen Arbeit besonders schwierige Klienten gemieden werden, weil sie bzw. deren Leid eigene Hilflosigkeit hervorruft.

Moderation: Vielen Dank für die angeregte Diskussion!

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Uslucan, wir danken Ihnen ganz herzlich für Ihren Einsatz in unserem Forum und die zahlreichen Informationen zum Thema Integration. Ich möchte auch den Teilnehmenden für ihr Interesse und Engagement danken. Zum Abschluss möchten wir noch darauf hinweisen, dass sich am 1. Dezember der Senator Prof. Dr. Zöllner hier im Forum für Ihre Fragen zur Verfügung stellen wird. Wir wünschen Ihnen allen einen schönen Abend, Birgit Hohberg (Moderation)

Uslucan: Gern geschehen; Danke Ihnen und auch den Teilnehmern des Forums für ihre engagierten Beiträge.

➔ 5.2 Livediskussion mit Senator Prof. Dr. Zöllner

Berlins Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Prof. Dr. Zöllner, diskutierte am 01.12.2008 mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern über das Thema „Weiterentwicklung der Berliner Schullandschaft“ und andere familienrelevante Themen.

Nachfolgend sind die unterschiedlichen Diskussionsstränge dokumentiert.

Moderation: Herzlich Willkommen!

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Zöllner, wir begrüßen Sie ganz herzlich bei dem Online-Dialog „Zusammenleben in Berlin“ und freuen uns, dass Sie sich heute für diese Live-Diskussion zur Verfügung stellen. Bevor wir uns dem Schwerpunkt zuwenden, wollten ich Sie gern mal fragen, welchen Eindruck Sie von der bisherigen Online-Diskussion haben? Viele Grüße, Birgit Hohberg (Moderation)

Prof. Dr. Zöllner: Interessant und breites Spektrum. Mich freut, dass Bildung heftig diskutiert wird.

Dustin: Schulreform

Hallo Herr Senator Zöllner, wie in den Medien zu lesen war, plant Berlin eine umfassende Schulreform. Die Hauptschule soll abgeschafft werden, genau wie das Prinzip der Gymnasialempfehlung von Lehrern und die Wahlfreiheit der Schulform durch die Eltern. Entscheiden sollen in Zukunft allein die Noten. Erwarten Sie jetzt Proteste von den Eltern?

Prof. Dr. Zöllner: Auf einem Beschluss des Abgeordnetenhauses hin soll ich die Vorstellung des Senates zur Weiterentwicklung der Schulstruktur in Berlin bis Ende des Jahres vorlegen. Eckpunkte meinerseits sind nach meinem Eindruck insofern positiv aufgenommen worden, da einige grundlegende Änderungen wie ein spezielles pädagogisches Angebot für Hauptschüler und auch eine organisatorische Verbindung mit anderen Schulformen nicht bestritten werden. Die Diskussion verläuft meines Erachtens ausgesprochen sachlich.

Paula74: Was finden Sie an Berlin familienfreundlich?

Sehr geehrter Herr Senator Zöllner, Sie sind ja noch nicht so lange in Berlin. Aber Sie haben die Stadt sicherlich auf sehr unterschiedliche Weise kennengelernt. Mich interessiert, was für Sie persönlich ein familienfreundliches Berlin ausmacht/ausmachen sollte? Meinen Sie Berlin müsste als Hauptstadt besondere Qualitäten haben?

Prof. Dr. Zöllner: Ja, hat es auch. Insbesondere im Bereich der Kitas. Ich kann das besonders gut beurteilen, da ich das Angebot wegen meiner Enkel in Rheinland-Pfalz und Hessen sehr gut kenne und auch junge Verwandte mit Kindern in diesem Alter in Berlin erlebe, die von Bayern oder Niedersachsen hierher gekommen sind. Alle schwärmen sie von dem quantitativen und qualitativen Angebot.

Ringelmann: Zustand unserer Schulgebäude

Sehr geehrter Herr Senator, wie auch andere hier schon sagten, ist der Zustand unserer Schulgebäude ja sehr schlecht. Die Toiletten oftmals unhygienisch. Warum kann das nicht behoben werden? Mit freundlichen Grüßen, Ringelmann

Prof. Dr. Zöllner: Äußere Schulangelegenheiten, dazu gehört auch das angesprochene Problem, sind Sache der Bezirke. Trotzdem fühlt das Land sich auch in der Pflicht, z.B., die Schulbaumittel für die laufende Bausanierung nach Möglichkeit aufzustocken.

Ringelmann: Sehr geehrter Herr Senator, bedeutet das, dass wir in absehbarer Zeit mit einer finanziellen Aufstockung rechnen können? Mit freundlichen Grüßen, Ringelmann

Prof. Dr. Zöllner: Ich werde mich besonders vor dem Hintergrund diskutierter Konjunkturprogramme auch dafür stark machen.

Dustin: Gemeinschaftsschule

Sehr geehrter Herr Senator, in diesem Forum hat der Vorschlag, in Berlin eine Gemeinschaftsschule nach skandinavischem Vorbild einzuführen, die meisten Stimmen erhalten. Was halten Sie davon?

Prof. Dr. Zöllner: Wir richten mehrer Gemeinschaftsschulen in Berlin ein. Ich glaube, dass sie ein innovatives Element in der Berliner Schullandschaft sein werden.

Moderation: Weiterentwicklung der Berliner Schullandschaft

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Zöllner, Sie möchten den Schwerpunkt in der heutigen Livediskussion auf die Weiterentwicklung der Berliner Schullandschaft legen. Inwiefern liegt Ihnen besonders dieses Thema am Herzen? Viele Grüße, Birgit Hohberg (Moderation)

Prof. Dr. Zöllner: Ausbildung und Motivation von Lehrerinnen und Lehrern ist mir wichtiger. Trotzdem müssen anstehende Strukturfragen auch geklärt werden, da die richtige Schulstruktur das Ziel der optimalen individuellen Förderung einzelner Schülerinnen und Schüler erleichtern kann und Chancengleichheit wahrscheinlicher macht.

Moderation: Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Zöllner, hier im Forum wurde vorgeschlagen und diskutiert, inwiefern bilinguale Schulen (Deutsch-Türkisch, Deutsch-Arabisch) oder Europa-Schulen zur Verbesserung der Integration beitragen könnten. Was halten Sie von dieser Idee? Viele Grüße, Birgit Hohberg (Moderation)

Prof. Dr. Zöllner: Es ist nicht nur eine Idee. Berlin ist hier schon weiter als andere Bundesländer. Wir müssen dieses nach Möglichkeit weiter ausbauen.

Moderation: Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Zöllner, inwiefern ist Berlin hier schon weiter als andere Bundesländer? Und welche Ansätze werden zukünftig ausgebaut? Viele Grüße, Birgit Hohberg (Moderation)

Prof. Dr. Zöllner: Weil wir mehr als andere haben.

Frank Becker: Multimediatechnik in den Grundschulen

Guten Abend Herr Zöllner, Multimediatechnik gibt es erfreulicherweise inzwischen auch in den Grundschulen, aber kaum Grundschullehrer die damit umgehen können. Die Lehrer sind in der Regel damit überfordert, neben dem Unterricht in den unteren Klassen auch noch die Technik zu bedienen. Hat der Senat Konzepte, hier den Hebel anzusetzen.

Meine Frage bezieht sich bewusst auf die Grundschulen, weil ab der 7. Klasse es dann ja den Informatikunterricht gibt.

Prof. Dr. Zöllner: Hier gibt es Weiterbildungsangebote. Wobei übrigens die Lehrerinnen und Lehrer entgegen landläufiger Meinung ausgesprochen weiterbildungsbereit sind. Die Weiterbil-

dung im Medienbereich ist aber nur ein Teil in dem aktueller Bedarf besteht. Das gilt es unter einen Hut zu bekommen.

Frank Becker: Ich kann Ihnen nur von meinen Erfahrungen berichten, ich stehe bei der Betreuung einer Computer AG in einer Grundschule 3 Tage in der Woche in der Unterrichtszeit den Lehrern zur Verfügung. Der Unterricht im PC-Kabinett findet in der Regel mit mir als technischen Quereinsteiger statt. Obwohl die Lehrer (über 45 Jahre) PC-Weiterbildungskurse besucht haben. Ich administrierte in der Schule das pädagogische IT-Netz. Nicht zu verwechseln bitte mit dem Verwaltungsnetz, das verbietet sich aus Datenschutzgründen. Dafür erhalte ich im Jahr eine Aufwandentschädigung von 300,00 €! Gerne würde ich eine pädagogische Weiterbildungsmaßnahme als technischer Quereinsteiger besuchen, aber da gibt es sicherlich keine Möglichkeiten? Viele Grüße, Frank Becker

Miriam: Integration der Jugendlichen mit Migrationshintergrund
Hallo Herr Senator Zöllner, ich habe diese Frage auch schon dem Professor Uslucan gestellt, würde aber auch von Ihnen gern hören, was die Stadt plant, um die Jugendlichen (oder besser die Jungen) mit Migrationshintergrund besser zu integrieren? Insbesondere über die Schulen?
Miriam

Prof. Dr. Zöllner: Ja, Sie haben Recht. Wir müssen uns in Zukunft besonders um diese Gruppe kümmern. Dies kann sicher nur durch eine Vielzahl von Maßnahmen erfolgreich sein. Von mehr männlichen Lehrern (Erzieher), möglichst mit Migrationshintergrund, bis hin zu Unterrichtsformen, die insbesondere bei Jungen leichter Erfolgserlebnisse ermöglichen, ist sicher ein Bündel von Maßnahmen nötig.

Miriam: Hallo Herr Senator, dann wäre da aber auch noch die Frage nach Maßnahmen gegen die zunehmende Gewalt an unseren Schulen. Was plant Berlin, um die Gewalt einzudämmen? Wie soll man seine Kinder ruhigen Gewissens zu Schule schicken? Miriam

Prof. Dr. Zöllner: Wir planen nicht, wir handeln schon. Es gibt eine Vielzahl von Anti-Gewalt-Programmen vor allen Dingen in den Grundschulen. Z.B. BUDDY, DENKZEIT, Streit-Schlichter-Programme und Präventionen durch Schulpsychologen. Auch die Weiterentwicklung der Hauptschule mit entsprechenden pädagogischen Angeboten wird dazu einen Beitrag leisten.

Miriam: Hallo Herr Senator, wie wird denn die Hauptschule weiterentwickelt? Miriam

Prof. Dr. Zöllner: 1. Zusätzliche Duales Lernen (d.h., zwei bis drei Tage in einem außerschulischen Lernort)
2. Ganztagsunterricht.
3. Verbindung der Hauptschule mit einer Realschule oder einer Gesamtschule, um unterschiedliche Begabungen und Interessen optimal fördern zu können.

Wendula Strube: Verbindliches Coaching während des Studiums für Lehrerinnen

Den Lehrerinnen muss geholfen werden. Meine Idee ein verbindliches Coaching der Lehrkräfte während des Studiums. Das Coaching sollte so abverlangt werden, wie das von Psychotherapeut/innen verlangt wird. Die Berufsgruppe der Psychotherapeut/innen darf erst selber heilen, wenn sie eine Langzeittherapie bewältigt hat. Selbstreflektion verhilft zu einer besseren Beurteilungsgabe von Schüler/innen, es macht frei von Vorurteilen und die Selbstreflektierte Lehrer/-in kann schulungsbegleitend durch Supervisionen einen Teil des Schulalltagsstresses abbauen. Die Therapie muss vor Lehramtsbeginn, die Supervision während der gesamten Beschulungszeit sein. Den Schüler/-innen käme das zu Gute, weil sie nicht durch einen unreflektierten Menschen beurteilt und beschult würden. Ich weis, dass das eine gewagte Forderung ist und sich sicherlich viele Lehrer/-innen angegriffen fühlen werden. Aber aus meiner Erfahrung mit Lehrer/-innen kann ich das allen Beteiligten nur wünschen. Ferner schützt es Lehrerinnen vor Verzweiflung. Die Mindestanforderung an eine Lehrer/-in dürfte wohl studienbegleitend ein Studium der Kinder- und Jugendpsychologie sein. Auch das ist bis heute keine Pflicht. Therapie würde außerdem die Lehrer/-innen agiler, stressfreier und stressresistenter machen, so dass sie nicht in den Vorruhestand zu gehen brauchen, was nachgewiesener Maßen oft der Fall ist. Sollten Sie ebenso wie ich, diesen Aspekt für wichtig erachten, bitte ich Sie für diesen Vorschlag zu voten. Dafür müssten Sie in der Menüleiste auf Vorschläge gehen und so Ihre Stimme abzugeben. Ebenfalls eingebrachte Vorschläge von mir sind „Zum Zwecke der besseren Integration von Migrantenkinder in unsere Gesellschaft und Abschaffung von Gewalttaten an unseren Schulen, mehr Europa- und Levante-Schulen“, sowie die „Sofortige Wiedereinführung der Vorschule“. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Prof. Dr. Zöllner: Ich kann doch nicht durch mein Votum etwas beeinflussen, was ich danach dann auch machen muss. Es gibt sicher viele Ansatzpunkte in der Lehrerausbildung, die man noch verbessern muss. Insbesondere, die Konfrontation mit der Realität, so früh wie möglich.

Wendula Strube: Sie finden also meinen Vorschlag gut? Ein Lehrerinnen-Coaching sollte verbindlich eingeführt werden, das hat viele Vorteile, die ich aufzeige. Sie können nicht Vorschläge zur Verbesserung an richtige Adresse einbringen? Das glaube ich nicht.

Es gibt schon einige Lehrerinnen die das praktizieren, warum nicht verbindlich für alle? Psychotherapeuten müssen das doch auch, bevor sie auf Erwachsene und Kinder „losgelassen“ werden. Warum mutet man Kindern das ohne weitere Praxisnähe zu, mit Menschen in Kontakt treten zu müssen, die nicht in der Kinderpsychologie ausgebildet, geschweige selbstreflektiert sind? Freundlichst, Wendula Strube

Eva-Catrin Reinhardt: Mittagessen

Sehr geehrter Herr Professor Dr. Zöllner,

wie positioniert sich der Senat zum Thema Mittagessen und Pausenregelung in den Berliner Gymnasien? Die Kinder haben meist bis 14.15 oder noch länger Schule, es gibt nach 12.00 keine lange Pause mehr. Die Lehrer klagen über eine zunehmende Unkonzentriertheit im Unterricht. Die Eltern und Ärzte beklagen einen zunehmenden Stress für die Schüler, der sich in

Kopfschmerzen und diversen psychophysiologischen Ausdrucksformen ausdrückt. Auch wenn dieses Thema Bezirkssache sein sollte, appelliere ich hiermit an den Senat im Sinne der Verantwortung für die Gesundheit unserer Kinder. Es ist ein sehr wichtiges Thema, welches auch im Hinblick auf zunehmende Erkrankungen, die mit Essen zu tun haben (z.B. Magersucht etc) absolut ernst genommen werden muss. Es reicht nicht, dass in 5 Jahren festgestellt wird, dass das Abitur nach der 12. Klasse ohne Entschlackung des Lehrplanes und neue Regelungen für Pausen und Mittagessen ein Fehler war. Wir müssen doch die Kinder vor vermeidbaren Schäden bewahren. Es ist auch etwas absurd, in anderen Ländern verhungern Kinder und bei uns... hat man einfach keine Zeit eine Mittagspause und ein warmes Mittagessen für unsere Kinder einzurichten. Bitte nehmen Sie das Thema sehr ernst, für unseren Nachwuchs. Vielen Dank und freundliche Grüße, Eva-Catrin Reinhardt

Prof. Dr. Zöllner: Ja, Sie haben Recht. Wir müssen auch in dem von Ihnen angesprochenen Gymnasien so schnell wie möglich, der Realität Rechnung tragen, dass faktisch hier über die Stundenplan-Gestaltung eine Ganztagschule entsteht. Deswegen habe ich mir schon einen Überblick verschafft, wo die nötige, von Ihnen angesprochene Infrastruktur fehlt. In ca. 30% der Berliner Gymnasien sind hier Investitionen nötig. Auch diese Problem steht noch vor mir. Sie sehen, ich habe mehr als eine Baustelle....wenn Sie die anderen Foren gelesen haben.

Eva-Catrin Reinhardt: Vielen Dank für Ihre Antwort. Ich bin mir sicher, dass es mehrere Eltern gibt, die sich auch engagieren würden, Problemlösungen für dieses Thema mit dem Senat gemeinsam zu erarbeiten. Zumindest ich biete mich dafür mit meinen Kompetenzen als Architektin, Projektentwicklerin und Investmentexpertin gerne an. Ich bin auch fest davon überzeugt, dass sich viele (auch andere Herausforderungen, vor denen Sie und die Gesellschaft stehen) sehr gut und lösungsorientiert und evtl. auch manchmal einfacher als man denkt lösen lassen. Das Problem ist letztendlich oft nur ein kommunikatives und die Verbindung der „richtigen Kabelenden“ für derlei Projekte. Ich denke unsere gesellschaftlichen Probleme benötigen integrative Lösungskonzepte und auch den Mut zum Experiment. Gerne können Sie mich kontaktieren, falls Sie Interesse haben, sich darüber auszutauschen. Viele Grüße, Eva-Catrin Reinhardt

Wendula Strube: Wiedereinführung der Vorschule

Die Vorschule wurde abgeschafft, die Kitas werden nicht von allen Kindern besucht. Ich bin für die Wiedereinführung der Vorschule in der Grundschule neben der Vorschule in den Kitas. Dadurch würden beide Modelle den verschiedenen Ansprüchen gerecht. Wie sehen Sie das?
Freundlichst, Wendula Strube

Prof. Dr. Zöllner: Die Vorschule löst das Problem des mangelnden Besuchs nicht. Wir müssen erreichen, dass nicht wie jetzt 90% der Kinder von 3 bis 6 die Kita besuchen, sondern auch die restlichen 10%, die wollen wir insbesondere erreichen. Beitragsfreiheit, Sprachtests und möglicherweise neue Ideen, um diesen Besuch verbindlich zu machen, sind die Lösung.

Wendula Strube: Mein Vorschlag löst einen Teil der von Ihnen angesprochenen 10% schwie-

rigen Situation auf. Das werden Sie doch wohl nicht leugnen wollen? Ich bin fest davon überzeugt, dass Sie das falsch sehen und so die Möglichkeit vermindern, anstatt eine bessere Voraussetzung zu schaffen. Beides ist richtig und hat seine Berechtigung. Grund die Vorschule abzuschaffen war led. der finanzielle Aspekt. Wieder Einführen der Vorschule und die Kinder in die Kitas ist richtig.

Wendula Strube Bilinguale Schulen

Werter Herr Zöllner, guten Abend, wie stehen Sie zum Bilingualen Unterricht, zu Europa- und Levanteschulen und dazu, dass es sehr geringfügige Auswertungen zum Thema gibt? Wann werden diese Schulen endlich verbindlich und aus dem luftleeren Raum rausgenommen, denn sie werden seit nunmehr fast 20 Jahren als Versuchsprojekt gehandhabt. Freundlichst, Wendula Strube

Prof. Dr. Zöllner: Hier muss ich mich wiederholen. Diese bilingualen Schulen sind äußerst wichtig. Sie sind ein Schwerpunkt in Berlin.

Wendula Strube: Wo steht denn mehr dazu von Ihnen, konnte leider nicht von Anfang an dabei sein, weil ich mich gerade darum kümmere, dass der Kinderbauernhof Pinke-Panke nicht geschlossen wird. Der hat übrigens Kooperationen mit ca. 30 Schulen lt. der Leitung Frau Rose. Wie stehen Sie zur Schließung?

Prof. Dr. Zöllner: Dies ist, soweit ich weiß, ein Problem des Bezirks und hängt mit den finanziellen Möglichkeiten zusammen. Ich hoffe, dass man eine Lösung findet.

Wendula Strube: Alle sind gefordert, es gibt viele Milliarden Euro derzeit für Banken und keine 100.000,- EUR für Kinder? Das ist unsere gemeinsame Aufgabe eine Lösung zu finden. Wir brauchen die Kinder, auch in der Stadt.

Moderation: Die wichtigsten Probleme

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Zöllner, wo sehen Sie die größten Probleme in der derzeitigen Situation an Berliner Schulen? Viele Grüße, Birgit Hohberg (Moderation)

Prof. Dr. Zöllner: Dass wir neben der Tatsache, dass wir bundesweit, wie PISA gezeigt hat, Spitze in der Spitzengruppe von Schülern sind (wir haben die zweitmeisten Schülerinnen und Schüler auf dem höchsten Kompetenzstufen in allen Bereichen in der Bundesrepublik Deutschland). Leider auch besonders viele Schülerinnen und Schüler haben, die sich auf den niedrigsten Kompetenzstufen befinden. Wir sind hier immer viert- oder fünftletzter. Dies liegt sicher daran, dass bei uns Migrations- und soziale Probleme zusammentreffen. Eine Herausforderung, die wir bewältigen müssen.

Moderation: Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Zöllner, wie sehen Ihrer Meinung nach die richtigen Ansätze aus, um diese Probleme langfristig zu beseitigen? Was können die Familien selber dazu

beitragen? Was muss die Stadt Berlin leisten? Viele Grüße, Birgit Hohberg (Moderation)

Prof. Dr. Zöllner: Individuelle Förderung von Anfang an. Gezielte Ansprache vor allen der Eltern, der sogenannten bildungsfernen Schichten. Z.B. praxisorientiertes Lernen für praxisorientierte Schülerinnen und Schüler.

Max Thomas Mehr: Einschulchaos in Berliner Grundschulen

Sehr geehrter Herr Professor Zöllner, im Sommer letzten Jahres war ich, Vater eines einzuschulenden Kindes, nicht bereit, meine Tochter durch einen bürokratischen Akt in eine Schule zwingen zu lassen, die wir für nicht geeignet gehalten haben. Unter anderem wegen eines „ndH-Anteils“ von beinahe 80%. Da lernt niemand wirklich befriedigend. Aus solchen Schulen kommen auch keine Alis oder Mustafas, die dann mal alle unsere Renten (mit)finanzieren sollen. Weder für Migrationskinder noch für die deutschen Kinder bietet eine solche Schulsituation eine Perspektive. Da ich nicht der Einzige gewesen bin, und das Problem seit über zwanzig Jahren lediglich zu einem munteren Schein-Ummeldespiel betroffener Eltern vor allem in den innerstädtischen (West)Bezirken geführt hat, hielt ich es für angebracht, die Eltern im Umkreis zu einer Diskussion einzuladen. Immerhin kamen an die hundert Eltern in eine Kreuzberger Kirche, obwohl zur gleichen Zeit ein Halbfinalspiel der EM stattfand. Welche Lösungsansätze für diese Misere sehen SIE? Wie wollen Sie weitere Ghettoschulen verhindern - zumal die Kreuzberger Schulpolitikverantwortlichen nur an eingefahrenen, ideologischen Konzepten festhalten und unsereins vorwerfen, Migranten feindlich zu sein.

Prof. Dr. Zöllner: Ich glaube es bleibt uns nichts anderes übrig, als konsequent weiter daran zu arbeiten, dass diese Schulen ein wirklich attraktives Angebot machen. Es geht! Einige unserer besten Schulen haben einen sehr hohen ndH-Anteil. Lehrerzuweisung, Motivation der Lehrerinnen und Lehrer, aber auch die Kooperation mit dem Umfeld muss stimmen. Leider läuft das nicht automatisch. Man muss sich mit viel Ausdauer darum kümmern.

P.Nassif: Sonderpädagogische Förderung in der Sekundarstufe

Sehr geehrter Herr Senator Zöllner, warum kann die Anzahl (derzeit 3 Stunden) der Förderstunden für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf nicht wieder aufgestockt werden (früher 5 Stunden). Auch kooperativer Unterricht, der für die Integration wichtig ist, gibt es leider nicht in allen Unterrichten. Die allgemeinen Schulen müssen stärker unterstützt werden. Schulische Integration gerinnt, wenn man sie abhängig von finanziellen, sächlichen und personellen Ressourcen macht. Mit freundlichen Grüßen P.Nassif

Prof. Dr. Zöllner: Wir haben die Stunden für den sonderpädagogischen Förderbedarf insgesamt nicht gekürzt, sondern die individuelle Verteilung geändert dahingehend, dass jetzt nachvollziehbar für die verschiedenen Gruppen ein Sockel zugewiesen wird und dann die 2. Hälfte der zur Verfügung stehenden Stunden bedarfsgerecht zugeteilt wird.

Trinidad: Fakt ist doch aber, dass die den Schülern mit Integrationsstatus zustehenden Stunden

in den letzten Jahren stetig weiter abgenommen haben. Wenn dann die Rede von der individuellen Förderung für alle ist, dann bleibt unklar, wie dies gelingen soll in Klassen mit 25 Schülern, von denen 5 Schüler eine Behinderung haben, etliche Schüler nicht-deutscher Herkunft sind und nochmals etliche deutsche Kinder sitzen, die auch nur über mangelhafte Sprachkenntnisse verfügen. Wie soll all dies bewältigt werden, wenn nicht mehr Lehrerstunden zur Verfügung gestellt werden?

Prof. Dr. Zöllner: Fakt ist, da muss ich Ihnen leider widersprechen, dass die Stunden für den sonderpädagogischen Förderbedarf nicht gekürzt wurden und auch zur Sprachförderung z.B. stellt das Land Berlin insgesamt mehr als 1.000 zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung, die nach den neuen Zumessungsrichtlinien besonders den Schulen mit den von Ihnen geschilderten Problemen zukommen. Berlin braucht hier den Vergleich mit keinem anderen Bundesland zu scheuen.

Trinidad: Sehr geehrter Herr Zöllner, es gab einmal 18 Stunden für jede Integrationsklasse und damals waren nur drei Schüler mit Förderbedarf in der Klasse. Zugegeben, das ist schon etwas länger her, aber die Fördermöglichkeiten für jeden einzelnen Schüler waren einfach besser. Man kann Kinder nicht individuell fördern, wenn man diese Problemvielfalt als Lehrer alleine bewältigen muss. Da ist es egal, ob wir im Vergleich mit anderen Bundesländern gut abschneiden oder nicht. Die Stunden zur zusätzlichen Sprachförderung bekommen aber nur die Schulen, die einen bestimmten Prozentsatz an Schülern nicht-deutscher Herkunft haben. Alle anderen gehen leider leer aus. Die Probleme aber bleiben bestehen.

Prof. Dr. Zöllner: Der sonderpädagogische Förderbedarf ist abhängig von dem einzelnen Kind, sodass ich vergleiche, mit der Ausstattung einer anderen Klasse der Vergangenheit nicht eigenen. In Bezug auf die Sprachförderung muss man einen Grenzwert sicher zu Grunde legen, da nicht automatisch durch eine geringen Anzahl von Schülerinnen oder Schüler nicht-deutscher Herkunftssprache zusätzlichen Förderbedarf erfordert. Die Schüler-Lehrer-Relation in Grundschulen z.B. geht von ca. 20 bis auf ca. 14 Schülern pro Lehrer bei einem hohen Anteil von Sprachförderbedarf. Dies sind sicherlich verantwortbare Arbeitsbedingungen. Die zusätzliche vorhandenen Erzieher sind dabei nicht berücksichtigt. Die Zahl wurde in diesem Schuljahr noch einmal aufgestockt.

Trinidad: Ein Integrationskind in einer Integrationsklasse der Sek I hat ungefähr 33 Stunden. Wenn nun in diese Klasse 15 zusätzliche Stunden gegeben werden, weil es noch andere Integrationskinder in der Klasse gibt, dann heißt das ja erstens nicht, dass diese Stunden von Sonderpädagogen abgedeckt werden können und zweitens ist dann eine Hälfte der Stunden abgedeckt - so gut es eben geht. Wie sollen sich Ihrer Meinung nach die anderen Lehrer behelfen, die nicht das Glück hatten eine Doppelsteckung zu bekommen?

Prof. Dr. Zöllner: Ein Integrationskind ist nicht ein Integrationskind. Das eine hat bei adäquater Förderung nur die Hälfte des Zusatzbedarfs des anderen. Man muss sich um den Einzelfall küm-

mern, was so in dem Forum nicht zu lösen ist.

Trinidad: Wie lautet Ihr Vorschlag für betroffene Eltern und auch Lehrer?

P.Nassif: Sehr geehrter Herr Schulsenator, Sie haben völlig recht, Integrationskinder haben unterschiedlichen Förderbedarf. Sie sagen, man muss den Einzelfall sehen, wie wollen Sie das machen, wie können Sie meinem Kind und mir als Mutter dabei helfen? Ich wüsste die Lösung personelle Aufstockung von Sonderpädagogen und mehr Förderstunden könnten unseren Kindern helfen. P.Nassif

Moderation: Vielen Dank für die angeregte Diskussion!

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Zöllner, sehr geehrte Teilnehmende, wir danken Ihnen ganz herzlich für Ihr Engagement in unserem Forum und die zahlreichen Informationen zum Thema. Unser Dank gilt auch den Teilnehmenden, die sich die Zeit für diese Livediskussion genommen haben. Zum Abschluss möchten wir Sie darauf hinweisen, dass sich am Freitag, den 5. Dezember, Mitglieder der verschiedenen Parteien Berlins hier im Forum für Ihre Fragen zur Verfügung stellen werden. Wir hoffen auch hier auf eine spannende und angeregt Diskussion. Nutzen Sie die Gelegenheit zum direkten Austausch. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend, Birgit Hohberg (Moderation)

➔ 5.3 Livediskussion mit den Vertreter/innen der Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses

Am 5.12. wurde eine Livediskussion mit folgenden Vertreter/innen der Berliner Fraktionen abgehalten:

- Elfi Jantzen (familienpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen),
- Sandra Scheeres (familienpolitische Sprecherin der Fraktion der SPD),
- Sascha Steuer (bildungspolitischer Sprecher der Fraktion der CDU) und
- Mieke Senftleben (familienpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion).

Nachfolgend sind die unterschiedlichen Diskussionsstränge aufgeführt.

Moderation: Herzlich Willkommen!

Sehr geehrte Frau Jantzen, Frau Scheeres, Frau Senftleben und Herr Steuer, ich begrüße Sie ganz herzlich bei dem Online-Dialog „Zusammenleben in Berlin“ und freue mich, dass Sie sich heute alle für diese Live-Diskussion zur Verfügung stellen. Bevor wir uns einzelnen Schwerpunkten zuwenden, wollten ich Sie erstmal fragen, was Sie persönlich unter Familienfreundlichkeit verstehen? Viele Grüße, Birgit Hohberg (Moderation)

Sascha Steuer: Familienfreundlich sind alle öffentlichen Angebote die leichte Zugangsvoraussetzungen für Familien haben.

Elfi Jantzen: Familienfreundlich heißt für mich, dass ich mit Kindern den Alltag ohne große Probleme gestalten kann, barrierefreie Wege und Busse und Bahnen, Kindertagesstätten als Orte für Kinder und Eltern, Schulen, in die Kinder gerne und so weiter..

Mieke Senftleben: Nett sein zu Familien - in er Öffentlichkeit, Restaurant, sie nicht ausgrenzen, saubere Spielplätze, Freizeitmöglichkeiten, Parkanlagen, die man betreten darf, Nachbarn, die Kinderlärm ertragen können, und vieles mehr! Na und natürlich auch freundliche Familien, die nett miteinander sind! Mieke Senftleben

Sandra Scheeres: Familienfreundlichkeit bedeutet für mich, das es ausreichend Angebote und Infrastruktur für Kinder und Familien gibt und das Kinder und Familien überall willkommen sind und auf diese Rücksicht genommen wird.

Helmut: Guten Tag, schon bei der Ankündigung habe ich mich gewundert. Wo ist denn der andere Part unserer Regierung? Wollte niemand von der PDS bzw. Die Linke mit uns reden?

Moderation: Hallo Helmut, laut Auskunft des Familienbeirats wurden alle Fraktionen angefragt. Viele Grüße, Birgit Hohberg (Moderation)

Leonie: Gewalt an Schulen

Sehr geehrte Frauen und Herren Politiker, was wird gegen die zunehmende Gewalt an unseren Schulen gemacht? Da hat man doch Angst, seine Kinder loszuschicken.

Sascha Steuer: Ich kann Sie verstehen. Es muss viel mehr gegen die Gewalt getan werden. Wir brauchen mehr Anti-Gewalt-Trainings in den Schulen aber auch einen Schutz der Schüler vor Gewalt am und vor dem Schultor. Es kann nicht sein, dass ein Bezirk aus seinen eigenen Mitteln privaten Wachschutz engagieren muss. Der Abbau tausender Polizisten war eben ein Fehler.

Elfi Jantzen: Gegen Gewalt an Schulen wird in vielen Schulen mit Mediation, Konfliktlotsen, Zusammenarbeit mit der Polizei und anderen Maßnahmen reagiert. Ich bin mir gar nicht sicher, ob die Gewalt wirklich zunimmt oder aber alle nur aufmerksamer darauf reagieren. Welche Erfahrungen haben Sie denn da gemacht?

Sandra Scheeres: Wir nehmen dieses Thema sehr ernst. Es gibt vielfältige Präventionsangebote in den Schulen. In den Grundschulen haben wir z.B. flächendeckend das Buddy Projekt eingerichtet. „Das Buddy-Prinzip verfolgt – soziales Lernen, aufeinander acht geben, sich füreinander einsetzen etc.“. Auch gibt es in vielen Bezirken jetzt Kooperationsvereinbarungen zwischen Schule, Jugendhilfe und Polizei um noch besser Gewalt Problemen zu begegnen.

Signaldraht: Akzeptanzprobleme

Ich bin selbst kinderlos und wohne im Prenzlauer Berg. Ich bin also umgeben vom neuen Nachwuchs meiner Nachbarn: Um mich herum kreischt und trappelt es ständig und überall. Natürlich gönne ich dem Staat seine zukünftigen Rentenzahler, meiner Umgebung ihr Familienglück und mag auch die Familienidylle dieses Dialoges nicht stören. Aber ein Problem ergibt sich, wenn junge Eltern, ermuntert durch die Politiker und Medien, eine ungeheure Arroganz bezüglich Ihrer Brut an den Tag legen. „Wie ich man es wagen könne, mich darüber zu beklagen, dass öffentlich gestillt wird, Cafes stundenlang bekreicht werden und die Kinderschar in Schuhen ständig Fangen auf dem Dielenboden über einem spielt? Hier wird schließlich auch für meine Rente gesorgt!“ Kinderkriegen mit allen Konsequenzen ist für viele nicht nur ein Naturrecht, sondern auch eine Naturgewalt, an der man nix ändern kann.

Das man Kindern auch Grenzen aufzeigen sollte und bei allem auch seine Mitmenschen nicht vergessen sollte, geht sehr oft unter. Dabei entsteht ein Familienfreundliches Umfeld auch dadurch, dass alle freundlich auf Kinder reagieren. Aber wie soll ich das, wenn mir gleichzeitig die geballte elterliche Gewalt entgegenschlägt? Ich fände es großartig, wenn Sie als Politikerin auch für Rücksichtnahme werben könnten.

Mieke Senftleben: Rücksichtnahme ist Voraussetzung für ein gedeihliches Zusammenleben. Das Problem ist nur: Kinder kann und will man nicht einfach so abstellen, und wenn sie Kreischen oder Lachen, dann ist das meist laut. Also, ich meine, da muss man durch - und den meisten gelingt das ja auch. Wenn Ihnen der Lärm auf den Keks geht, dann sprechen Sie doch mit den Eltern. Das müsste doch klappen. Ich sehe Kinder allerdings nicht allein als Sichern der Renten - dafür sind sie zu wertvoll!

Elfi Jantzen: Für ein gedeihliches Zusammenleben ist gegenseitige Rücksichtnahme natürlich eine wesentliche Voraussetzung. Das heißt denn auch, dass Kinder nicht immer und überall rumkreischen und toben müssen. Meine Erfahrung mit meinen Kindern war allerdings eher die, dass sie schon angemekert wurden, wenn sie sich in der U-Bahn nur ein wenig rührten, im Flur weinten und ähnliches. Rücksicht von Kindern können wir nur erwarten, wenn wir ihre Bedürfnisse ernst nehmen und sie in ihren Lebensäußerungen auch achten.

Sandra Scheeres: Ich bin auch der Auffassung, dass man aufeinander Rücksicht nehmen muss. Auch bin ich der Meinung, dass es wichtig ist, dass man Kindern Grenzen setzt. Aber Kinder gehören zu unserem Alltag. Sie spielen, sie toben, sie probieren sich aus, all dies gehört zum Großwerden ganz selbstverständlich dazu. Es wäre schön, wenn auch Erwachsene die keine Kinder haben, dies akzeptieren könnten und Tolerant mit solchen Situationen umgehen würden.

Stefan Hinz: Selbstverständlich brauchen Kinder Grenzen, aber nicht in dem Umfang und der Krassheit, wie das heute geschieht: Alle Stadtstraßen randvoll mit Autos zugestellt, und man traut sich im Gegensatz zu der Zeit, als ich Kind war, nicht mehr, seine Kinder „auf der Straße“ spielen zu lassen. Es gibt auch kaum noch Brachen, wo Kinder toben könnten, sondern alles ist

fein säuberlich geordnet und eingeteilt. Kein Wunder, dass Kinder auch an Stellen und zu Zeiten toben, wo es nicht angebracht ist. Wo sollen sie es denn sonst tun?

Signaldraht: Das genau wollte ich ausdrücken: Sehr häufig kann man mit den Eltern eben nicht reden. Da wird man als Kinderfeind diffamiert, als intolerant und überempfindlich. Und zwar sofort, ohne sich Beweggründe anzuhören. Ich bin bereit zugunsten der Kinder viel hinzunehmen. Aber muss ich wirklich ALLES hinnehmen? Das scheinen zumindest die Eltern zu glauben. Da der Dialog „Zusammenleben in Berlin“ heißt und nicht „Kinderleben in Berlin“ ist es doch wichtig, dass der Elternstatus nicht missbraucht wird.

Moderation: Bilinguale Schulen

Sehr geehrte Vertreter/innen der Fraktionen, im Forum wurde das Thema bilinguale Schulen (Levante- oder Europaschulen) zur besseren Integration der Kinder mit Migrationshintergrund ausführlich diskutiert. Was halten Sie von dieser Idee? Viele Grüße, Birgit Hohberg (Moderation)

Sascha Steuer: In erster Linie muss Deutsch erlernt werden, sonst kann es eine erfolgreiche Schul- und Berufskarriere kaum geben. Wer das beherrscht, kann und sollte daneben gern eine weitere Sprache erlernen.

Mieke Senftleben: Ich halte viel von Europaschulen, allerdings nicht als Schule für all verbindlich! Die deutsche Sprache zu sprechen und zu verstehen ist das A und O für eine erfolgreiche Schulkarriere, da gibt es nichts! Und das müssen die Kinder bereits vor der Schule können! Aber es spricht überhaupt nichts dagegen, wenn die später Unterricht in der Muttersprache stattfindet, denn die Muttersprache sollten die Kinder natürlich auch beherrschen. Also: nach Deutsch und Englisch auch die Möglichkeit anbieten türkisch zu lernen - wenn der Wunsch und der Bedarf da ist, warum nicht!

Moderation: Schulreformen

Sehr geehrte Vertreter/innen der Fraktionen, innerhalb des Online-Dialogs wurden zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung der Berliner Schulen eingebracht, von der Sanierung der Gebäude über Mittagessen für alle Kinder bis hin zur Abschaffung der Hauptschulen und flächendeckenden Einführung von Gemeinschaftsschulen. Inwiefern sehen Sie bzw. Ihre Fraktionen hier Handlungsbedarf? Viele Grüße, Birgit Hohberg (Moderation)

Elfi Jantzen: In den Berliner Schulen wurden in den letzten Jahren sehr viele Reformen durchgeführt - flexible Schulanfangsphase, Hortverlagerung, verlässliche Halbtagsgrundschule, um nur mal den Grundschulbereich anzufügen. Hier sollte den Schulen nun auch erstmal Zeit gegeben werden, diese Reformen auch qualitativ gut umzusetzen. Dazu braucht es allerdings auch bessere Rahmenbedingungen als bisher. In der Schulanfangsphase muss z.B. mehr Personal für eine bessere Förderung der jetzt jüngeren Kinder und der Kinder mit besonderem Förderbedarf zur Verfügung stehen.

Nur so können alle Kinder von Anfang an besser individuell gefördert werden.

Mieke Senftleben: Oh, ja, ich sehe enormen Handlungsbedarf, Allerdings nicht in weiteren Diskussionen über die Schulstruktur, Biel mehr muss gehandelt werden: die Schulen versiffen - siehe den wunderbaren Adventskalender vom BEA Steglitz/Zehlendorf. Das ärgert mich unheimlich. Das Entscheidende ist doch: der Unterricht muss besser werden, die Schulen brauchen mehr Eigenverantwortung, damit sie z.B. die Fortbildung sich an die Schule holen können. Die Schulinspektion muss besser werden, die Schulen müssen eben auch begleitet werden, wenn festgestellt wird, das dort etwas im Argen liegt! So, wie es momentan läuft, ist das ziemlicher Unsinn.

Sascha Steuer: Es tut mir leid, aber Ihre sehr weitreichende Frage wirklich seriös zu beantworten, müsste ich einen mehrseitigen Text schreiben. Ich verweise auf meine Reden, meine Anfragen und Anträge im Abgeordnetenhaus. Bitte gehen Sie auf [Link](#) und geben Sie in der Datenbank meinen Namen ein, Sie kommen auf über 250 Vorgänge.

Elfi Jantzen: Wir wollen dass Kinder auch über die Grundschule hinaus länger gemeinsam lernen. Deshalb unterstützen wir auch die Schulen, die sich am Gemeinschaftsschulprojekt beteiligen. Daneben muss es aber für die Hauptschulen sofort eine Lösung geben, damit die HauptschülerInnen bessere Perspektiven für ihre Zukunft erhalten. Ich persönlich möchte eigentlich gerne, dass alle Kinder möglichst bald 10 Jahre gemeinsam eine Schule besuchen. Dazu möchte ich auch die sonderpädagogischen Förderzentren mittel- bis langfristig auflösen. Meine Partei hat als Zwischenschritt die Zweigliedrigkeit vorgeschlagen, neben einer Schulform, in der Haupt- und Realschule zusammengefasst sind, soll das Gymnasium weiter bestehen bleiben.

Moderation: Um es ein bisschen einzugrenzen, frage ich einfach noch mal konkret nach den Gemeinschaftsschulen? Wie stehen Sie zu dieser Idee? Viele Grüße, Birgit Hohberg (Moderation)

Sascha Steuer: Ich halte gar nichts davon, alle Schüler ideenlos nebeneinander zu setzen. Das Gymnasium bringt in Vergleichen hervorragende Ergebnisse, es ist unter Eltern die beliebteste Schulform. Wir sollten uns an den deutschen Traditionen orientieren. Daneben muss es aber eine Strukturreform geben. Wir können uns es nicht leisten, dass der Berliner Hauptschüler der teuerste Schüler Deutschlands ist, mit den geringsten Chancen auf einen Ausbildungsplatz.

Elfi Jantzen: Mein Ziel sind „Gemeinschaftsschulen“, mein Modell deckt sich aber denk ich nicht genau mit dem jetzigen Modell der Koalition.

Moderation: Gebündelte Informationen

Sehr geehrte Politiker/innen, immer wieder thematisiert wurde auch eine fehlende zentrale Anlaufstelle bzw. gebündelte Informationsquelle (zum Beispiel im Internet) für familienrelevante Informationen, die die Suche nach geeigneten Kitas, Tagesmüttern, Schulen sowie Freizeitan-

geboten, Beratung oder Sammelstellen erleichtert. Wie beurteilen Sie diese Situation und inwiefern könnten Sie sich eine Verbesserung der Informationsvermittlung vorstellen? Viele Grüße, Birgit Hohberg (Moderation)

Elfi Jantzen: Viele der genannten Informationen sind eigentlich auf der Homepage der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung eingestellt. Das Problem ist allerdings, dass sie nicht so leicht zu finden sind. Das ist ärgerlich. Ich denke, dass zunächst mal die Homepage der Senatsverwaltung besser sortiert werden sollte und andere bereits bestehende Portale wie die des Berliner Bündnis für Familien besser bekannt gemacht werden sollten, bevor etwas neues installiert wird.

Mieke Senftleben: Frau Jantzen hat hier völlig recht: eigentlich müsste die Homepage der Senatsverwaltung genau das hergeben!

mama ross: Frau Jantzen, wenn man auf den Internetseiten der Senatsverwaltung etwas finden will, muss allerdings in der Verwaltungsgliederung denken...wäre es nicht auch wichtig die Informationen für Eltern so zu gestalten, dass Eltern (die vielleicht nicht im Internet surfen) auch persönlich angesprochen werden ...ich denke da an die Neuköllner Stadtteilmütter - warum gibt es das nicht überall?

Sandra Scheeres: ja, die meisten Bezirke haben die Informationen auf ihren Internetseiten. Wir haben in Pankow über das Bündnis für Familie einen Familienwegweiser erstellt, der den Familien kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Er wurde in den Kitas, bei Hebammen, Geburtskliniken, Kinderärzten etc. ausgelegt. Der Wegweiser ist super angekommen, er ist in Berlin der erste in dieser Form, vielleicht ist dies ja ein Beispiel für andere Bezirke.

Elfi Jantzen: Liebe Mama Ross, ja sicher wäre das nötig und dafür werde ich auch hin und wieder. Das Problem ist wahrscheinlich wirklich, dass die Verwaltung nicht in der Lage ist umzudenken und die Homepage nutzerInnenfreundlich zu gestalten. Das Problem der besseren Zugänglichkeit von Informationen wird uns auch im Familienbeirat noch beschäftigen. Vielleicht gelingt es ja mit Hilfe des gesammelten Sachverstands auf die eine oder andere Art ein Portal zu etablieren, mit dem wir alle gut zurecht kommen.

Peter-Martin P.: Helmholtzplatz und Obdachlose

Guten Abend, jeden Sonntagmorgen treffen meine Kinder am Helmholtzplatz (Prenzlauer Berg), das aus einer Kinderspielstätte sowie einem Kindercafe besteht, auf Obdachlose, Trinker und Punks. Nach einer gewissen Gewöhnungsphase, bei der ich mich frage, ob ich nur prude war, habe ich mich daran gewöhnt mit fünfzig Eltern und deren Anhang die Punks oder Alkoholiker als Teil des Parks zu verstehen. Die Kinder lernen einen lockeren Umgang mit Menschen, vielleicht erleichtert es für mich die Masse an Eltern. Die Obdachlosen pöbeln nur untereinander. Nur einmal erlebte ich, dass ein Betrunkener (Sonntagvormittag) ausfallend wurde. Nun fuhr ich mit meinen Kindern einmal nach Neukölln. Dort ist ein größerer Park, dessen Namen mir entfal-

len ist, der am Hermannplatz. Während wir spazierten, sprang ein Schwarzer aus dem Gebüsch hervor und fragte, ob ich Drogen brauche. Im Sommer traue ich mich mit Kindern abends nicht heraus. Manchmal frage ich mich, warum dort so wenige Kinder zu sehen sind. Dies sind nun zwei Stadtteile. Die Frage lautet, sind solche Soziotope fester Bestandteil der Kiez-Planung? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum nehme ich daran seit Monaten teil? Der Platz galt früher als Brutstätte von Alkoholikern und Junkies. Für Neukölln sehe ich noch keine Lösung.

Mieke Senftleben: Da haben Sie ein großes Problem angesprochen - ich gestehe, mir würde es wie Ihnen gehen. Was machen? Vielleicht sollten die Ordnungsämter sich mal mehr in den Parks aufhalten, was halten Sie davon?

Stefan Hinz: Meinen Sie wirklich, einer der hier anwesenden Politiker wird Ihre Frage so beantworten: „Ja, wir planen aktiv Plätze für Alkoholiker, Fixer und Penner. Aus diesem Grund heißt das Viertel am Helmholtzplatz ja auch LSD-Viertel.“

Aber was Sie schildern, sind eigentlich Verhältnisse, die zu einer Großstadt gehören, und wie's am Helmholtzplatz ist, ist wesentlich besser als in der Hasenheide (so heißt der Park in Neukölln). Eigentlich bräuchte man überall mehr Kinder, dann wäre die Welt auch inmitten von Punks, Fixern und Säufern besser und besser erträglich.

Mieke Senftleben: Aber Herr Hinz, es ist doch schon merkwürdig, dass wir es einfach so hinnehmen, wenn ein Park „LSD“ Park genannt wird. Da ist dann doch was faul, oder nicht? Wie wäre es mit Bürgern, die sich hier ganz offensiv um den Park kümmern, wie wäre es mit einer sehr guten Beleuchtung in der Nacht - da wäre dann der Bezirk gefragt, und wie wäre es dann auch mit einigen Ordnungsamtspersonen, die ab und zu durch den Park gehen - und zwar mit offenen Augen!

Ulrike B.: ..wenn z.B. die Ordnungsämter anstatt sich auf die Parkknöllchen zu konzentrieren einmal andere Probleme ins Visier nehmen, z.B. wie oben geschildert. Es geht auch um die Bekämpfung der Unmengen an Hundekot auf den Straßen - mit den Bußgeldern, wenn man sich darum mal kümmern würde, könnte man so manche Bezirkskasse aufhübschen. Oder der nächtliche Vandalismus Jugendlicher auf Kinderspielplätzen - bis hin zum Ausreißen von neu-gepflanzten Bäumen und Zerschmettern von Bierflaschen in Kindersandkisten. Oder dem morgendlichen Gassigehen von Hundebesitzern auf Kinderspielplätzen. Ein konsequentes Vorgehen gegen dieses Unwesen käme wirklich mal dem Zusammenleben aller zu Gute.

Ulrike B.: Hallo Frau Senftleben, wir wohnen auch in Prenzlauer Berg - der Stadtplatz an der Marie - Ort der von mir geschilderten Zustände - ist ein Platz um dem sich viele Bürger seit Jahren liebevoll kümmern. Es gibt Kiezgärten und Bürgerinitiativen. Nützt nichts. Und die herbeigerufenen Polizei kann nichts machen - das Ordnungsamt arbeitet wohl nachts nicht (außer um am Savignyplatz und in Mitte die Parkzonenknöllchen zu verteilen).

Stefan Hinz: @Frau Senftleben: Wenn ich Peter-Martin P. richtig verstehe, sieht nicht mal er

als Anwohner mit Kindern ein großes Problem mit den zwielichtigen Elementen am Helmholtzplatz. Was in der Hasenheide passiert, ist dagegen alles andere als lustig. Das hat nichts mehr mit Ausgeflipten und gesellschaftlichen Randgruppen zu tun, das ist schlicht organisierte Kriminalität. Vor ein paar Jahren ist dort ein Polizist erschossen worden, und trotzdem läuft der Drogenhandel munter weiter.

Mieke Senftleben: Frau Bock, genau das meine ich: etwas mehr Park (natur) in der Nacht zu bewachen wäre besser als der Parkraum!!

Peter-Martin P.: Ja, um ehrlich zu sein, empfinde ich (persönlich) den Helmholtzplatz nicht als problematisch. Dennoch frage ich mich, in Hinblick auf andere Städte, wie dem begegnet wird - aus stadtplanerischer Sicht. Schließlich galt der Platz früher als noch härter. Welche Maßnahmen gibt es und wie werden sie umgesetzt? Mehr Licht - oder mehr Baum, kann allein nicht die Lösung sein. Und die Frage: Kann man so etwas in anderen Stadtteilen wiederholen, ohne die Obdachlosen etc. zu denunzieren, zu provozieren? Das ist wirklich interessant, ich beobachte die Entwicklung gern. Darum das krasse Beispiel von Neukölln.

Nur an manchen Sonntagmorgen ist es störend, dann nämlich, wenn einer zu viel getrunken hat.

Moderation: Mehrgenerationenhäuser

Sehr geehrte Politiker/innen, einige Teilnehmer/innen schlagen den Ausbau von Mehrgenerationenhäusern mit speziellen Gemeinschaftsräumen und Anlagen vor, die zur Vernetzung und gegenseitigen Entlastung der dort lebenden Familien/Alleinerziehenden beitragen als auch das Zusammenleben verschiedener Generationen unter einem Dach ermöglichen. Insbesondere im Rahmen des städtischen Wohneigentums sollte hier mehr ausprobiert werden. Welche Möglichkeiten sehen Sie in Bezug auf diesen Vorschlag?

Viele Grüße, Birgit Hohberg (Moderation)

Elfi Jantzen: Die Unterstützung generationenübergreifender Wohnformen finde ich sehr wichtig. Hier gibt es in Berlin auch einige Projekte. Leider gibt es dafür zu wenig Fördermittel. Auch auf unsere Initiative hin wurde ein Beratungsstelle für alternative Wohnprojekte in Berlin eingerichtet. Ich hoffe, dass dadurch interessierte Gruppen besser unterstützt und auch mit städtischen Wohnungsbaugesellschaften zusammengebracht werden.

Mieke Senftleben: Mehrgenerationenhäuser- eine richtig gute Idee. Und sicherlich eine Wohnform mit Zukunft. Bei uns in Reinickendorf gibt es eine generationenübergreifende Einrichtung, die ich bereits einige Male besucht habe und immer wieder begeistert bin über das, was sich dort abspielt.

Stefan Hinz: Gleichstellung von Privatschulen und staatlichen Schulen

Zitat aus [Link](#): „Ein Schulplatz einer normalen staatlichen Gesamtschule (vergleichbar mit unserer Schule) kostet z.B. im Bezirk Mitte dem Senat 949 Euro pro Monat (siehe Presseartikel),

im Berliner Durchschnitt knapp 680 Euro. Ein Schulplatz an unserer Schule (ähnlich auch an den anderen Waldorfschulen) wird mit 359 Euro pro Monat vom Staat finanziert, das sind 52,8% der durchschnittlichen Kosten eines Gesamtschulplatzes einer staatlichen Schule in Berlin, wobei die freien Schulen die Verwaltungskosten und die Sachkosten (Gebäude) selbst zu leisten haben.“ Hat jemand von Ihnen vor, das zu ändern? Warum sollen Privatschulen weniger Geld pro Schüler bekommen als staatliche Schulen?

Elfi Jantzen: ich finde, dass die schulen in freier Trägerschaft in gleicher Höhe finanziert werden sollen wie die öffentlichen schulen. es sollten dann auch keine Schulgelder zusätzlich genommen und alle angemeldeten Kinder aufgenommen werden.

Stefan Hinz: Wie stellen Sie sich das vor, alle angemeldeten Kinder aufzunehmen? Das klappt doch an staatlichen Schulen genau so wenig.

Elfi Jantzen: ich meinte mit „alle aufnehmen“, dass kein Kind ausgeschlossen werden sollte, dessen Eltern wenig Geld haben. war etwas verkürzt, sorry

Sascha Steuer: Wir haben sehr gegen die Kürzungen bei den Freien Schulen gekämpft und leider nicht alles verhindern können. Der Staat muss deutlich machen, dass er die Arbeit der Freien Schulen schätzt. Wir sind daher für ein neues Berechnungsmodell und deutlich mehr Geld für die Freien Schulen.

Mieke Senftleben: Ja, freie Schulen sollten gleichgestellt werden - allerdings unter der Voraussetzung, dass auch die staatlichen Schulen so arbeiten können wie die Schulen in Freier Trägerschaft. d.h. man muss ihnen dieselben Möglichkeiten einräumen - Personal einstellen, Profilbildung, eine wichtige Voraussetzung ist die Wahlfreiheit für Eltern und Schüler, Budgetfreiheit über die Finanzierung über den Schulgutschein - das alles muss zusammenpassen, wenn dann eine freie Schule sich entscheidet, sich über Schulgutscheine zu finanzieren, dann kann sie auch kein Schulgeld mehr nehmen. Das genau sind unsere Vorstellungen - dafür trete ich ein. Ich hoffe, dass ich dies in der Kürze erklären konnte, wenn nicht ich bin ja noch da.

Stefan Hinz: Hallo, Herr Steuer: Ihre Antwort gefällt mir schon besser als die von Frau Janzen (die implizit ihre Unterstützung für die Gleichstellung an Bedingungen knüpft). Frage allerdings: Plant die CDU etwas Konkretes, um die Ungleichstellung abzuschaffen oder zumindest abzumildern?

Stefan Hinz: @Frau Senftleben: Recht haben Sie. Die staatlichen Schulen müssen weg von der Gängelung durch Ämter und der faktischen Entmutigung von Eltern, die an der Verbesserung der Schulsituation mitarbeiten wollen. Also Budgetverantwortung an die Schulen! Schulleiter sollten Geschäftsführer sein. Letztlich alles, was Privatschulen auch machen. Dann bräuchten wir letztlich keine Privatschulen, oder man könnte auch sagen: Die staatlichen Schulen wären dann (durch ihre weit gehende Eigenständigkeit) so „privat“ wie die Privatschulen heute.

Sascha Steuer: Eine „Gleichstellung“ geht natürlich nicht. Denn Sie müssen ja die Vollkosten sehen. Wenn man davon ausgeht, dass ein Bezirk/Land eben auch ein Träger ist, so wie ein Freier Träger, tragen beide Lasten über einen „Zuschuss“ hinaus. Verstehen Sie was ich meine? Das macht ja gerade die Trägerschaft aus.

Max Thomas Mehr: Ich finde den immer wieder aufgebauchten Gegensatz zwischen staatlichen und privaten Schulen falsch. Wir brauchen eine Konkurrenz guter Schulen. Im ach so oft als Positivbeispiel für gelungene Bildungspolitik zitierten Schweden sind mehr als die Hälfte aller Schulen inzwischen in freier Trägerschaft. Und: Es gibt dort ein Gesetz das Schulgeld verbietet!!!! Dort müssen die Schulen mit dem vom Staat pro Schüler zugewiesenen Geld auskommen. Ähnlich wie hier in den Kindergärten gibt es dort Bildungsgutscheine für die Schulen. Konsequenz: Die Schulen, die nicht angenommen werden, müssen schließen. In diesem Fall belebt die Konkurrenz die Bildungschancen. Warum geht so etwas nicht in Berlin?

Stefan Hinz: @Herrn Steuer: Ich bin zwar MBA, aber meine Kenntnisse in kameralistischer Buchführung beschränken sich auf das, was ich in Vorlesungen über Wirtschaftsgeschichte gehört habe. Kameralistik wird für mich wohl immer ein Buch mit sieben Siegeln bleiben, und ich werde den Experten vertrauen müssen, was Kameralisten unter Dingen wie Vollkosten verstehen. Dessen ungeachtet meine ich mit Gleichstellung die Nicht-Benachteiligung von Privatschulen, also das, was vor 1990 in Berlin der Normalzustand war. Um's noch mal zu verdeutlichen: Ich denke nicht einmal an Bevorzugung.

Stefan Hinz: Nun habe ich die Stellungnahmen von Ihnen gehört. Klingt alles ganz nett, im Wesentlichen sind sie einer Meinung mit mir: Die finanzielle Benachteiligung der Privatschulen sollte aufhören. Was ich nicht gehört habe, sind konkrete Pläne hierfür. Gibt es in ihren Parteien/Fraktionen entsprechende Vorhaben oder Gesetzes-/Verordnungsinitiativen?

Elfi Jantzen: Lieber Herr Hinz, wir diskutieren gerade das Modell Bürgerschule und wir setzen uns seit Jahren - wie sie wahrscheinlich wissen - für eine bessere Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft ein. In dem Zusammenhang ist mir auch wichtig, die Wartefrist erheblich zu verkürzen oder gar aufzuheben. Wir werden höchstwahrscheinlich im nächsten Jahr dazu parlamentarische Initiativen ergreifen

Sascha Steuer: Also ... in Berlin erhalten die Freien Schulen nun nicht mehr 96 sondern 93 %. Aber von was? Diese Prozentzahl entspricht im übrigen etwa 63% der Hamburger Zahlen. Da haben wir noch viel aufzuholen. Ich meinte nur einschränkend, aber das ist sicher etwas für Feinschmecker, der Staat ist ein Träger so wie der Freie Träger und muss in dieser Konstruktion auch einen Eigenanteil leisten. Dieser Eigenanteil plus die durchschnittlichen Schülerkosten macht dann die Vollkosten aus. Diese Vollkosten können aber nicht dem Freien Träger geben werden, sonst entfielen ja die Trägerschaft. Verstehen Sie? Aber never mind, wir sind da auf einer Linie denke ich.

Stefan Hinz: Hm, ich habe doch eigentlich nur ganz harmlos danach gefragt, ob irgendwer hier irgendwelche konkreten Pläne zur Gleichstellung von Privatschulen hat. Ich beharre ja nicht auf rechtsverbindlicher Auskunft, aber etwas mehr als „nichts“ wäre als Antwort schon nett. Notfalls bin ich auch mit „danke für die Anregung, wir werden das in erlebbarer Zeit konkretisieren“ zufrieden. Ehrlich. :-)

Sascha Steuer: Sicher! Wir haben gegen die Absenkung 2003 gestimmt! Wir haben eine Erhöhung mehrmals beantragt.

Stefan Hinz: Vielen Dank. Ich wusste nicht, dass die CDU gegen eine Absenkung gestimmt hat. Bitte bleiben Sie weiter auf dieser Linie, und versuchen Sie, wenn möglich, die finanzielle Situation für Privatschulen in Richtung Angleichung zu verbessern!

Mieke Senftleben: Herr Hinz, ja, es gibt konkrete Ansätze dieses zu ändern - bitte nachsehen auf der Internetseite meiner Fraktion oder auf meiner Internetseite - unter dem Stichwort „Bürgerschule“ - da finden Sie unser Konzept, das bereits ein fertiges ist!

Es wird Ihnen Spaß machen, da bin ich mir sicher. Für weitere Diskussionen stehe ich auch außerhalb des Chats zur Verfügung!

Stefan Hinz: Vielen Dank für den Hinweis! Ich habe das Papier überflogen (und zum Nachlesen ausgedruckt). Macht mir in der Tat Spaß!

Für alle, die's auch lesen wollen, hier ist der Link: http://www.mieke-senftleben.de/sitefiles/downloads/1289/Positionspapier_Buergerschule.pdf

Ich weiß nicht, wie ich als Vater, mit dem Engagement für unsere Schule, meiner aktiven Teilnahme an der Elternliste und mit sonstigen (politischen) Aktivitäten noch Zeit aufbringen soll, aber wenn Sie Hinweise haben, wie ich trotzdem am Thema „Bürgerschule“ mitarbeiten/-helfen könnte, lassen Sie es mich wissen! stefan@stefanhinz.org

Mieke Senftleben: Herr Hinz, das Thema Eigenverantwortung an den Berliner Schulen ist ein ganz großes. Senator Böger ist erste Schritte gegangen – er hat einen Modellversuch eingeleitet, der sehr erfolgreich abgelaufen ist – alle, die den Versuch wissenschaftlich begleitet haben, sagten, das sei der richtige Weg, aber es ist noch zu wenig, habt mehr Mut!! Ja und genau der fehlt – und zwar allen, Denn wenn es spitz auf Knopf kommt, dann bevorzugen sie denn doch die Segnungen von oben! So zum Beispiel beim Schulesen – dort bestimmt letztlich der Bezirk über den Caterer an den einzelnen Schulen. Das versteht die Berliner Verwaltung unter Eigenverantwortung!!

Stefan Hinz: Das hier war ein interessanter Thread. Vielen Dank an alle, die mir geantwortet und mit mir diskutiert haben. Leider muss ich los, die Kinder warten auf ihren Vater. :-)
Schönes Wochenende allerseits!

Elfi Jantzen: falls mein Unterkommentar weiter oben für Sie nicht sichtbar ist:

Lieber Herr Hinz, wir diskutieren gerade das Modell Bürgerschule und wir setzen uns seit Jahren - wie sie wahrscheinlich wissen - für eine bessere Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft ein. In dem Zusammenhang ist mir auch wichtig, die Wartefrist erheblich zu verkürzen oder gar aufzuheben. Wir werden höchstwahrscheinlich im nächsten Jahr dazu parlamentarische Initiativen ergreifen.

Max Thomas Mehr: Es wäre doch schön, wenn alle Vertreter der Parteien etwas zum Thema Bürgerschule sagen könnten: Pro und Contra

Moderation: Schließung verschiedener Kinder- und Jugendeinrichtungen

Sehr geehrte Politiker/innen, im Forum wurde von mehreren Seiten beklagt, dass der Kinderbauernhof Pinke-Panke sowie bis zu 50 weitere Kinder- und Jugendeinrichtungen in Kürze geschlossen werden sollen. Das verstehen die Teilnehmer/innen nicht als familienfreundlich. Was wissen Sie darüber? Viele Grüße, Birgit Hohberg (Moderation)

Sascha Steuer: Es wird gar nichts geschlossen. Der Bezirk Pankow kommt unter die vorläufige Haushaltswirtschaft des Senats, weil er sich stur gestellt hat und anders als alle anderen 11 Bezirke nicht gespart hat. Bestehende Projekte und Einrichtungen werden nun genau so fortgeführt. Aber es darf nichts Neues eröffnet oder bewilligt werden. Das Verhalten von Pankow ist nicht in Ordnung, genauso ist es allerdings nicht in Ordnung bei den Bezirken ständig zu kürzen und sie nicht ausreichend auszustatten. So wurden in ganz Berlin unter Rot-Rot schon 140 Jugendeinrichtungen geschlossen.

Mieke Senftleben: Na, ja, wenn diese Kinder- und Jugendeinrichtungen in Pankow liegen, dann hat das seine Gründe! Der Bezirk schreibt eben nur rote Zahlen, hat zuviel Personal, sich zu wenig angestrengt, gibt zuviel Geld aus und der Senator und das Abgeordnetenhaus sagen jetzt: Schluss mit lustig! Das kann ich dann auch in gewisser Weise nachvollziehen. Das es dann die Kinder- und Jugendeinrichtungen besonders hart trifft, nun, dann muss der Bezirk andere Prioritäten setzen.

Elfi Jantzen: Herr Steuer hat den Sachverhalt richtig beschrieben. Es ist gut, dass die betroffenen Einrichtungen in Pankow auf ihr Problem aufmerksam gemacht haben und vom Abgeordnetenhaus deutlich gemacht wurde, dass der Bezirk hier voreilig Panik gemacht hat.

Ulrike B.: Die Schließung ist ja nun abgewendet. Der Finanzsenator hat zugesagt, dass die Einrichtungen erhalten bleiben. Dennoch muss man sich doch fragen, wie es sein kann, dass diese Einsparungen - egal wer die Verschuldung verschuldet hat - überhaupt in diesem Bereich in Betracht gezogen werden, ist skandalös. In unserem aufgeblähten Verwaltungsapparat wird sich doch wohl anderes finden! Viele dieser Einrichtungen arbeiten im Jugendbereich - und bei aller Kleinkind- und Kitadiskussion vergessen wir oft, dass Kinder viel länger Schulkinder und Jugendliche sind als Kleinkinder. Gerade im Prenzlauer Berg mit seiner ständig wachsenden Kinderzahl stelle sich man einfach mal die Horden an Jugendlichen ab 10(!) vor, die in 10 Jahren

dann mangels Pinke-Panke, Jugendclub, Sozialstation und Co „rumhängen“. An Kindern, Schule, Jugendarbeit zu sparen ist immer falsch! Die Zeche zahlt dann der Steuerzahler

Mieke Senftleben: Frau Bock, Sie haben ja recht - aber wir müssen doch auch sehen, wer diesen Mist fabriziert! Und ist Ihnen eigentlich aufgefallen, wer heute nicht an dieser Diskussion teilnimmt? Ein Schelm, der Böses dabei denkt?

Ulrike B.: genau. Ich verabschiede mich jetzt und wünsche allen einen schönen Abend
Danke für die interessanten Diskussionen!

Ulrike B.: Lehrerausstattung

Sehr geehrte Damen und Herren Politiker, gerade heute war wieder in der Presse über die hohe Zahl an ausfallenden Schulstunden zu lesen. Geschuldet ist dies nur zum Teil der Jahreszeit und den damit verbundenen Krankheiten, sondern viel mehr der bereits ausgeschöpften Vertretungsreserve und der Überalterung der Lehrerschaft, die viele Langzeitkranke produziert. Gleichzeitig verlassen junge Referendare Berlin. Die Einstellungsverfahren sind kompliziert, die Schulen haben nur eingeschränkte Möglichkeiten, selbst den Nachwuchs auszuwählen, die Verfahren bürokratisch und kompliziert (wir hatten gerade aktuell einen Fall an unserer Schule) Wie soll dagegen angegangen werden, wie kann das langfristig verbessert werden, oder will Berlin immer auf den hinteren PISA Plätzen verweilen? Ulrike Bock

Sascha Steuer: Sie haben recht. Der Lehrermangel ist das gravierendste Problem der Berliner Schule! Es müssten sofort mehr Lehrer eingestellt und besser bezahlt werden. Wir werden sonst erleben, dass schon im nächsten Jahr nicht mehr ausreichend viele Lehrer in Berlin sind. Anderswo sind Status und Bezahlung besser.

Stefan Hinz: Man sollte das aber auch einmal außerhalb des deutschen Tellerrands sehen: Deutsche Lehrer arbeiten so viel wie ihre OECD-Kollegen, erhalten aber im Schnitt 30% mehr Gehalt. Sie sind also schon sehr gut bezahlt. Um dem Vorwurf zu begegnen, Äpfel mit Birnen zu vergleichen: Waldorflehrer erhalten nur ca. 80% des Durchschnittsgehalts *deutscher* Lehrer, arbeiten aber dafür länger und sind weniger krank. Geld ist nicht alles.

Mieke Senftleben: Hallo, schön von Ihnen zu lesen, Frau Bock! Ja, es fällt zuviel Unterricht aus, wie in der Mopo heute zu lesen ist, geht das Spielchen wieder von vorn los. Und ich frage natürlich mich natürlich, warum das Budget nicht „in bar“ an die Schulen geht, warum die Schulleitungen nicht mehr Kompetenzen erhalten, warum 140 Lehrer fest eingestellt werden - als sogenannte Feuerwehr, die aber ja keine ist, denn die Lehrer sind ja schon längst fest an den Schulen! Hier wurde unendlich viel verkehrt gemacht, obwohl sie es eigentlich besser wissen. Zuviel Bürokratie, zu wenig Vertrauen in das Können der Schulleitungen! Schade.

Sascha Steuer: Geld ist wahrlich nicht alles. Nur der internationale Vergleich nützt nicht viel wenn in den kommenden Jahren eben BaWü, Hamburg und Hessen alle in Berlin ausgebildeten

Lehrkräfte abwerben werden.

Ulrike B.: Ich kenne persönlich junge Lehrer, die gerne in Berlin geblieben wären, wenn man sich ein bisschen früher entschieden hätte - man kann von einem jungen motivierten Lehrer auch nicht erwarten, dass er auf die langwierigen Entscheidungsprozesse Rücksicht nimmt und ohne Perspektive auf die Entscheidung von Berlin wartet - mit dem Risiko, dann ggf. gar nichts zu haben. Unterdessen hat er aus den anderen Bundesländern Angebote - auch noch besser bezahlt, das stimmt. ABER er wäre trotzdem lieber geblieben. War ja im letzten Schuljahr schon deutlich besser als in den Vorjahren, aber dennoch. Wie Frau Senftleben sagt: Mehr Entscheidungsbefugnisse und Eigenverantwortung den Schulen, dann gäbe es weniger Probleme. Die Zeiten der Planwirtschaft sind doch eigentlich vorbei.

Mieke Senftleben: Noch einmal zu dem Geld, das nicht alles ist! Das stimmt! Hinzu kommt, dass Berlin in der Lehrerausstattung sehr gut da steht im bundesweiten Vergleich - da muss man sich dann auch fragen wo sie denn bleiben. Die Schüler/Lehrerrelation ist super hier in Berlin, aber bei der Klassengröße sieht Berlin dann schon nicht mehr so toll aus! Dies kommt dabei heraus, wenn man die einzelnen Fakten mal in Relation setzt - und da bleibt dann die Frage: wo sind denn die vielen Pädagogen?

Ulrike B.: Was sagt jetzt die Regierungspartei dazu? Wird sich etwas ändern? Die Schulreformen werden auch nicht funktionieren, wenn man die Schulen in ihren Kompetenzen weiterhin klein hält, damit der Wasserkopf seine Daseinsberechtigung hat. Schwedisches Vorbild : öffentliche und private Schulen im Wettbewerb, freie Schulwahl und kein Schulgeld. Die Schulqualität wäre besser und die Kosten niedriger.

Sascha Steuer: Ich stimme Ihnen zu. Das Modell heißt bei uns „Bürgerschule“. Bin da sehr dafür, das braucht aber einen langen Weg....denken Sie nur an die Verbeamtungen.... CDU und FDP für eigenständige Schulen, Grüne/SPD/PDS nicht?

Stefan Hinz: Okay, die Frage steht im Titel. Ulrike B., Frau Senftleben und ich könnte uns nicht einig sein. Aber wie sieht's bei den anderen Parteien aus? Sozialismus und Zentralismus statt schulischer Eigeninitiative?

Elfi Jantzen: Wir Bündnisgrünen sind schon lange für eigenständige Schulen. Die erste Schulgesetzänderung mit mehr Eigenverantwortung gab es in der kurzen Zeit rot-grün mit der Schulsenatorin Frau Volkholz. Sie kämpft im übrigen auch heute noch für mehr Eigenständigkeit der Schulen. Ich fürchte, dass wir das unter den bestehenden Verwaltungsstrukturen allerdings nicht erreichen werden. Deshalb unterstütze ich auch das vom Paritätischen Wohlfahrtsverband vorgelegte Modell der Bürgerschulen.

Stefan Hinz: Wow, da habe ich heute nicht nur das Konzept der Bürgerschule kennen gelernt, sondern stelle auch fest, dass praktisch alle dafür sind. Bleibt natürlich die Frage: Wie stehen

unsere beiden Regierungsparteien dazu?

Ulrike B.: na es sieht wohl nicht so aus, als ob sich jemand von den Regierungsparteien dazu äußern möchte?

Stefan Hinz: Tja, schade, dass vor meinem Verschwinden von Seiten der Regierungsparteien nichts mehr kam. Trotzdem: Das hier war ein interessanter Thread. Vielen Dank an alle, die mir geantwortet und mit mir diskutiert haben. Leider muss ich los, die Kinder warten auf ihren Vater. :-)
Schönes Wochenende allerseits!

Sandra Scheeres: wir stehen dem Konzept der Bürgerschule skeptisch gegenüber. Da ich nicht Schulpolitische Sprecherin bin, klinge ich mich gerade nicht so in die Diskussion ein. Kann aber anbieten dass sie sich an Frau Dr. Tesch wenden können, wenn es hierzu weitere Detail Fragen gibt.

Sandra Scheeres: Ja wir sehen auch das Problem des Lehrermangels bzw. dass Qualifizierte Lehrer in andere Bundesländer gehen. Wir diskutieren dieses Problem und suchen nach Lösungen. Verbeamtungen kommen für uns zur Zeit nicht in Frage, machen uns aber über andere finanzielle Anreize Gedanken.

Moderation: Gleichberechtigung von Müttern und Vätern

Sehr geehrte Vertreter/innen der Fraktionen, ein sehr emotionaler Diskussionsstrang betraf die Gleichberechtigung von (getrennt lebenden) Elternteilen in der Sorge um die gemeinsamen Kinder. Daraus ergab sich auch die Forderung nach erweiterten und auf die speziellen Bedürfnisse der Väter angepasste Beratungs- und Hilfsangebote, die nicht im gleichen Maße zur Verfügung stünden wie die für Mütter. Wie sehen Sie das? Viele Grüße, Birgit Hohberg (Moderation)

Mieke Senftleben: ich sehe das ähnlich, auch wenn sich immer mehr Väter und Mütter um ihre Kinder kümmern, wenn die Ehe gescheitert ist - es gibt in der Tat Situationen, wo Väter wie Mütter mit der Situation nach der Scheidung nicht klar kommen. Hier sind dann offensichtlich Beratungen sinnvoll.

Elfi Jantzen: Es wäre schön, wenn es allen getrennt lebenden Elternteilen gelänge, die gemeinsame Sorge um die Kinder ohne große Konflikte und Verletzungen auszuüben. Dazu sind Mediationsverfahren wie auch Beratungs- und Unterstützungsangebote, die auf die speziellen Probleme der Väter, eingehen sicher hilfreich und notwendig.

Elfi Jantzen: ich habe bei meiner Trennung und Scheidung im übrigen sehr gute Erfahrungen mit der Beratung bei Zusammenwirken im Familienkonflikt gemacht. Die Beratung dort wird immer von zwei Personen durchgeführt – Mann/Frau Jurist oder Juristin und Psychologe oder Psychologin

Moderation: Familienfreundlicher Verkehr

Sehr geehrte Vertreter/innen der Fraktionen, um ein anderes und wichtiges Thema nicht zu vergessen: im Kontext mit dem Thema Verkehr, haben zahlreiche Teilnehmende bemängelt, dass Autofahrer bestehende Geschwindigkeitsbegrenzungen zunehmend ignorieren und damit insbesondere die Gesundheit der Kinder gefährden. Sie fordern hier sowohl eine Ausweitung der verkehrsberuhigten Zonen als auch mehr Kontrollen und schärfere Strafen.

Wie schätzen Sie diese Problematik ein? Was beabsichtigen Ihre Fraktionen in Hinsicht auf Familienfreundlichkeit im Stadtverkehr? Viele Grüße, Birgit Hohberg (Moderation)

Mieke Senftleben: Autofahrer sind oftmals zu schnell, wenn sie in beruhigten Zonen fahren – dagegen muss man etwas tun. Diese Frage ist aber unabhängig von der Frage ob wir mehr verkehrsberuhigte Zonen brauchen. Frage an Sie, muss die Leipziger Straße verkehrsberuhigt sein?

Elfi Jantzen: nicht nur für Kinder sondern auch für ältere oft gehbehinderte Menschen brauchen wir sichere Wege, also Verkehrsberuhigung und Tempo-30 Zonen, mehr Zebrastreifen usw. Wir brauchen da auch mehr Kontrolle, vor allem aber müssen die AutofahrerInnen selber mehr Verantwortung für ihr Verhalten übernehmen und Rücksicht auf schwächere VerkehrsteilnehmerInnen nehmen

Moderation: Hilfe für geringverdienende Familien und Alleinerziehende

Sehr geehrte Politiker/innen, einige Teilnehmende haben beklagt, dass sie als „geringverdienende“ Familien oder Alleinerziehende so gerade oberhalb der Armutsrisikogrenze leben, aber dennoch keinen Anspruch auf finanzielle Unterstützung hätten. Für Familien mit größeren (und mehreren) Kindern käme noch hinzu, dass diese aus immer mehr Ermäßigungen heraus fielen, es kaum günstige Angebote gäbe und teure Schulbücher, Medikamente, Fahrkarten etc. für diese Familien kaum zu bewältigen sind. Sie würden sich hier mehr Unterstützung wünschen. Wie schätzen Sie diese Problematik ein und was können Sie diesen Familien sagen? Viele Grüße, Birgit Hohberg (Moderation)

Sascha Steuer: Es gibt ja den Berliner Familienpass und Supersommerpass, damit gibt es für sehr viele Einrichtungen Vergünstigungen. Wir haben versucht etwas im Schulbereich zu tun: Zuschüsse zum Schulmaterial, Essenszuschüsse erhöht. Wir wollten hier noch etwas mehr, aber das war bei den letzten Haushaltsberatungen nicht durchsetzbar.

mama ross: Wissen Sie eigentlich, dass wenn die Kinder 18 Jahre alt werden sie nicht mehr mitgezählt werden bei der Berechnung von Hortbeiträgen der kleinen Geschwister - auch wenn sie noch zur Schule gehen und kein eigenes Geld verdienen

Elfi Jantzen: wir wissen das und würden es gerne ändern. Ein entsprechender Antrag schlummert im parlamentarischen Verfahren. Wenn sich Linkspartei und SPD entschließen könnten, dem zuzustimmen, könnten wir das Problem schnell lösen.

Elfi Jantzen: das ist ein wirklich ernst zu nehmendes Problem, für das wir aber leider auch noch keine Lösung gefunden haben. Wir haben beim neuen BerlinPass vorgeschlagen, dass die Ermäßigungen allen zugute kommen, die Wohngeld empfangen oder Anspruch auf den Kinderzuschlag haben. Damit würden auch geringer Verdienende davon profitieren. Eine Grenze muss man aber immer setzen und immer werden Familien knapp darüber liegen.

Dass Alleinerziehende weniger von Ermäßigungen profitieren ist mir auch seit langem ein Dorn im Auge. Das Problem ist meist, dass die Ermäßigung für den zweiten Erwachsenen gilt (war jedenfalls früher meist so).

Sandra Scheeres: Ja dieses Problem sehen wir. Wir gehen dieses Thema in unterschiedlichen Bereichen an. Wir subventionieren das Essen an Schulen, haben auch einen Härtefond eingerichtet an den Schulen dafür, wenn Familien gar nicht das Essen für Ihre Kinder zahlen können. Es gibt seit diesem Schuljahr einen Fond, der an die Schulen geht für Kinder, die in die Grundschule kommen und Unterstützung für eine Erstausrüstung benötigen. Es gibt den Familien- und Ferienpass, damit Kinder in den Ferien Angebote wahrnehmen können.

mama ross: Kitas als Bildungseinrichtung unterstützen?!

Wie stehen Sie zu den Forderungen des Kitabündnisses und des Volksbegehren die Personalschlüssel in Kitas endlich den steigenden Aufgaben anzupassen? Die Regierungsparteien hatten hier doch immer gesagt sie fänden „das Anliegen richtig aber den Weg falsch“....

Sascha Steuer: Wir haben das Volksbegehren unterstützt. Sie haben absolut recht! Es muss viel mehr investiert werden in Qualität und Personalausstattung der Kitas. Das Bildungssystem muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden, nach unten mehr, nach oben weniger Geld. In den ersten Jahren werden die Grundlagen für den gesamten Bildungsweg eines Kindes gelegt.

Elfi Jantzen: ich – wie auch meine Partei Bündnis 90/Die Grünen -unterstützen die Forderungen des Kitabündnis und des Kita-Volksbegehrens. Wenn wir die Kita als Bildungseinrichtung und bessere Sprachförderung ernst meinen, dann müssen wir die Kitas auch mit entsprechendem Personal ausstatten, die ErzieherInnen qualifizieren und ihnen Zeit für Vor- und Nachbereitung, Lerndokumentation, Elternarbeit u.ä. geben. Ich würde die 80-90 Mio., die Rot-Rot für die weitere Gebührenfreistellung ausgeben will, gerne für diese Qualitätsverbesserungen und den Teilzeitplatz für alle Kinder ab Drei ohne Bedarfsprüfung ausgeben.

mama ross: Danke Frau Jantzen und Herr Steuer! – ist eigentlich Frau Scheeres noch dabei? Der Senator hat am Montag hier erklärt in Berlin sei in den Kitas alles prima – er könne das besonders gut beurteilen den er sei schließlich Opa!?! sehen sie das auch so?

Sandra Scheeres: ja wir sind der Auffassung, dass die Anliegen des Bündnisses und des Volksbegehrens Grundsätzlich richtig sind. Auf Grund der Haushaltslage wird aber nicht alles auf einmal, wie es im Volksbegehren vorgesehen ist, umgesetzt werden können. Wir investieren sehr viel in den Kita Bereich. Im Ländervergleich gibt Berlin pro Kind am meisten aus. Wir

führen Stufenweise bis 2011 die Beitragsfreiheit im Kita Bereich ein. Ab nächsten Jahr ist ein Rechtsanspruch auf einen Teilzeitplatz im letzten Kita Jahr geplant. Wir sind der Meinung, dass die Qualität und Quantität in den nächsten Jahren stufenweise ausgebaut werden soll. Wir sind u.a. im Gespräch mit dem Kita Bündnis, beispielsweise treffen wir uns nächste Woche mit deren Vertretern.

mama ross: Frau Scheeres – danke für die Antwort..

Mieke Senftleben: Ja, Frau Scheeres hat recht: Berlin gibt viel Geld für einen Kitaplatz aus – das zeigt der bundesweite Vergleich. Da sei die Frage erlaubt: warum klappt das dann nicht so richtig? Warum haben immer noch 25 % der Schulanfänger keine ausreichenden Deutschkenntnisse, wenn sie in die Schule kommen? Es ist auch hier nicht alles eine Frage des Geldes - wie bei den Schulen im Übrigen auch!

Moderation: Vielen Dank für die angeregte Diskussion!

Sehr geehrte Politiker/innen, sehr geehrte Teilnehmende, ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihre engagierte Teilnahme in der Livediskussion und die hilfreichen Informationen zu den vielen verschiedenen Themen, die den Online-Dialog mit weiterführenden Hintergrundinformationen versorgt haben. Ich bedanke mich auch bei den engagierten Teilnehmenden, die diese Livediskussion zum direkten Austausch mit den Vertreter/innen der Fraktionen genutzt haben. Wir werden auch diese Diskussion für Sie in der Infothek bereit stellen, wo Sie auch die Livediskussionen mit Senator Prof. Dr. Zöllner und Prof. Uslucan sowie alle Zusammenfassungen der Diskussions-tage nachlesen können.

Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend und ein erholsames Wochenende!

Birgit Hohberg (Moderation)

Elfi Jantzen: Auch ich bedanke mich für die anregende Diskussion und wünsche Ihnen allen noch ein schönes Wochenende. Herzlichen Gruß, Elfi Jantzen

Mieke Senftleben: Das hat Spaß gemacht – ich wünsche allen ein schönes Wochenende. Mit den besten Grüßen, Mieke Senftleben

6. Fazit

Insgesamt gestaltete sich der Online-Dialog www.zusammenleben-in-berlin.de zu einem sehr produktiven Beteiligungsverfahren, in dem das Thema Familienfreundlichkeit aus Bürger/innen-sicht umfassend und aus verschiedenen Blickwinkeln diskutiert wurde.

Grundsätzlich beinhaltet Familienfreundlichkeit für die Teilnehmenden des Berliner Familiendialogs eine Vielzahl an Aspekten, die unterschiedlichen Politikfeldern zuzuordnen sind, aber dennoch in einem engen Gesamtzusammenhang stehen. Dass die einzelnen Faktoren jedoch individuell ganz unterschiedlich bewertet werden und sich nicht immer mit der übergeordneten Perspektive der Experten decken, wird bereits dadurch verdeutlicht, dass die Teilnehmenden des Berliner Dialogs nicht auf alle Eingangsfragen gleichermaßen Bezug nahmen. So diskutierten die Nutzerinnen und Nutzer im Rahmen der Frage, was Berlin bieten muss, um als familienfreundliche Stadt zu gelten, zwar ausgiebig den Bedarf und die Qualität von Kindertagesbetreuungs- und Bildungseinrichtungen und benannten diesbezüglich auch gute und schlechte Beispiele. Die eng damit verknüpfte Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde in dem Kontext ebenfalls aus verschiedenen Perspektiven analysiert und erörtert. Dagegen bestand hinsichtlich des Bereichs Zusammenleben von Alt und Jung sowie der konkreten Ausgestaltung familienfreundlicher Stadtteile und entsprechenden Wohnraums für die Berlinerinnen und Berliner deutlich weniger Gesprächsbedarf.

Auch im Vergleich mit den ebenfalls von der TuTech durchgeführten Familiendiskursen in Hamburg und München verdeutlicht der Berliner Online-Dialog, dass die Internet-gestützte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung von Familienpolitik dazu geeignet ist, die speziellen Bedürfnisse und konkreten Vorschläge dieser „Experten vor Ort“ herauszuarbeiten und mit dem Fachwissen der Experten zu verbinden. So zeigt sich anhand den Ergebnisse der drei Diskurse, dass Familienfreundlichkeit generell einen zentralen Stellenwert einnimmt, die Definition dessen jedoch je nach Standort differiert. So wurden die verschiedenen Aspekte, die unter dem Begriff „Familienfreundlichkeit“ subsumiert werden, in Hamburg, München und Berlin entsprechend der jeweiligen Gegebenheiten und Rahmenbedingungen zum Teil ganz unterschiedlich bewertet.

Auf die Frage nach den zukünftigen Schwerpunkten einer familienfreundlichen Stadt Berlin identifizierten die Berliner Teilnehmenden wie auch die Teilnehmenden in Hamburg und München zunächst einmal die Bereiche Betreuungs- und Bildungsangebote, familienfreundliches Wohnen, kindgerechte Verkehrsgestaltung sowie geeignete, kostengünstige Familienfreizeitangebote. Als übergeordnetes Themenfeld wurde darüber hinaus in Berlin die Forderung nach einer grundsätzlichen Bündelung und zentralen Vermittlung familienrelevanter Informationen herausgearbeitet, die sich auf alle zuvor genannten Aspekte bezieht und auf einen erhöhten und sehr konkreten Handlungsbedarf hindeutet.

Trotz der Vielfalt der Themen legten die Nutzerinnen und Nutzer in Berlin, Hamburg als auch München ihr Hauptaugenmerk jedoch eindeutig auf den Themenkomplex Betreuung und Bildung. Die Dominanz dieses Bereichs lässt sich im Berliner Online-Dialog sowohl anhand der Verteilung der Vorschläge in der Checkliste als auch der Beiträge in den Foren und der daraus resultierenden Themen-Wikis ablesen. In beiden Fällen stellen die zu diesem Bereich gehörenden Beiträge/Vorschläge mit über 60% die Mehrheit.

Während jedoch in München eher ein genereller Mangel an geeigneten Betreuungsangeboten thematisiert wurde, fokussierten sich die Berliner/innen mehr auf den Betreuungsschlüssel, die Qualität sowie eine Ausdehnung der Öffnungszeiten, um den realen Arbeitszeiten Rechnung zu tragen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu unterstützen. Zu einer Entlastung könnten und müssten nach Ansicht der Berliner Nutzer/innen sowohl die Arbeitgeber mit einer anpassungsfähigeren Arbeitszeitregelung als auch eine besser planbare Vergabepaxis beitragen. Im gleichen Atemzug wird von vielen Teilnehmenden der Wunsch nach einer zentralen Anlaufstelle oder eines Internetportals geäußert, die eine umfassende und kompetente Beratung zur Betreuung offerieren.

Eine zentrale Informationsquelle wünschen sich die Berliner Teilnehmer/innen auch zur Suche geeigneter Schulen. Um einer solchen Definition zu entsprechen, sollten bei vielen Berliner Schulen nach Meinung der Teilnehmenden allerdings zunächst die Grundprobleme beseitigt werden. Dazu gehört neben der grundsätzlichen Reduzierung der Klassengröße auch die Grundsanierung zahlreicher Schulen sowie die Modernisierung der Lehrbücher und -inhalte. Gleichzeitig sollen Lehrkräfte besser und langfristiger ausgebildet und die Maßnahmen zur Gewaltprävention ausgebaut werden. Eine weitere positive Entwicklungsstufe sehen die Berliner wie auch zuvor die Hamburger Teilnehmenden in der Ermöglichung eines längeren gemeinsamen Lernens, wie bspw. im Kontext von Gemeinschaftsschulen. Der erhöhte Bedarf an integrativen Maßnahmen zeigt sich innerhalb der Berliner Diskussion zudem in der Forderung nach mehrsprachiger Schulformen, wie z.B. Europaschulen oder Deutsch-Türkischen Schulen, um die Kinder mit Migrationshintergrund zukünftig besser auffangen zu können. Ein weiterer ausdrücklich Berliner Wunsch besteht in der Gewährleistung warmer Mittagessen für die Schüler/innen aller Schulformen und -stufen.

Nicht ganz so eindeutig verhält es sich mit der Bewertung anderer Aspekte, wie zum Beispiel dem Themenbereich „Wohnumfeld & Verkehr“, der innerhalb der Berliner Diskussion nicht so viel Raum einnahm. Während das Thema familienfreundliche und bezahlbare Wohnungen bzw. die Gestaltung familienfreundlicher Quartiere in Hamburg am stärksten und ausführlichsten diskutiert wurde, haben die Berliner/innen in diesem Zusammenhang lediglich ihrer Forderung nach neuen und generationsübergreifenden Wohnmodellen Ausdruck verliehen. Diese sollen das gemeinschaftliche Zusammenleben und die gegenseitige Unterstützung verschiedener Familien und Altersklassen befördern. Im Vergleich zu Hamburg und insbesondere München scheint der Berliner Wohnungsmarkt den Familien grundsätzlich etwas mehr Spielraum einzuräumen. Allerdings untermauert der Wunsch nach mehr bezahlbarem Wohnraum insbesondere

in der Innenstadt, der in allen drei Diskursen vorgebracht wurde, die Annahme, dass es Familien wieder stärker in die Stadt hinein zieht als in das städtische Umland. Zur familienfreundlichen Gestaltung dieser innerstädtischen Gebiete wiederum ist nicht nur nach Meinung der Berliner/innen der Ausbau und Erhalt von Grün- und Erholungsflächen nötig.

Hinsichtlich des Verkehrs konzentrierten sich die Teilnehmenden aller drei Diskurse hauptsächlich auf sicherheitsfördernde Maßnahmen wie die stärkere Kontrolle und Einhaltung der verkehrsberuhigten Zonen sowie die Einrichtung bzw. Verbesserung kindgerechter Fahrradwege. Ein anderer Schwerpunkt liegt in der Optimierung der barrierefreien Zugänge im ÖPNV, was sowohl älteren und körperlich beeinträchtigten Personen als auch Familien mit Kinderwagen zugute käme. Vergleichen mit den beiden anderen Städten scheint jedoch das ÖPNV-Netz in der Hauptstadt vergleichsweise weit ausgebaut zu sein und wenig Anlass zu zusätzlichen Wünschen zu geben.

Wie in Hamburg und München wünschen sich auch die Berliner/innen kostengünstige und für Familien geeignete Freizeitangebote. Dabei ist jedoch nicht die mangelnde Vielfalt oder das generelle Verfügbarkeit das Problem, sondern deren Finanzierung. So lag das Hauptaugenmerk der Berliner Teilnehmenden hier vornehmlich auf den speziellen Bedürfnissen älterer Kinder/Jugendlichen, für die zu wenig Raum oder kostengünstige Angebote vorhanden seien. Eng verzahnt mit dieser Thematik identifizierten die Berliner/innen eine zunehmende finanzielle Belastung der Familien mit größeren Kindern, die trotz erhöhten Bedarfs sukzessive aus allen Ermäßigungen heraus fielen. Dies betrifft im verstärkten Maße Geringverdienende und Alleinerziehende, die sich in diesem Kontext mehr Unterstützung wünschen.

Insgesamt war die Berliner Diskussion von einem sehr freundlichen Grundton geprägt und brachte viele qualitativ hochwertige Beiträge hervor, die verdeutlichen, dass ein familienfreundliches Berlin für sie in allererster Linie darin besteht, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern und insbesondere qualitativ hochwertige Betreuungsangebote und optimierte Bildungschancen für die Kinder zu gewährleisten.

Insbesondere in der Gegenüberstellung mit den Familiendiskursen in Hamburg und München legen die Ergebnisse des Berliner Online-Dialogs die Vermutung nahe, dass die Situation für Familien in Berlin vergleichsweise positiv bewertet wird. So zeigen die Beiträge der Teilnehmenden eine hohe Verbundenheit mit ihrer Großstadt und betonten bei aller Kritik und Verbesserungsideen auch meist die positiven Seiten Berlins. Demgegenüber war die Beteiligungsrate in Hamburg zwar deutlich höher als in Berlin und München, die Diskussion jedoch auch von mehr kritischen Stimmen geprägt.

Die Berliner Teilnehmenden nutzten das Angebot indes in erster Linie dazu, das Thema Familienfreundlichkeit öffentlich zu diskutieren, sich mit anderen Teilnehmenden oder den beteiligten Experten auszutauschen und so die Vielschichtigkeit dieses Themenkomplexes zu veranschaulichen. Die Vielzahl der pragmatischen, kreativen Vorschläge und Ideen, die innerhalb des Online-Dialogs „Zusammenleben in Berlin“ entwickelt wurden, zeigt das Interesse der Bürgerinnen und Bürger, sich für ihre Stadt einzusetzen und sich dort mit eigenen Ideen in die zukünftige Entwicklung ihres Standortes einzubringen, wo sie es als wesentlich einschätzen.